



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 99

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 99

.....
vom 10.06.2011

.....
del 10/06/2011

Präsident
Vizepräsidentin

Mauro Minniti
DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 99

vom 10.06.2011

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 93/11: "Maßnahmen zur
Einschränkung der Lichtverschmutzung und andere
Bestimmungen in den Bereichen Nutzung öffentli-
cher Gewässer, Verwaltungsverfahren und Raum-
ordnung" – (Fortsetzung).Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 99

del 10/06/2011

Indice

Disegno di legge provinciale n. 93/11: "Misure di
contenimento dell'inquinamento luminoso ed altre
disposizioni in materia di utilizzo di acque pubbliche,
procedimento amministrativo e urbanistica" – (con-
tinuazione).pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti**Ore 10.03 Uhr***Appello nominale - Namensaufruf*

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso (ultimo banco).

Comunico gli assenti di oggi in maniera saltuaria il Presidente Durnwalder e l'assessore Kasslatter Mur.

Proseguiamo con la trattazione dei punti all'ordine del giorno.

Punto 33) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 93/11: "Misure di contenimento dell'inquinamento luminoso ed altre disposizioni in materia di utilizzo di acque pubbliche, procedimento amministrativo e urbanistica"* – (continuazione).

Punkt 33 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 93/11: "Maßnahmen zur Einschränkung der Lichtverschmutzung und andere Bestimmungen in den Bereichen Nutzung öffentlicher Gewässer, Verwaltungsverfahren und Raumordnung"* – (Fortsetzung).

Comunico che proseguiamo con la lettura degli ulteriori emendamenti all'articolo 9. Fino alla fine della seduta di ieri sono stati letti gli emendamenti fino al n. 8. Ora viene data lettura dei restanti emendamenti.

Emendamento n. 9, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: Articolo 9, comma 1-ter: Il comma 1-ter è soppresso.

Artikel 9 Absatz 1-ter: Absatz 1-ter wird gestrichen.

Emendamento n. 10, presentato dai consiglieri Mair e Leitner: Articolo 9, comma 1-ter: Il comma 1-ter è soppresso.

Artikel 9 Absatz 1-ter: Absatz 1-ter wird gestrichen.

Emendamento n. 11, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: Articolo 9, comma 2: Il comma 2 è soppresso.

Artikel 9 Absatz 2: Absatz 2 wird gestrichen.

Emendamento n. 12, presentato dai consiglieri Mair e Leitner: Articolo 9, comma 2: Il comma 2 è soppresso.

Artikel 9 Absatz 2: Absatz 2 wird gestrichen.

Emendamento n. 13, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: Articolo 9, comma 3: Il comma 3 è soppresso.

Artikel 9 Absatz 3: Absatz 3 wird gestrichen.

Emendamento n. 14, presentato dai consiglieri Mair e Leitner: Articolo 9, comma 3: Il comma 3 è soppresso.

Artikel 9 Absatz 3: Absatz 3 wird gestrichen.

Emendamento n. 15, presentato dal consigliere Egger: Articolo 9, comma 3: Il comma 3 è soppresso.

Artikel 9 Absatz 3: Absatz 3 wird gestrichen.

Emendamento n. 16, presentato dal consigliere Vezzali: Articolo 9, comma 3: Il comma 3 è soppresso.

Artikel 9 Absatz 3: Absatz 3 wird gestrichen.

Emendamento n. 17, presentato dal consigliere Vezzali: Articolo 9, comma 3: Il secondo periodo del nuovo articolo 128-quinquies della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, è così sostituito: "Nella zona possono inoltre essere previste, solo in quanto il centro sportivo venga effettivamente realizzato, strutture per attività commerciali e terziarie anche in deroga all'articolo 15, comma 4."

Artikel 9 Absatz 3: Der zweite Satz des neuen Artikels 128-quinquies des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, wird wie folgt ersetzt: "Vorausgesetzt, das Sportzentrum wird tatsächlich errichtet, können in besagter Zone außerdem Einrichtungen für Handels- und Dienstleistungstätigkeiten realisiert werden, auch in Abweichung von Artikel 15 Absatz 4."

Emendamento n. 18, presentato dall'assessore Widmann: Dopo il comma 3 dell'articolo 9 del disegno di legge provinciale n. 93/11 è inserito il seguente comma:

"4. Le disposizioni di cui all'ultimo periodo del comma 3 dell'articolo 85 della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13 trovano applicazione in relazione a tutti i provvedimenti non ancora definitivi che abbiano ad oggetto l'applicazione delle relative sanzioni così come per tutti i provvedimenti relativamente ai quali al momento dell'entrata in vigore della presente legge siano pendenti controversie giuridiche."

Nach Absatz 3 des Artikels 9 des Landesgesetzentwurfes Nr. 93/11 wird folgender Absatz eingefügt:

"4. Die Bestimmungen laut dem letzten Satz des Absatzes 3 des Artikels 85 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13 finden Anwendung für alle noch nicht definitiven Verwaltungsmaßnahmen, welche die Verhängung der Geldbuße zum Gegenstand haben, bzw. für all jene Maßnahmen selbigen Gegenstands, bezüglich welcher zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen dieses Gesetzes Rechtsstreitigkeiten behängen."

E' aperto il dibattito generale. Ricordo che ogni consigliere ha 15 minuti di tempo per parlare sugli emendamenti.

La parola al consigliere Leitner, prego.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Dieser Artikel hat es natürlich in sich. Wir Freiheitliche haben Kritik vor allem deshalb an diesem Gesetz geübt, weil die Lichtverschmutzung eigentlich nur der Aufhänger war, damit man durch die Hintertür eine Reihe von Bestimmungen, in diesem Fall zur Raumordnung, einführen konnte - hier ist es bereits mehrmals gesagt worden -, die in Wirklichkeit in Südtirol eine Raumunordnung ist. Ich habe die Frage gestellt, Herr Landesrat - ich weiß nicht, ob Sie sich in der Zwischenzeit informiert haben -, wie oft wir das Landesraumordnungsgesetz seit dessen Inkrafttreten im Jahre 1997 geändert haben. Ich habe einmal irgendwo gelesen - das ist schon lange her -, dass es 50 Änderungen gegeben hat - in der Zwischenzeit dürften es wahrscheinlich an die 70 sein - und die Anlassgesetzgebung zu diesem Artikel wurde oft genug kritisiert.

Kollege Dello Sbarba hat in seinem Minderheitenbericht auf die Namen hingewiesen, die in diesem Fall betroffen sind. Ich möchte mich nur auf einen konzentrieren, und zwar auf das Stadion in Leifers und auf alles, was damit zusammenhängt, denn wir wissen nicht bzw. niemand weiß genau, was außerhalb dieses Stadions noch alles geplant ist. Auch dort ist das Stadion wahrscheinlich nur der Vorwand, um andere Dinge zu tun, die von Privatinteresse sind, wobei sich nicht nur der Steuerzahler in Südtirol, sondern auch die Leiferer fragen werden, wie das Land dazu kommt, 11 Millionen Euro auszugeben für etwas, was möglicherweise nicht gebraucht wird, in diesem Ausmaß sicherlich nicht, und vor allem für Dinge, die damit zusammenhängen, die einen großen Verbrauch am Kulturgrund mit sich bringen und wo einige wenige - wer? - einen Nutzen daraus ziehen. Warum soll hier Grund zur Verfügung gestellt werden? Warum sollen dafür öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden? Was steckt alles dahinter? Es hat eine Vorgeschichte, eine öffentliche Diskussion gegeben, die weit über die Gemeinde Leifers hinausgereicht hat, weil hier wieder einmal die Südtiroler Raumordnungspolitik Blüten treibt, die man sich anderswo wahrscheinlich nicht vorstellen könnte.

Ich habe gestern ein Problem aufgeworfen und möchte es hier noch einmal ansprechen, und zwar was die Befangenheit von Walter Baumgartner als Präsident des FC Südtirol anbelangt, für den das Stadion - nicht für Walter Baumgartner, sondern für den FC Südtirol - gebaut werden soll. Der Generalsekretär des Landtages hat mir dankenswerterweise ein Gutachten ausgehändigt, das einmal im Zusammenhang mit der Befangenheit eines Abgeordneten aufgrund eines möglichen Interessenskonfliktes und der Pflicht zur Enthaltung bei Abstimmungen erstellt worden ist. Dieses Gutachten besagt, dass aufgrund des Artikels 97 der Verfassung das freie Mandat besteht und man von einer Befangenheit nur sprechen kann, wenn der Abgeordnete Nutznießer im Falle von Verwaltungsmaßnahmen ist. Hier machen wir ein Gesetz und selbstverständlich ist jeder Abgeordnete in seinem Handeln frei. Wir machen ein Gesetz, welches aber nicht ein Gesetz ist, in dem man grundsätzlich sagt, dass das Land Fußballstadion oder Sporteinrichtungen unterstützt. Hier sagt der Gesetzgeber, wir unterstützen das Stadion in Leifers für den FC Südtirol. Infolgedessen ist dies nicht nur eine formelle Angelegenheit, nach meinem Dafürhalten, sondern eine substantielle, und diese Frage, Herr Präsident, möge man schon näher anschauen. Das Gutachten ist sehr allgemein gehalten und beruft sich auf allgemeine Dinge, aber ich denke, dass in diesem ganz konkreten Fall ... Ich werfe es deshalb auf, weil ich nicht möchte, dass wir eine Abstimmung machen, die dann vielleicht im Nachhinein für ungültig erklärt werden muss - wenn die Stimme des Abgeordneten Baumgartner aus-

schlaggebend war, dann sowieso -, also, um hier von vornherein irgendwelche Rechtsstreitigkeiten zu verhindern. Das möchte ich in diesem Zusammenhang hier ganz deutlich noch einmal anmahnen.

Wir haben gestern einen Tagesordnungsantrag genehmigt, in dem alles drinnen steht, und zwar die Verkaufsfläche bis zu 7.000 Quadratmeter, und auch hier noch einmal. Wir haben uns als Freiheitliche dafür ausgesprochen, dass Einkaufszentren im Einklang mit den Unternehmen im Lande möglich sind, also nicht auf der grünen Wiese. Wir haben in den 90er Jahren einen Beschlussantrag eingebracht, worauf diese ganze Diskussion losgegangen ist, aber ich möchte auch hier an eine Ungereimtheit erinnern. Der Südtiroler Landtag hat ein Gesetz gemacht, in dem steht, dass in Südtirol ein einziges Einkaufszentrum errichtet werden kann, und dies ist ein Gesetz. Jetzt wissen wir alle, dass in Bozen ein Einkaufszentrum zugelassen worden ist. Ich frage die Landesregierung, wie man jetzt dazu kommt, das eigene Vorhaben zu ignorieren. Welche Begründung haben wir morgen, wenn jemand in Bruneck, Brixen oder Meran auch ein Einkaufszentrum errichten möchte? Wir nehmen uns selber nicht ernst! Das war kein Vorschlag der Freiheitlichen zu sagen, nur in Bozen. Wir haben uns damals auch die Frage gestellt, wie man dazu kommt, nur ein Einkaufszentrum, und das genau in Bozen, gesetzlich vorzuschreiben. Damals hat man nicht gesagt, genau diese Person oder dieses Unternehmen, denn dies hat man nämlich auch schon gewusst.

Das Problem bei dieser Raumordnung im Lande ist, dass man ad personam-Gesetze macht, bei denen man Ross und Reiter schon nennen kann. Hier ist es auch augenscheinlich. Man weiß ja nur, wer das Stadion bauen will, aber man weiß nicht, wer das Einkaufszentrum bauen will, aber dass es die Landesregierung weiß, davon gehe ich einmal aus. Mit dieser Politik, die so hintenherum gemacht wird, sollte man eigentlich aufhören. Ich habe bereits in der Generaldebatte gefragt - Landesrat Laimer hat ein Gesetz zur Raumordnung angekündigt -, warum man das jetzt so schnell in einem anderen Gesetz, und zwar in einem Omnibus-Gesetz machen muss, für das, wie gesagt, der Aufhänger Thematik Lichtverschmutzung ist. Es gibt einen einzigen, kleinen Artikel zur Lichtverschmutzung, in dem nicht einmal drinnen steht, was genau gemacht wird, denn man verweist für jede Regelung auf eine Durchführungsbestimmung, und diesbezüglich kennt man auch noch keine Einzelheiten. Bei diesem Artikel kennt man aber alle Details. Man könnte hier wirklich, wie es gestern Kollege Egger gesagt hat, eine Allerbewusstbestimmung machen, um dann alle Möglichkeiten dieser Welt zu haben.

Wir haben heute einen Vorschlag zugeschickt bekommen, der ironisch gemeint ist, aber der eigentlich die Südtiroler Raumordnungspolitik auf den Punkt bringt. Wir sollten ein Gesetz machen: "Artikel 1: In der Regel wird nicht mehr gebaut. Artikel 2: Ausnahmen bestätigen die Regel. Artikel 3: Alles weitere regelt die Landesregierung. Schlussbestimmungen: Das Gesetz wird an der Amtstafel von Gomagoi ausgehängt und tritt unmittelbar nach Vergilbung in Kraft. Jeder, dem es liegt, ist verpflichtet, es umgehend anzuwenden bzw. für seine Umgehung zu sorgen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Begleitbericht: Es ist ein gutes Gesetz." Das ist jetzt natürlich sehr ironisch gemeint, aber das bringt eigentlich genau die Sache auf den Punkt. Wir machen uns mit dieser Gesetzgebung lächerlich oder wir liefern uns vor allem dem Vorwurf aus, dass wir Spekulationen fördern und keine Raumordnung betreiben. Alle jene, die dort beteiligt sind, hat man im Vorfeld sehr, sehr schön gegeneinander ausgespielt, wie es halt in der Politik läuft.

Wir möchten hier nicht die Befürworter oder Fürsprecher für eine Kategorie, für eine Person usw. sein, sondern für das Allgemeininteresse. Die Gesetzgebung hat dem Allgemeininteresse zu folgen und auf dessen Grundlage soll jeder Bürger die gleichen Rechte und auch die gleichen Pflichten haben.

Noch einmal. Wir sehen die Notwendigkeit nicht, dies zu machen. Ich möchte nicht auf den FC Südtirol verweisen, weil er jetzt vielleicht absteigt und weil es dann noch uninteressanter wird, aber es gibt eine Alternative, und das ist das Drususstadion in Bozen, das bereits besteht, das man ausbauen und adaptieren könnte. Man sage mir nicht, dass man dort die Sicherheitsbestimmungen nicht einhalten kann! Dies würde dann auch für Leifers gelten. Die Sicherheitsauflagen werden überall dieselben sein. Hier hätte man die Infrastruktur größtenteils schon da. Die Mittel aus dem Landeshaushalt werden ja nicht größer, sondern eher kleiner. Deshalb müssen wir danach trachten, damit sparsam umzugehen und sie vor allem sinnvoll einzusetzen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich hätte eine Frage an das Präsidium, ich jetzt draußen von einer Journalistin angesprochen wurde. Wir hatten gestern hier im Landtag die Diskussion dahingehend, dass die Landesregierung während der Landtagssitzung eine Veranstaltung organisiert hatte. Deshalb wurde der Landtag gestern früher abgebrochen. Kollege Pichler Rolle hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dies eine Respektlosigkeit gegenüber dem Landtag sei. Die Kollegen von der Landesregierung hatten gemeint, es wäre gestern ein Sonderfall gewesen. Jetzt sagt mir eine Journalistin, dass heute Vormittag um 10 Uhr eine Pressekonzferenz der Landesregierung zum Thema "Überetscher Bahn" stattfinden würde. Jetzt möchte ich von der

Landesregierung und auch vom Kollegen Pichler Rolle, nachdem es seine Fraktionskollegen sind, wissen, ob es stimmt. Wenn wir gestern darüber diskutiert haben und heute Vormittag wieder eine Pressekonferenz abgehalten wird, dann ist dies eine Respektlosigkeit sondergleichen. Dann frage ich mich, weshalb wir in den Landtag kommen, denn ich habe auch andere Verpflichtungen, Besprechungen, die ich machen könnte. Ich glaube, dann brauchen wir diese Landtagssitzung nicht weiterführen. Ich frage das Präsidium konkret, ob das stimmt, welche Landesräte an dieser Pressekonferenz teilnehmen und welche Stellungnahme das Präsidium dazu abgibt.

PRESIDENTE: Le uniche due giustificazioni ufficiali sono quelle dell'assenza saltuaria del presidente Durnwalder e dell'assessora Kasslatter Mur. Altre indicazioni la Giunta non è tenuta a farle al Consiglio sull'attività che svolge, quindi non Le posso dire se è vero che ci sia la conferenza stampa o meno. L'auspicio è quello che il calendario dei lavori del Consiglio venga rispettato da tutti. Più di questo non posso dire.

La parola al consigliere Leitner sull'ordine dei lavori.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! So einfach kann man sich die Sache nicht machen. Es ist ja kein Einzelfall. Wir erleben es immer wieder, dass Regierungsmitglieder Pressekonferenzen während der Landtagssitzung abhalten. Von den Verbänden will ich gar nicht reden, die genau hier ihre Versammlungen abhalten und an denen Regierungsmitglieder teilnehmen. Wir werden zwar auch eingeladen, obwohl sie genau wissen, dass der Landtag tagt. Ich ersuche Sie, Herr Präsident, dringend auf die Landesregierungsmitglieder einzuwirken, dass während der Landtagssitzungen keine Pressekonferenzen und auch keine Veranstaltungen abgehalten werden, wo gleichzeitig die Abgeordneten dabei sein sollten.

PRESIDENTE: Le assicuro che farò un invito ufficiale a chiunque per rispettare le giornate di Consiglio.

La parola al consigliere Seppi, ne ha facoltà.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): La invito, presidente, a verificare se quanto affermato dal collega Knoll corrisponde al vero, anche se credo che se lo dice non ci sia dubbio. Nel caso le cose stessero come ha detto il collega Knoll, chiedo che i lavori vengano sospesi a momento da destinarsi, ma non sicuramente "a momento da destinarsi" a favore della Giunta, di conseguenza che i lavori vengano sospesi definitivamente fino alla prossima riunione del Consiglio provinciale prevista per la fine di giugno, perché non è pensabile che si possa procedere in questo modo. Gli assessori presentano un disegno di legge e poi si permettono, durante la discussione dello stesso, di adire conferenze stampa? Noi dell'opposizione riteniamo che la conduzione dei lavori debba imporre una sospensione immediata dei lavori fino al prossimo Consiglio provinciale previsto per la fine di giugno.

PRESIDENTE: Il consigliere Seppi chiede la sospensione dei lavori, quindi possono parlare due consiglieri a favore e due contro la proposta e poi la mettiamo in votazione.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Le cose non stanno così. Io ho chiesto questo in via ufficiale, però ho premesso previo accertamento da parte della Presidenza del Consiglio che quanto affermato dal collega Knoll corrisponde al vero, perché può darsi che la Giunta abbia convocato la conferenza stampa e l'abbia poi disdetta. Quindi non voglio andare a prevaricare situazioni che non conosco, a meno che Lei non parta già in questo modo dimostrando di esserne a conoscenza dopo che ha appena affermato che non sa niente, perché anche questo sarebbe bello interpretarlo.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Pichler Rolle sull'ordine dei lavori.

PICHLER ROLLE (SVP): Ich denke an die Sachlichkeit und Kollege Leitner hat sehr wohl einen Unterschied gemacht. Eines ist, wenn von einem Verband oder, wie gestern, eine Veranstaltung organisiert wird, zu der alle Landtagsabgeordneten eingeladen werden. Wenn eine Veranstaltung, eine Vollversammlung von einem Wirtschaftsverband oder auch eine Initiative eines anderen Landesverbandes stattfindet und es eine öffentliche Veranstaltung ist, zu der auch die Abgeordneten eingeladen sind und diese zeitgleich mit Sitzungen des Landtages geplant wird, dann ist dies, wie ich es gestern gesagt habe, eine Form der Nichtachtung des Landtages. Ich glaube schon, dass die Landtagsarbeiten wichtiger sind als irgendeine, mit Verlaub gesagt, Versammlung eines Verbandes. Ich denke, da gehen wir auch konform und diesbezüglich können wir übereinstimmen.

Etwas anderes ist es, wenn während einer Landtagssitzung ein Mitglied der Landesregierung oder auch ein Abgeordneter des Landtages eine Pressebesprechung ansetzt, zu der die Abgeordneten nicht eingeladen sind. Somit ist es eine Presseveranstaltung mit der Folge, dass in der Aula ein Mitglied der Landesregierung bzw. ein Abgeordneter dann fehlt. Das ist dann aber sein Problem. Es wäre auch falsch, wenn beispielsweise der zuständige Landesrat, der den Gesetzentwurf eingebracht hat, nicht hier wäre - diesbezüglich hat Kollege Seppi Recht -, denn dies wäre nicht zu akzeptieren. Landesrat Laimer sitzt aber hier vorne und verfolgt die Debatte – es sind auch andere Mitglieder der Regierung da - und spätestens wenn wir zur Abstimmung kommen, werde ich danach trachten müssen, dass die erforderliche Anzahl an Abgeordneten anwesend ist, weil wir ansonsten nicht in der Lage sind, die Abstimmungen durchzuführen. Ich denke, dass man zwischen diesen beiden Dingen schon unterscheiden sollte. Ich denke nicht, dass es, wenn ein Mitglied dieses Hauses, egal ob es eine Regierungsfunktion oder keine Regierungsfunktion innehat, während einer Landtagssitzung einen Presstetermin ansetzt, dies eine Unterbrechung der Arbeiten des Südtiroler Landtages zur Folge haben sollte. Etwas anderes ist es, wenn, wie gesagt, ein Verband uns eine Einladung zusendet, uns zur Versammlung einlädt und dann ein Teil der Abgeordneten hingehet und ein Teil hier bleibt, um die Arbeiten zu garantieren.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Seppi sull'ordine dei lavori.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Capisco che il consigliere Pichler Rolle debba per forza giustificare l'ingiustificabile, forse al posto Suo dovrei cercare di farlo anch'io, però bisognerebbe avere delle capacità dialettiche un pochino superiori, anche perché negare l'evidenza è un altro ragionamento. Il problema non è che un assessore sia stato chiamato fuori dall'aula, risulterebbe invece, come dice il collega Knoll, che la Giunta abbia organizzato una conferenza stampa. Se l'ha organizzata in concomitanza con i lavori di Consiglio provinciale è una cosa gravissima, per questo ho chiesto alla Presidenza di verificarlo. Non è compito mio verificarlo, e neppure del collega Dello Sbarba, è compito della Presidenza. Se le cose sono in questi termini, sono gravemente offensive del Consiglio provinciale. Se poi non lo sono, evidentemente il consigliere Knoll si inventa tutto. Chiedo che venga chiarito.

PICHLER ROLLE (SVP): Der Landeshauptmann wird uns sagen können, ob die Landesregierung als Organ eine Pressekonferenz einberufen hat, und dann ist der Fall geklärt. Im Übrigen, bei allem Respekt, die Fähigkeit zur Dialektik und den Intellekt anderer Kollegen in Frage zu stellen, ist, meines Erachtens, doch ein wenig respektlos. Ich würde den Kollegen Seppi darum bitten, Achtung vor allen Abgeordneten zu haben, weil jeder hier in diesem Saal das freie Wort hat.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich glaube Ihnen grundsätzlich und will Ihre Worte nicht in Zweifel stellen. Ich möchte aber auch, dass im Protokoll vermerkt wird, dass Landesrat Widmann nicht in seiner Funktion als Landesrat eine Pressekonferenz abhält, sondern sich als Privatperson – bei dieser Pressekonferenz geht es, glaube ich, um die Überetscher Bahn; ich weiß dies nicht genau, mir wurde es nur draußen von Journalisten gesagt – oder vielleicht als einfacher Landtagsabgeordneter äußert, die Landesregierung aber, wie Sie sagen, damit nichts zu tun hat. Ich bitte Sie, das zu überprüfen, denn wir können es kontrollieren. Wenn das nicht stimmt, dann werden Sie sich hier dem Vorwurf der Lüge stellen müssen. Es macht einfach einen Unterschied, Kollege Pichler Rolle, ob ein einfacher Abgeordneter nicht da ist - das muss er dann selber verantworten - oder ob ein Mitglied der Landesregierung während der Landtagssitzungen Pressekonferenzen einberuft, denn Sie berufen sich immer auf die große Verantwortung, die die Landesregierung hat. Wenn es die Landesregierung nicht einmal in ihrer Verantwortung sieht, während der Landtagssitzung hier im Landtag zu sein, dann ärgert es mich. Das ist eine Respektlosigkeit sondergleichen. Die Mitglieder der Landesregierung werden dafür bezahlt, hier zu sitzen und nicht irgendwo Pressekonferenzen abzuhalten oder irgendwelche Geschäfte zu eröffnen! Hier sitzen Leute, die sich erwarten, dass sie während der Arbeitszeit hier im Landtag sind. Diese Leute können auch nicht während der Arbeit irgendwohin gehen und irgendwelche Banketts eröffnen, irgendwelche Pressekonferenzen abhalten. Hier im Landtag hat gearbeitet zu werden! Es gibt eine Anwesenheitspflicht, einen Namensappell und man hat hier zu sein und nicht irgendwelche Pressekonferenzen abzuhalten!

PICHLER ROLLE (SVP): Immer, wenn Publikum auf der Zuschauertribüne ist, dann erleben wir Showeinlagen des Kollegen Knoll, der dann den Moralapostel spielt, aber ich sage es noch einmal.

ABGEORDNETE: (*unterbrechen – interrompono*)

PICHLER ROLLE (SVP): Das haben wir oft erlebt und so ist es auch heute. Bitte unterscheiden Sie! Wenn die Landesregierung als Kollegialorgan eine Pressekonferenz einberufen würde, und zwar zeitgleich und parallel zu einer Sitzung des Landtages, dann wäre dies sicherlich ein Problem, aber es ist sicherlich nicht ein Problem, wenn ein Mitglied der Landesregierung oder ein Mitglied des Landtages neben der Teilnahme an der Landtagsitzung noch einen weiteren Termin hat. Dann hat er das zu verantworten und wird bei dieser oder jener Abstimmung fehlen, ob bei der Minderheit oder bei der Mehrheit. So einfach ist die Geschichte! Nachdem der zuständige Landesrat, der Landeshauptmann und der Landeshauptmannstellvertreter hier sind, sehe ich keine Veranlassung für diese Aufregung.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Wir alle wissen, dass jeder Landtagsabgeordnete, in diesem konkreten Fall der Kollege Widmann, die moralische Verpflichtung hat, an den Landtagssitzungen teilzunehmen. Ich habe sehr vieles erlebt und erlebe es immer wieder, dass Landtagsabgeordnete, ganz gleich welcher Partei sie angehören, während der Landtagssitzungen auch andere Verpflichtungen eingehen. Wir brauchen nur hinausgehen und nachzuschauen. Wenn Parallelveranstaltungen abgehalten werden oder eine Gewerkschaft irgendwo einen Aufmarsch macht usw., dann sind die betreffenden Kollegen auch nicht hier, aber das muss dann jeder selber verantworten. Jeder ist gewählt worden, jeder weiß, welche Verpflichtungen er hat und jeder muss dann selber entscheiden, ob er dieser oder jener Verpflichtung nachkommt. Wir alle und somit auch die Landesräte wissen, welche Verpflichtungen wir haben. Deshalb werden sie diesen auch nachkommen. Ob es dann diese oder jene Verpflichtung ist, darüber müssen sie selber entscheiden. Aber es geht nicht, dass jetzt einzelne Landtagsabgeordnete über einzelne Regierungsmitglieder zu Gericht sitzen. Jeder Landtagsabgeordnete hat ein Recht, auf seine Fragen auch eine Antwort zu bekommen. Er wird sie von Seiten der Landesregierung auch bekommen. Das heißt, wenn Sie entsprechende Fragen an die Landesregierung zu stellen haben, dann wird Ihnen der Unterfertigte oder der zuständige Landesrat eine Antwort geben.

Ob heute der eine oder andere Landtagsabgeordnete eine Pressekonferenz abhält oder nicht, das weiß ich nicht. Diesbezüglich braucht man auch nicht den Regierungschef zu fragen. Wir haben als Landesregierung jedenfalls parallel zur Landtagssitzung keine Pressekonferenz einberufen. Deshalb, glaube ich, muss Kollege Widmann selber wissen, warum er dies gemacht hat, ob er sie einberufen hat und wenn er sie einberufen hat, warum, ob es eine dringende Angelegenheit war oder nicht. Der Unterfertigte fehlt selber oft bei einer Sitzung, und zwar deshalb, weil er einmal nach Rom, einmal nach Brüssel usw. fahren muss. Heute habe ich zum Beispiel ein Treffen mit dem österreichischen Bundespräsidenten, sodass es ganz klar ist, dass ich nicht sagen kann, dass ich nicht zu dieser Aussprache nach Brixen kommen kann, weil gleichzeitig der Südtiroler Landtag tagt. Ich glaube, das gehört einfach dazu. Deswegen werde ich auch in Zukunft von dem Gebrauch machen. Ich werde mich, wie immer, jedes Mal entschuldigen. Ich weiß nicht, ob sich Kollege Widmann entschuldigt hat oder nicht. Das muss er selber beantworten und darüber können nicht wir entscheiden.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich möchte eine Klarstellung machen. Landesrat Widmann hat sich bei mir in meiner Funktion als Präsidialsekretärin gemeldet und gesagt, dass er mit ein bisschen Verspätung kommen werde. Ich möchte jetzt darauf hinweisen, bevor dieses ganze ...

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wann? Vor einer halben Stunde?

STIRNER BRANTSCH (SVP): Nein, bevor die Sitzung begonnen hat.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Mussner sull'ordine dei lavori.

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Ich möchte etwas im Zusammenhang mit der einmalig interessanten Veranstaltung, die gestern die Landesregierung, und zwar Landeshauptmann Durnwalder und Frau Landesrat Kasslatte Mur, im Kolpinghaus organisiert hat, sagen. Wir haben hier beschlossen, dass man eine Stunde früher gehen könne. Deshalb hat es mich gewundert, dass so wenige an der Veranstaltung teilgenommen haben. Es war ein sehr interessanter Vortragabend mit drei einmaligen Referenten. Deshalb war es, meiner Ansicht nach, sehr konstruktiv, dass man dort hingegangen ist, diskutiert und sich manche Thesen angehört hat. Ich glaube, dass wir dort in dieser Stunde, in der wir nicht gear-

beitet haben, mehr davon profitiert haben. In diesem Sinne war es etwas Einmaliges. Ich möchte sagen, dass man die Sachen nicht vermischen sollte. Diese Veranstaltung war notwendig und es war auch richtig, dass sie gemacht wurde und dass wir dafür eine Stunde geopfert haben.

MAIR (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten! Es interessiert niemanden, ob sich ein Landesrat mündlich bei irgendeinem Kollegen entschuldigt hat, denn die Entschuldigungen gelten nur in schriftlicher Form. Dies zum einen.

Zum anderen hat der Landeshauptmann gerade gesagt, dass, wenn irgendwelche Fragen an die Landesregierung gestellt werden, diese dann auch beantwortet würden. Ich möchte jetzt wissen, nachdem Kollege Widmann zu diesem Artikel selbst Änderungsanträge eingebracht hat, ob er kommt oder nicht kommt.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): (*unterbricht – interrompe*)

MAIR (Die Freiheitlichen): Nicht Sie, Herr Landeshauptmann! Landesrat Widmann hat selbst Änderungsanträge eingebracht. Gestern haben Sie mir gesagt, dass Sie nicht zuständig seien und dass ich mit Landesrat Laimer reden solle. Heute würden Sie aber offensichtlich anstelle von Widmann sprechen. Landesrat Widmann hat zu kommen!

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Ich werde heute für jeden hier abwesenden Landesrat antworten!

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Landeshauptmann oder Herr Präsident! Ich möchte jetzt wissen, ob Landesrat Widmann kommt. Sie haben sich selbst widersprochen. Jeder wird hier Rede und Antwort stehen. Dann soll Kollege Widmann, wenn er schon Änderungsanträge einbringt, auch selbst hier sein. Das darf man von ihm verlangen. Wir alle wissen, wie er sich benimmt. Er selbst sieht es nicht einmal für notwendig an, sich zu entschuldigen! Ihm geht dies hier am Allerwertesten vorbei, das wissen wir ganz genau, aber er ist zuständig. Es gibt Artikel, die auch sein Ressort betreffen, infolgedessen soll er herkommen. Das ist eine Respektlosigkeit und da sind Sie schon auch gefordert. Sie können ... Auf uns hört er nicht. Wir wissen, welche Antworten er uns gibt, aber auf Sie wird er wohl hören, schätze ich einmal.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Ich kann Ihnen eine Antwort geben, was das Gesetz oder die Änderungsanträge betrifft.

MAIR (Die Freiheitlichen): Dann brauchen wir keine Landesräte mehr und können somit dahingehend mit dem Sparen beginnen, dass für alle Bereiche nur mehr Sie zuständig sind. Die Realität ist ja ohnehin diese.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Cerco di stemperare la situazione, anch'io se fossi l'assessore Widmann cercherei di parlare con la collega Stirner Brantsch piuttosto che con Lei, e non solo per questioni politiche. Ma io penso che debba essere il presidente del Consiglio a dare queste notizie e ad esserne informato, a prescindere che lo sia in maniera diretta o indiretta. Allora mi chiedo anche qual è il suo ruolo, presidente, perché deve essere la collega Stirner Brantsch a doverci dare delle notizie di cui Lei non è a conoscenza quando ha iniziato i lavori. I giustificati devono essere giustificati. Anche questo ci dà l'idea di quale baraonda stiamo vivendo dal punto di vista dell'Ufficio di presidenza. Ci sono colleghi, a prescindere dalla situazione in essere, che telefonano ad una collega per giustificarsi, il presidente non lo sa, la vicepresidente lo impara adesso, obiettivamente cerchiamo di fare le cose come si deve. È ora che queste cose, presidente della Giunta provinciale, finiscano. L'assessore Widmann non può convocare e fare conferenze stampa durante i lavori del Consiglio provinciale, è inutile che tentiamo di giustificarlo.

Per rispondere al collega Pichler Rolle, tenendo sempre i toni bassi, gli dico che è ora che in quest'aula, come previsto dal regolamento, arrivino finalmente le telecamere e vengano trasmesse le sedute di Consiglio ai cittadini, perché sono convinto che i consiglieri si metteranno in riga, perché la teatralità quando ci sono le telecamere diventa diversa. Almeno sarà una ragione perché il collega Pichler Rolle non abbia l'onere di dover giustificare l'ingiustificabile, che so essere difficile. La capisco e La comprendo, però ciò che va detto, va detto!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich möchte nur eines klarstellen. Es geht jetzt nicht um einen Feldzug gegen Landesrat Widmann. Es ist heute ein Zufall, dass es ihn betrifft, aber ich möchte daran erinnern, dass es in dieser Legislaturperiode schon x-mal vorgekommen ist, Abgeordneter Pichler Rolle. Das hat jetzt wirklich nichts mit einer Show zu tun oder dass ich den Moralapostel spielen möchte. Erinnern Sie sich bitte, Hand aufs Herz: Wir haben einmal eine Landtagssitzung abbrechen müssen, weil die Aktuelle Fragestunde nicht mehr durchgeführt werden konnte, da die Landesräte eben nicht da, sondern irgendwo waren. Offiziell waren sie nicht entschuldigt, somit hätten sie anwesend sein müssen. Wenn Sie sich ...

PICHLER ROLLE (SVP): *(unterbricht – interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich will nur eines sagen. Es hat nichts damit zu tun, dass ich mich hier nur auf Landesrat Widmann beziehe, aber es passiert immer wieder.

Herr Landeshauptmann! Ich habe volles Verständnis dafür, dass es auch andere Termine gibt, aber Sie, das gestehe ich Ihnen zu, haben zumindest den Anstand, sich zu entschuldigen.

Kollegin Stirner Brantsch! Ich habe vorhin gefragt, ob Landesrat Widmann entschuldigt sei, worauf es geheißen hat, dass Landesrat Widmann nicht entschuldigt sei. Vorhin wurde mitgeteilt, wer entschuldigt ist und wer nicht. Ich habe zu Beginn der Sitzung die konkrete Frage an das Präsidium gestellt. Deshalb war es ja meine konkrete Frage. Ich sage es noch einmal. Es ist nicht eine Frage der Moral, sondern eine Frage des Anstandes, dass man während der Sitzung des Landtages keine Pressekonferenzen einberuft. Wenn draußen irgendwelche Besprechungen sind, wo der Landesrat wieder sofort in den Saal kommen kann, dann in Gottes Namen. Es ist zwar auch nicht in Ordnung, aber bitte. Während einer Landtagssitzung einfach Pressekonferenzen anzuberaumen, ist etwas anderes und gegen so etwas verwehre ich mich einfach, weil dies eine Respektlosigkeit gegenüber allen anderen Abgeordneten ist, die jedes Mal zur Sitzung kommen. Ich möchte Ihnen, weil Sie mich vorhin persönlich angeschaut haben, sagen, dass ich in diesen zweieinhalb Jahren ein einziges Mal gefehlt habe, und das nur, weil ich krank und deshalb auch entschuldigt war. Ich kann nur für mich und für niemand anderen sprechen. Ich bin ein Teil des Landtages und möchte nur für mich sprechen. Deswegen möchte ich sagen, dass auch ich Anfragen wegen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Besprechungen bekomme. Ich sage jedes Mal, wir haben Landtag und während der Arbeiten des Landtages kann ich nicht, sodass ich die Besprechungen auf entweder vor oder nach der Landtagssitzung verlege. Ich denke, dasselbe kann man von der Landesregierung auch verlangen können.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Es kommt öfters vor, dass Landtagskollegen Präsidiumsmitglieder anrufen, wenn sie verhindert sind, und sich dann entschuldigen oder sagen, dass sie mit Verspätung kommen. Wenn ich es am Anfang nicht mitgeteilt habe, dann tut es mir leid und ich nehme es auf meine Kappe. Auf alle Fälle hat sich Landesrat Widmann bei mir gemeldet und gesagt, dass er sich für den Beginn der Landtagssitzung entschuldigen möchte, weil er mit Verspätung komme.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Il tema mi pare di particolare interesse e stiamo avviando una discussione che è complessa, che riguarda fra il resto anche la realizzazione del polo sportivo e delle strutture annesse in quel di Laives, discussione complessa che peraltro vede anche in trattazione gli equilibri politici che attengono la maggioranza, come è stato già discusso nei giorni scorsi, e il rapporto fra la Provincia e il Comune di Laives. Dato che si sta parlando di appuntamenti e di assenze, ritengo che nell'ambito di questo ragionamento debba essere garantita la piena partecipazione attiva anche della componente di lingua italiana in Giunta provinciale e anche degli assessori che più direttamente, anche per la loro appartenenza al Partito Democratico che regge l'amministrazione del Comune di Laives, dovrebbero essere pienamente coinvolti e partecipanti attivi al dibattito. Io scorgo che l'assessore Tommasini alle ore 11 ha in previsione una conferenza stampa che quindi gli impedirà di seguire l'andamento dei lavori. Mi sembra in tutta onestà piuttosto sorprendente se questo appuntamento verrà confermato, anche perché credo, e concludo chiedendo chiarimenti all'assessore Tommasini, di dover ricercare un interlocutore della Giunta provinciale anche per la componente italiana e anche del Partito Democratico. Questo interlocutore lo rintracciamo nel vicepresidente della Giunta provinciale, l'assessore Tommasini. Quindi chiedo se l'assessore Tommasini ha intenzione di seguire i lavori del Consiglio oppure di assentarsi per conferenze stampa. In questo caso, laddove fosse prevista l'assenza del vicepresidente della Giunta Tommasini, io chiedo e ribadisco la richiesta già avanzata precedentemente da altri colleghi, che il Consiglio venga sospeso, che la seduta venga rinviata alla prossima sessione, in modo da poter garantire una piena

partecipazione attiva di coloro che dovrebbero rappresentare da una parte interessi e dall'altra anche responsabilità, e non mi pare che questo sempre accada in questo Consiglio.

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): Come vedete, io sono fisicamente presente qui dalle dieci meno cinque e ho già provveduto a spostare la conferenza stampa in oggetto. Voi dovete sapere, ma lo sapete perfettamente, perché è una cosa nota, che spesso gli assessori hanno altri impegni, come ha detto il presidente, e spesso in passato, non essendosi svolto il giorno di Consiglio di venerdì, può darsi che qualcuno abbia preso degli impegni. In alcuni casi ci sono delle iniziative che sono programmate anche durante il Consiglio e in questo caso il venerdì. Essendo che noi siamo qui a discutere di questa legge, in particolare con un articolo così importante come quello che ci accingiamo, spero, a discutere, è chiaro che io stamattina ho provveduto a far spostare la conferenza stampa in un'altra data. Quindi sarò qui a seguire il dibattito, interverrò se ci sarà l'occasione su questo e su altri temi, e continuerò ad essere presente come lo sono in questo momento. Ritengo quindi che i lavori debbano andare avanti e che dobbiamo, dopo questa lunga discussione, entrare nel merito della questione.

PRESIDENTE: Noi abbiamo in ballo una richiesta del consigliere Seppi di interruzione. Abbiamo accertato che è in corso una conferenza stampa. Il consigliere Seppi aveva detto, se si accertava questo, che lui avrebbe chiesto la sospensione dei lavori. Non so se intende confermare questa richiesta, nel qual caso devo far parlare due consiglieri a favore e due consiglieri contro, e poi mettere in votazione la richiesta.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Sono 40 anni che io non cambio idea, né politica, né personale, né ideologica. Non riesco a capire perché dovrei cambiarla in un quarto d'ora.

PRESIDENTE: Ai sensi del nostro regolamento interno due consiglieri possono parlare a favore e due contro la richiesta di chiusura della seduta. Qualcuno chiede la parola? Nessuno.

Pongo in votazione la richiesta del consigliere Seppi di sospendere per questa sessione i lavori del Consiglio: respinta con 18 voti contrari, 11 voti favorevoli e 4 astensioni.

Proseguiamo con la discussione sugli emendamenti.

La parola al consigliere Heiss, ne ha facoltà.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Die Debatte zu diesem Artikel wird noch von einzelnen Kollegen, vor allem vom Kollegen Dello Sbarba, in ausführlicher Form geführt werden, die im Besonderen Detail zu diesem Artikel 9, der sehr ausführlich wesentliche Bereiche regelt, sprechen werden. Auch ich bedauere es, dass Landesrat Widmann nicht hier ist, aber wir sind das von ihm in gewisser Weise schon gewöhnt. Wir bedauern es auch, dass er nicht hier ist, weil es doch auch um einen Änderungsantrag geht, der von ihm eingebracht wurde. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn er dazu Stellung beziehen würde und nicht alles auf den gewiss nicht schmalen, aber doch mitunter überlasteten Schultern von Landesrat Laimer liegen würde. Landesrat Widmann ist nicht hier, weil er eine Pressekonferenz hält. Er hält sie vielleicht aus dem Grund, weil dieses Gesetz in der Öffentlichkeit einen doch erheblichen Stellenwert hat und es ein Stück weit vielleicht auch ein Ablenkungsmanöver ist, wenn man zur gleichen Zeit über ein wichtiges Thema eine Pressekonferenz hält, die dann die Aufmerksamkeit auf sich ziehen soll. Das muss man auch in aller Klarheit und Nüchternheit feststellen. Landesrat Widmann ist ein Medienexperte und die Dachmarke "Widmann" ist in der Hinsicht bekannt.

Wir haben dieses Gesetz, das nach dem Titel "Lichtverschmutzung" benannt ist. Man könnte auch sagen, dass es ein Gesetz zur "Sichtverschmutzung" ist, denn es wird sozusagen die Sicht genommen auf das andere, das im Gesetz drinnen steht. Ein wenig ist es, glaube ich, schon Vernebelung, Landesrat Laimer! Ich weiß, dass Sie einen Hang zu gewissen Vernebelungstaktiken haben. Der Begriff "Lichtverschmutzung" ist so ironisch, dass man es als "Sichtverschmutzung" bezeichnen kann, aber Scherz beiseite.

Kollege Pichler Rolle hat gestern über Anlassgesetzgebung gesprochen und hat die Anlassgesetzgebung für bestimmte Bereiche harsch zurückgewiesen. Er hat mit eindringlichen Argumenten auf die unternehmerische Verantwortung eines dieser, wenn man es so will, Profiteure hingewiesen. Er hat darauf hingewiesen, was SALEWA in Bozen, was SALEWA für seine Stadt getan hat und was SALEWA für die Südtiroler Wirtschaft tut. Das trifft zu, keine Frage. Familie Oberrauch hat unternehmerische Verantwortung, die sie gut wahrnimmt. Sie hat eine gewisse Markenbildung für Bozen und mit der Kletterhalle auch eine Landmarke für Bozen entwickelt, die

aner kennenswert ist, keine Frage, und die sicher von Bedeutung ist. Allerdings muss man das auch ein bisschen einschränken. Dass Oberrauch im Gegensatz zu Zuegg in Bozen bleibt, hat natürlich auch Gründe. Man kann alpine Produkte nicht verkaufen, wenn man abseits vom alpinen Raum ist. Die Verlegung von Bozen weg wäre nicht sehr zielführend. Ich glaube schon, dass es durchaus auch Sinn macht, das Headquarter hier zu belassen. Ich erkenne die unternehmerische Leistung von Herrn Oberrauch in der Hinsicht durchaus an und auch seinen Einsatz in vielen Bereichen, keine Frage, Kollege Pichler Rolle; dies stellt niemand in Zweifel.

Es handelt sich aber doch um einen Artikel, der nicht nur ihn sozusagen als Patron dieses Artikels nobilitieren könnte, der gewissermaßen diesen Artikel durch seine unternehmerische Tätigkeit veredeln könnte, sondern er ist ein Artikel, ein Passus, der es auch anderen Unternehmern ermöglicht, ihre exportorientierten Produkte auf einer Schauffläche zu präsentieren und daneben noch im Detailhandel zu brillieren. Dieser Artikel ist nicht nur eine Anerkennung für diesen akzeptablen, wirklich schätzenswerten Unternehmer, sondern er führt darüber hinaus, und das muss man auch sagen. Es ist sicher eine Möglichkeit, aber es ist eine Möglichkeit, die sich auch erweitert, das muss man auch sehen. Man muss auch sehen, dass diese Form der Anlassgesetzgebung einfach nicht gut ist. Sie ist in vieler Hinsicht nicht gut, weil sie jetzt ad hoc, kurz nach Eröffnung der Kletterhalle stattfindet. Sie findet ohne entsprechenden Vorlauf statt und es ist hier hineingekläuscht und nicht jeder hat die Möglichkeit, sich von einem solchen Artikel platzieren zu lassen; das muss man auch sehen. Hier macht sich der Einfluss auch direkt in die Gesetzgebung hinein geltend. Ich sehe hier diese problematischen Punkte, die man mit einer solchen Anlassgesetzgebung verbindet und man kann nicht die Anlassgesetzgebung durch einen herausragenden Unternehmer gewissermaßen in die Höhe ziehen und nobilitieren lassen. Dies erscheint mir von der Vorgehensweise her sehr problematisch und es gibt nicht nur die moralisierende Kritik der Opposition oder von anderen, sondern auch der Rat der Gemeinden weist ganz deutlich darauf hin, dass dies in dieser Form nicht in Ordnung ist. Wir wissen sehr wohl die Tätigkeit von herausragenden Unternehmern, Kollege Laimer, anzuerkennen, aber wir können diese Form der Gesetzgebung leider nicht billigen. Das müssen wir mit Nachdruck sagen.

Ich möchte auf zwei Änderungsanträge hinweisen, die wir für sehr problematisch halten und die vielleicht bisher im Trubel des Geschehens untergegangen sind. Es ist der Änderungsantrag Nr. 6 - oh Wunder! -, den Landesrat Widmann eingebracht hat. Landesrat Laimer ist für dieses Mal entlastet. Es ist ein Änderungsantrag, der in ziemlich übler Weise einen "condono" im Bereich der Bauvergehen darstellt. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen zur Hand nehmen, dann ist es ein unscheinbarer, sehr technisch wirkender Artikel, der im letzten Satz des Absatzes 3 des Artikels 85 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13 Folgendes vorsieht: *"Diese Geldbuße entspricht 25 Prozent der Baukosten je Kubikmeter gemäß Artikel 73 für die im Artikel 75, Absatz 2, Buchstaben a), b), c) und g) aufgezählten Zweckbestimmungskategorien. Für die im Artikel 75 Absatz 2 Buchstaben d) und e) sowie für das unterirdische Volumen entspricht die Geldbuße 10 Prozent der Baukosten je Kubikmeter gemäß Artikel 73"*. Um was geht es hier? Hier geht es um die Sanktionierung von Bauvergehen. Es geht darum, dass laut Raumordnungsgesetz bestimmte Bauvergehen, also Projekte, die von den Baukonzessionen abweichen, mit Sanktionen bestraft werden, die in der Höhe von 25 Prozent der gesetzlichen Baukosten von 335 Euro pro Kubikmeter festgelegt sind. Davon sollen nun zwei Kategorien gemäß Buchstaben d) und e) ausgenommen werden. Das sind die Kategorien Produzierendes Gewerbe und, siehe da, zur Abwechslung auch der Großhandel - Landesrat Widmann ist hier offenbar wieder einmal sehr zielführend tätig gewesen - und laut Buchstabe e) die Kategorie Landwirtschaft. Hier sollen im Rahmen dieser Sanktionen für die Bereiche Produzierendes Gewerbe, Großhandel und Landwirtschaft Bauvergehen nicht mit 25 Prozent der Baukosten geahndet werden, sondern nur mehr mit 10 Prozent. Hier ist im Rahmen der ad hoc-Bestimmung noch eine ad hoc-Bestimmung eingeführt, sozusagen ein Spezialkonto für zwei Kategorien, und das geht wirklich nicht in Ordnung. Dass Landesrat Widmann nicht im Saal ist, um darüber Rechenschaft abzulegen, ist sehr bedauerlich und zugleich bedenklich. Ich ersuche, dies zu berücksichtigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und diesem Änderungsantrag Nr. 6 bitte nicht die Zustimmung zu geben, denn eine solche Form der Änderung gehört wirklich nicht hinein! Ich glaube, deshalb hat auch Landesrat Laimer, auch wenn er für die Raumordnung zuständig ist, nicht seine Unterschrift unter diesen Änderungsantrag gesetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, Landesrat Laimer, dass Sie damit sonderlich einverstanden sein können. Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Änderungsantrag Nr. 6 gehört wirklich gestrichen!

Die zweite Frage ist weniger problematisch, aber doch recht beeindruckend. Wir haben über den Änderungsantrag Nr. 8, Landesrat Laimer, in diesen Artikel gewissermaßen die Neufassung des Kubaturbonus hineingepackt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnern sich, dass der Kubaturbonus vor zwei Jahren in Südtirol als Form des Bonus für Bauherren und Bauherrinnen eingeführt wurde, um energetische Sanierungen durchzuführen. Es hat ein Staatgesetz gegeben, das 2009 erlassen wurde, und dieses wurde dann aufgrund des Vorschlages der Landesregierung in Teilen vom Südtiroler Landtag angenommen.

Der Kubaturbonus hat in der bisherigen Form vorgesehen, dass für Wohngebäude, die vor dem 12. Jänner 2005 errichtet wurden und im Klimastandard C saniert werden, eine mögliche Erweiterung zulässig ist, und zwar im Umfang von maximal 200 Kubikmetern, entweder in die Höhe oder in die Breite. Das war eine Maßnahme, die es ermöglicht hat, vor allem Einfamilienhäusern die Kubaturerweiterung gegen diese energetische Sanierung zu gewähren. So weit so gut, also eine Maßnahme, gegen die wir Grüne von Anfang an gewisse Bedenken hatten. Wir sehen natürlich die Notwendigkeit der energetischen Sanierung, keine Frage, und auch die Notwendigkeit des Anreizes für die energetische Sanierung, aber es gibt natürlich auch Bedenken, die man nicht außer Acht lassen soll, und diese Bedenken muss man nach wie vor im Blick behalten.

Es geht darum, dass durch diese 200-Kubikmeter-Erweiterung die Ortsbilder im Bereich der Denkmalpflege unter Umständen gefährdet werden können. Für den Ensembleschutz wurden bestimmte Ausnahmen vorgesehen und bestimmte Gemeinden, wie etwa Klausen, haben auch Sperrzonen eingeführt, aber dies kann trotzdem problematisch sein. In diesen zwei Jahren hat sich dies aber nicht als problematisch herausgestellt, aber Vorsicht war hier angemessen. Zugleich war diese Form des Kubaturbonus auch eine Möglichkeit für viele Bauherren oder Hausbesitzer, illegalen Dachraum zu sanieren. Wenn in zwei Meter Höhe Dachräume ausgebaut wurden, die eigentlich nicht bewohnt werden konnten, aber bewohnt wurden, wurde durch diesen Kubaturbonus auch die Möglichkeit eingeräumt, hinter dem durchaus guten Motiv der energetischen Sanierung ein Stück weit auch eine baurechtliche Sanierung vorzunehmen. Das muss man auch sehen.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Kubaturbonus auch eine gewisse soziale Schieflage schafft. Das ist ein Argument, das raumordnerisch, Landesrat Laimer, nicht besonders interessieren wird, aber es ist sozusagen das Prinzip "Wer hat, dem wird gegeben", wer also über einen Hausbesitz verfügt, der bekommt sozusagen 200 Kubikmeter dazu. Man kann sagen, dass er dadurch ein energetisch saniertes Haus dazugewinnt. Das ist gut fürs Klima, gut für die Allgemeinheit. Es ändert aber nichts daran, dass 200 Kubikmeter dazu geschaffen werden, damit jemand sozusagen ein Baurecht dazubekommt, was nicht unproblematisch ist, weil die energetische Sanierung per se schon Einsparungen ermöglicht, per se schon einen Bonus darstellt und man durch diese 200-Kubikmeter-Sanierung noch zusätzlichen Raum dazubekommt. Wer kein Haus hat, kann davon nicht profitieren, also es ist schon ein Geschenk, wenn man es so will, ein Stück weit an die Häuslbauer, Kollege Pöder von der BürgerUnion, verkappte Sozialdemokraten. Ich möchte sagen, dass es ein wenig schon auch ein Geschenk an die Häuslbauer ist. Man kann durchaus sagen: Energetische Sanierung - gutes Motiv, keine Frage, aber, sozial gesehen, prämiert es die Besitzenden. Ich bin selber Besitzer, aber wenn man redlich ist, dann muss man sagen, dass dies in dieser Hinsicht zutrifft.

Nun. Der Änderungsantrag heute weitet die bisherige energetische Sanierung wesentlich aus. Es geht darum, dass die energetische Sanierung gewissermaßen vollinhaltlich an die Staatsvorgabe angepasst wird, dass also nicht mehr nur 200 Kubikmeter, sondern 20 Prozent der bestehenden Baumasse für die energetische Sanierung zur Verfügung gestellt werden können. Das ist schon ganz erheblich, also nicht mehr 200 Kubikmeter, sondern auch bei einem relativ großen Bau 20 Prozent, das heißt im Klartext, dass hier vor allem große Kondominien, große Stadthäuser zum Zuge kommen. Die Reaktion in der Öffentlichkeit war ausgesprochen positiv. Es haben die Stadt Bozen mit Bürgermeister Spagnolli und der Stadträtin Pasquali aufgejubelt und auch die Bauunternehmer, keine Frage. Das ist verständlich mit dem Hinweis darauf, dadurch würde in Bozen, ohne weiteren Grund zu verbrauchen, zusätzlicher Raum geschaffen, und zwar für 500 bis 600 Wohnungen; Spagnolli hat sogar von 3.000 gesprochen. Das kann man auch so sehen, aber man muss auch sehen, dass diese 20 Prozent ein Geschenk in erheblich größerem Ausmaß an die Bauherren darstellen, dass vor allem die Möglichkeit besteht, mit diesen 20 Prozent einen Stock dazuzubauen, das Haus mit gewissen Kosten zu sanieren. Auf jeden Fall steigt der Profit deutlich stärker als die Kosten der energetischen Sanierung im städtischen Raum. Das möchte ich schon sagen. Hier wird also bestimmten Bauträgern mit dem sicher auch guten Argument der energetischen Sanierung eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen, auf das auch Klimachef Lantschner hingewiesen hat. Man muss aber auch deutlich sagen, dass starken Bauträgern zusätzlich ein sehr großes Geschenk gemacht wird.

PRESIDENTE: Per un errore del computer adesso la parola va al consigliere Seppi prima che al consigliere Dello Sbarba, il quale era intervenuto prima sull'ordine dei lavori, quindi il suo nome si era cancellato dalla lista.

SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): L'articolo 9 è vero che riguarda "norme sulla legge urbanistica provinciale" ma è altrettanto vero che prende in considerazione cinque modifiche alla legge provinciale talmente diversi fra loro che nello stesso articolo ci stanno tanto quanto le omnibus di Berlusconi in fase di bilancio, dove in un unico articolo ha messo 700 modifiche alle leggi nazionali. Siccome io penso che non ci sia la vo-

glia di procedere nello stesso modo, perché la chiarezza è fondamentale in situazioni di questo tipo, e quando dico chiarezza non intendo solo la chiarezza di espressioni all'interno di norme e di leggi nuove e di articoli che fanno riferimento a leggi vecchie, ma intendo anche l'intenzione di voto di quest'aula, perché votare un articolo in cui si prevede la possibilità alla Salewa di vendere al minuto in una zona nella quale la vendita al minuto non sarebbe concessa, è un ragionamento che segue una sua logica. Ma pensare che sia la stessa logica per la quale si debbano istituire autorizzazioni ai contadini per realizzare all'interno della cubatura delle loro case rurali dormitori per extracomunitari, ritengo che abbia poco a che vedere con la Salewa. Ma ancora di più, la realizzazione e l'innalzamento di un piano – che poi sarebbe anche interessante sapere quanto è alto un piano – dell'hotel Terme di Merano non ho capito cosa centri con il dormitorio per extracomunitari. Ma ancora di più, la proroga concessa per le licenze edilizie di 12 mesi suppletivi a quelli attuali, perché in un periodo di crisi economica, così si giustifica il presentatore di questa normativa, si può anche pensare che ci sia difficoltà per il costruttore di vendere e di conseguenza diamogli un anno in più per la validità della concessione edilizia, che poi anche lì, collega Dello Sbarba, ho capito che c'è la crisi, ma non ho capito perché l'hotel Bristol bisogna distruggerlo 5 anni prima. Si può anche pensare di distruggerlo quando si può cominciare a costruire, ma comunque è un altro argomento, arriveremo dopo. Ma cosa c'entri questo con il dormitorio per extracomunitari, non lo so. E ancora di più non riesco a capire cosa c'entri – e si arriva al dunque – con la cittadella di Laives. La prima cosa che chiedo ufficialmente è che su questo articolo ci sia una votazione separata per commi. Chiedo quindi ufficialmente che la questione Salewa, che è il comma n. 1, venga votato in maniera autonoma rispetto al comma 1/bis che riguarda i dormitori per extracomunitari, anche se per me è il comma n. 2. Il terzo comma riguarda le Terme di Merano, il quarto comma è quello relativo alla proroga per le concessioni edilizie e il quinto comma riguarda la cittadella dello sport. Chiedo quindi cinque votazioni separate, dato che sono d'accordo con quattro commi dei cinque. E penso che il compito di quest'aula sia quello di andare ad approfondire temi per temi quando questi sono distanti fra loro e non hanno nessun altro collegamento se non l'inserimento che quello strano intreccio che esiste specialmente sul comma 1 che riguarda la Salewa tra le norme urbanistiche e le norme commerciali.

Nel merito di questi emendamenti devo dire che non fanno altro che comprovare, preso atto che giungono da tutti i banchi, sono emendamenti dei Verdi, dei Freiheitlichen, della maggioranza, quindi c'è qualcosa che non funziona, perché che giungano dai banchi dell'opposizione è normale, ma quando giungono anche dai banchi della maggioranza c'è qualcosa che va sottolineato, perché ci sono dei contrasti seri prima di tutto sul fatto che non possiamo pensare che l'art. 9 di questo disegno di legge sia quello della cittadella dello sport. La cittadella dello sport è uno dei cinque commi, non è assolutamente l'articolo, che è composto da altri passaggi importanti. Il problema della Salewa con il vostro emendamento è serio. In un periodo di crisi è ovvio che un'azienda come la Salewa abbia tutto il diritto di procedere nel migliore dei modi per poter vendere i suoi prodotti, per poter dare la possibilità ad aziende locali come questa di sviluppare meglio il suo lavoro, specialmente ad una azienda che oltre a lavorare sul territorio locale e nazionale lavora all'estero. Noi sappiamo anche dagli sviluppi degli ultimi giorni quanto sia importante l'export per le nostre aziende. Agevolare in ogni modo tutti coloro che in quella direzione sono impostati, è una questione di principio fondamentale dal punto di vista politico ed economico. Ma sarebbe anche giusto che le leggi esistessero per tutti, che ci fosse una riqualificazione del territorio con delle norme che non devono essere costruite per la Salewa, che nel caso specifico approviamo, ma non approviamo il metodo per l'hotel Bristol di Merano dove evidentemente Tosolini ha serie difficoltà a vendere gli appartamenti, dove si arriva addirittura a pensare di dover alzare l'hotel Terme di Merano. Io non sono contrario ad uno sviluppo del territorio che prevede l'innalzamento delle case lasciando il terreno più vergine possibile, ma sono assolutamente contrario quando siamo arrivati ad una speculazione da parte della Provincia che ha pagato quell'hotel l'ira di Dio. Adesso riuscirà a venderlo per la metà di quanto gli è costato, e sembra che dietro le quinte ci sia una grossa impresa austriaca che non produce nulla se non il vizio del gioco. Anche questo andrebbe affrontato. Sono voci di corridoio, ma se così fosse, io credo sia inutile che noi andiamo a recuperare quattrini per vendere le Terme di Merano a chi volesse fare case da gioco e poi spendiamo soldi per gli psicologi o, dal punto di vista sociale, per mantenere operai che non arrivano alla fine del mese, o anche impiegati e dirigenti perché si mangiano tutto con le macchinette, o perché vanno a giocare al Casinò! Allora lasciamo pure stare un libero mercato che esiste nel casinò, però dall'altra parte smettiamo di andare a preoccuparci se qualcuno è psicolabile o se ha problemi sociali. I casi sono due: o si cerca di guarire la malattia e si cerca di creare condizioni affinché si causino nuovi malati, oppure si muova tutto in un'altra direzione senza creare contraddizioni di questo tipo. Chiedo quindi specificatamente al presidente della Giunta se è vero che le Terme di Merano interessano ad una grossa azienda austriaca che intende fare una casa da gioco. Il presidente mi conferma che è vero. Presidente, mi creda, non sta bene. Io ho già creato problemi al Comune di Bolzano, perché quel locale di via Perathoner dove un'azienda austriaca ha aperto

una grossa sala giochi sotto la stazione delle autocorriere, è di proprietà del Comune e sono seriamente preoccupato che l'ente pubblico ceda proprietà in affitto o, come nel caso delle Terme di Merano, in cessione ad aziende che intendono fare gioco d'azzardo o regolare, creando delle condizioni sociali che sono all'ordine del giorno come le più grosse devianze che in questo momento interessano tutta la nostra società. L'ente pubblico se ne stia fuori da questo! Ci sono delle leggi che consentono questo tipo di attività, certamente, ma che noi con i nostri immobili dobbiamo andare a contribuire affinché questo si realizzi, è tutt'altro discorso. C'è una questione morale ed etica dietro tutto ciò, e io ritengo che questa morale debba coinvolgere l'ente pubblico.

Quando si dice di alzare di un piano le Terme di Merano, da geometra ricordo che ci sono piani di 2,70 metri, che è il minimo previsto per un appartamento, ci sono piani da 9 metri, o 10 o 15, come quelli del Kursaal, tanto per restare a Merano. Quando si dice di alzare di un piano non significa niente, perché si possono fare piani di 20 metri e fare i soppalchi, quindi quando si scrive una legge bisogna essere più precisi. Un piano non significa nulla, perché "un piano" possono diventare quattro, dipende dal problema di cubatura, ed è questo che dovrebbe essere specificato.

Per quanto riguarda la questione sociale, collega della Lega Nord, che attiene al comma 2, riguarda la possibilità per un coltivatore di creare dormitori all'interno della sua cubatura contadina per lavoratori extracomunitari stagionali. Io starei un attimo attento, perché questi lavoratori extracomunitari stagionali che giustamente ricevono un alloggio da parte di chi offre loro lavoro, dove vanno quando la stagione è finita e vengono sbattuti fuori da questo dormitorio? Anche queste normative urbanistiche si inseriscono in problematiche sociali, come il gioco, le cubature che si alzano senza sapere fino a quanto. Per la Salewa viene fatta una legge apposita, perché non si riesce a pianificare una condizione che possa essere generalizzata e alla quale tutti possono accedere, cioè si fanno sempre leggi ad personam e dove c'è una legge restrittiva, per quella persona si fa una deroga. Questo è il sistema di procedere di una Provincia che dovrebbe essere la più pulita, la più interessata dal punto di vista di luminosità e trasparenza, mentre ritengo che sia peggio della realizzazione della cubatura dell'isola di Ischia o di Procida, per non dire della zona più interna a Lamezia Terme. Basta avere un numero civico per aprire un centro commerciale che si chiama Twenty! Basta avere un numero civico per creare le condizioni per avere un centro commerciale per cui in questo momento insistono in Tribunale decine di ricorsi portati avanti da persone, e vi sono risposte da parte della magistratura del tipo: avete ragione, ma ormai è stato fatto, cosa possiamo fare? Ci sono risposte della serie: sarà pure un assassino, ma se già l'altro è morto, cosa vuoi fare? Metterlo in galera?

Penso che sulla questione urbanistico-commerciale esista la necessità di fare ordine, mentre qui viviamo nell'anarchia più totale. Esistono delle norme che vengono eluse sulla base di chi le chiede, delle potenzialità che ha, e forse sulla base delle bustarelle che paga, ma questo non lo posso provare! Non lo so, ma certi dubbi possono venire alla popolazione, certe considerazioni possono imperversare nella mente del popolo quando vede che tu puoi fare ciò che io non posso. Se lo faccio io, mi arrestano, se lo fai tu, c'è sempre qualcuno che mi dà ragione. È ora di dare delle risposte chiare, che in questo disegno di legge non vengono date. Allora discutere di tutto ciò all'interno di un articolo che coinvolge il Comune di Laives per quanto riguarda la cittadella dello sport, ritengo sia un concetto davvero difficile. Cercheremo di farlo chiedendo la votazione per commi separati.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ieri l'assessore Laimer, credo per l'ennesima volta negli ultimi tempi, ci ha annunciato la presentazione a breve da parte della Giunta provinciale di una nuova legge urbanistica ammettendo che l'attuale legge urbanistica è una giungla da cui è difficile uscire vivi sia per i cittadini che per gli amministratori. Però quando leggiamo l'articolo 9, ci accorgiamo che è un po' come la malattia dell'accanito fumatore, il quale promette sempre di smettere di fumare ma non rinuncia all'ultima sigaretta ogni giorno. In effetti l'articolo 9 è, speriamo, l'ultima sigaretta, anzi le ultime 5-6 sigarette dell'accanito fumatore, cioè di una legislazione fatta ad hoc, per casi specifici e in deroga alle norme che ci siamo dati in questo Consiglio e che la stessa Giunta provinciale attraverso regolamenti, piani ecc. si dà. In questo senso aveva ragione il "Heimatpflegeverband" della provincia di Bolzano che in occasione del sessantesimo congresso tenuto in aprile scriveva: "Das Raumordnungsgesetz wird andauernd auf persönliche Bedürfnisse maßgeschneidert", cioè che la legge urbanistica viene derogata ogni volta per andare incontro a casi particolari, a persone con nome e cognome. Qui i nomi e cognomi ci sono: la Salewa, le Terme di Merano, il caso di Tosolini e del cantiere di Merano, lo stadio di Laives. Una legislazione ad hoc che stabilisce una regola e poi continuamente la viola, solleva la protesta di altrettanti interessi. Noi siamo stati bombardati da comunicati dell'Unione Commercio, del Südtiroler Bauernbund contro una serie di articoli, dell'Unione commercio contro l'articolo sullo stadio di Laives e contro la norma sulla Salewa, il Bauernbund contro l'articolo sullo stadio di Laives, e dello stesso Consiglio dei comuni dopo che la nostra commissione aveva approvato l'articolo 9, cosa molto rara, perché di solito il Consiglio dei comuni si esprime

per la commissione ecc. Esso, sentito il bisogno di nuovo di prendere posizione sull'articolo 9, il 10 maggio 2011 a firma del suo presidente Kompatscher ha preso una posizione negativa sui commi che riguardano la Salewa, le Terme di Merano e lo stadio di Laives. Credo sia una situazione assurda annunciare una pulizia, una riscrittura in termini generali della legge urbanistica e poi continuare intanto a perseverare nell'errore. Siamo arrivati al punto in quest'aula, che siamo lontani dal fare il nostro mestiere, che è fare delle leggi che riguardino l'interesse pubblico e norme generali e trasparenti uguali per tutti per questa provincia. Siamo arrivati invece a legiferare in base ad interessi particolari, che abbiamo sentito ieri da un nostro collega, il collega Baumgartner, che interviene non come consigliere provinciale che dovrebbe fare gli interessi del bene pubblico e dovrebbe rispondere all'intero corpo elettorale, "eletto dalla nazione" è scritto nella Costituzione, ma come presidente dell'FC Südtirol e spiegarci in forma appassionata ma anche interessante, ma forse il bar sarebbe stato il luogo più adatto, i problemi dell'FC Südtirol e perché ha bisogno di uno stadio in questa provincia. Io credo che questo sia l'ultimo passo della frammentazione, del tradimento della nostra missione di legislatori.

Intervengo su due questioni, il collega Heiss ha già verificato ieri un emendamento che è un mini condono presentato dall'assessore Widmann, contrassegnato dal n. 6 a cui invitiamo i colleghi a votare contro, ma vorrei parlare sulla questione in termini generali in base all'interesse pubblico e alle norme che ci siamo dati di due casi: lo stadio e le Terme di Merano.

Per quanto riguarda lo stadio preciso una cosa: in questo momento, in questa sede non entro nel merito del fatto se l'FC Südtirol si merita uno stadio e dove questo stadio deve essere costruito, ma il problema è come noi legiferiamo e quali regole diamo alla distribuzione delle aree commerciali della nostra provincia. Siamo contrari all'articolo ad hoc sullo stadio a Laives, perché con questo articolo si fa un'eccezione, si deroga alle norme della legge urbanistica, si deroga al piano di distribuzione delle grandi strutture di vendita approvato dalla Giunta provinciale nel giugno 2009, e si va a finanziare un'opera con uno scambio fra un finanziamento privato e il regalo a privati di diversi metri quadri, 7000, qualcuno dice che non basteranno e in corso d'opera verranno aumentati, di superficie commerciale.

Quello che c'è scritto nella legge urbanistica lo sappiamo tutti, cioè 10% nelle aree di interesse provinciale, qui si va molto oltre, ma va molto oltre anche il piano di distribuzione del commercio che la stessa Giunta provinciale ha approvato nel giugno 2009. Ho trovato il comunicato che l'Ufficio stampa della Giunta provinciale emise in quell'occasione. Si intitola: "Soddisfatto l'assessore Widmann per il piano sulle grandi strutture di vendita approvato dalla Giunta". Diceva che sono previsti per i prossimi cinque anni un aumento di 42 mila m² di superficie di vendita, di cui 20 mila per il nuovo centro commerciale di Bolzano e gli altri destinati invece al resto. Il resto vuol dire che in comuni superiori a 10 mila abitanti come Bolzano, Merano ecc. e anche Laives, il piano prevede la possibilità di aprire nuove strutture di vendita sino ad un massimo di 2.000 m². Questo l'avete stabilito nel 2009. Quindi i 2.000 metri non sono i 7.000 del centro commerciale a Laives, per cui abbiamo una deroga. Ma il problema è anche più generale. Perché ha protestato l'Unione commercio, e voi sapete che noi Verdi non abbiamo sempre avuto buoni rapporti, ma in questo caso siamo d'accordo? Ha protestato, perché stiamo assistendo ad una proliferazione di una serie di centri, nella nostra provincia, di piccoli, medi e poi in via di ingrandimento centri commerciali. A Bolzano c'è il Twenty, a Varna ci sono 3.500 m², altri 2.300 aperti con dubbia autorizzazione, più 2.000 in progetto, per un totale di 8.000 m², a Lagundo ci sono già 4.000 m², ma già ora ce ne sono in progetto altri 6-7 mila. In alcune zone come Laces si tenta di fare l'area di espansione, ma poi si fa solo la parte per le strutture commerciali che dovrebbero servire alle case. Invece non si fanno le case ma le strutture commerciali. A Laives si fanno 7.000 m² e qualcosa di più. Che cosa sta succedendo in questa provincia? Voi dite che ci sono queste regole, c'è un centro commerciale unico, questo è il quadro, ma in realtà sta succedendo che in una serie di zone della provincia, non a caso, stanno sorgendo piccoli e medi centri commerciali. Ricordo, presidente Durnwalder, che nella scorsa legislatura, durante il dibattito su dove fare un centro commerciale e quanti farne, si confrontarono due posizioni. Una era quella che non voleva fare centri commerciali o al massimo uno, e questa fu la mediazione, e una del presidente Durnwalder che sosteneva che ci voleva un centro commerciale per circondario. Poi avete deciso di fare un unico centro commerciale a Bolzano come mediazione, ma io ricordo benissimo, quando facevo il giornalista, che Lei mi era noto per la seguente frase: "Io quando ho un'idea, prima o poi la realizzo". Adesso stiamo assistendo alla realizzazione "prima o poi" di centri commerciali uno per circondario, perché Twenty a Bolzano, Varna, Lagundo, Laives, i circondari ci sono. Per questo noi siamo contrari a questa norma.

La seconda questione riguarda le Terme di Merano. Ho la copia autentica, non so se i colleghi della SVP la riconoscono, è la calligrafia del vostro capogruppo in consiglio comunale di Merano. Dopo l'approvazione di questo articolo ha fatto approvare all'unanimità una posizione che dice: "Visto tutto questo, beschliesst der Gemeinderat, dass die Gemeindekompetenz im Bereich Urbanistik gewahrt werden muss und eine Zone für Touris-

mus mit der Last eines Durchführungsplanes und der damit verbundenen Baukonzession durch die zuständige Gemeinde zu erfolgen hat". È una presa di posizione di tutto il Consiglio comunale di Merano contro il comma 1-ter dell'art. 9 che invece al Comune di Merano espropria la competenza di fare un piano di attuazione per l'Hotel Terme. Con questo articolo e anche con una delibera della Giunta provinciale la zona dell'Hotel Terme è stata riportata zona di interesse provinciale da zona turistica di interesse comunale. Dunque sarà la Provincia che farà il piano di attuazione togliendone le competenze completamente al comune di Merano, sarà la Provincia a stabilire che cosa diavolo sarà questa cubatura, che è di 17 mila m³, che di fronte ai 45 mila m³ è un 37% in più. Si aumenta più di un terzo questo edificio in mezzo alla città, e la città di Merano è totalmente espropriata del potere di poter decidere come e quando venga realizzata questa cubatura.

Questo prevede questa norma sulle Terme di Merano, per cui noi siamo assolutamente contrari. Difendiamo le prerogative del Comune di Merano, che il consiglio comunale di Merano all'unanimità ci chiede di rispettare, con una menzione scritta a mano dal capogruppo della SVP e votata dal sindaco e da tutta la Giunta. Credo sia un dovere per noi rispettare questo appello che proviene dal Comune di Merano, quindi credo sia un dovere per noi bocciare il comma 1-ter.

Vorrei dire al presidente del Consiglio provinciale che per quanto riguarda il nostro emendamento soppressivo al comma 1-ter, che riguarda le Terme, chiedo il voto segreto, invece per quanto riguarda l'emendamento soppressivo al comma 3, che riguarda lo stadio di Laives, chiedo la votazione per appello nominale.

SCHULER (SVP): Ich möchte kurz zum Absatz 1 des Artikels 9 Stellung nehmen und vor allem unsere Änderungsanträge erläutern.

Wie bereits gestern in der Generaldebatte ist auch heute mehrfach die Frage gestellt worden, ob Betrieben, welche Markenartikel herstellen, auch eine Ausstellungs- und Verkaufsfläche zuerkannt werden soll. Ich glaube ja, denn es ist für einen bestimmten Bereich der Betriebe wichtig, auch eine Ausstellungsfläche zur Verfügung zu haben, um die eigenen Produkte entsprechend präsentieren und diese auch in einem bestimmten Ausmaß anbieten zu können. Dies gilt auch in anderen Bereichen. Wenn wir uns anschauen, was zur Zeit landauf und landab passiert, dann sehen wird, dass in verschiedenen Bereichen Produktionsstätten aufpoliert werden, damit sie sich den Kunden als Imagepflege präsentieren können, dass, wenn Kunden den Betrieb besuchen, sie auch einen gestalteten Betrieb vorfinden und ihnen auch die eigenen Produkte präsentiert und vorgestellt werden können. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass ein Betrieb – wir sprechen immer von Betrieben einer bestimmten Größenordnung – diese Möglichkeit erhält.

Wir haben zwei Änderungsanträge eingebracht. Wir finden es auch wichtig, dass diese Möglichkeit in erster Linie auf die eigenen Produkte beschränkt wird, damit nicht eine Situation entsteht, dass ein Betrieb, der in diese Kategorie fallen würde, die Möglichkeit hat, in einem größeren Ausmaß auch Warenkategorien anzubieten, die er nicht selber produziert hat. Das würde weit über das Ziel hinausgehen. Deshalb zielt der Antrag, den Kollege Noggler und ich eingebracht haben, darauf ab, eine Beschränkung auf die eigenen Produkte vorzusehen, und zwar auf jene Produkte, die der Betrieb selbst produziert oder jene Betriebe produzieren, die zu diesem Betrieb gehören. Wir haben eine kleine Einschränkung dahingehend vorgesehen, dass, um die Möglichkeit, die eigenen Produkte zu präsentieren und auch anzubieten, abzurunden, maximal 10 Prozent andere Produkte zugelassen werden sollen. Ich nenne ein einfaches Beispiel. Wenn ein bestimmter Betrieb Maßanzüge produziert, dann sollte er auch die Möglichkeit haben, eine dazu passende Krawatte anbieten zu können. Das ist der Sinn der Sache. In diesem Vorschlag geht es nur darum, dass man diese Produktpalette durch entsprechende Zubehöre abrunden können soll. Wir bitten daher um die Zustimmung, weil es eine sinnvolle Überlegung ist. Ich ersuche dann, wenn über den Änderungsantrag zum Änderungsantrag Nr. 4.1 abgestimmt wird, dass über die Worte "Anzahl der" in der vorletzten und letzten Zeile getrennt abgestimmt wird. Zur Zeit heißt es Folgendermaßen: "... für nicht eigene Produkte im Ausmaß von höchstens 10 Prozent, berechnet auf die Anzahl der Produkte im Warenangebot der Verkaufsstelle". Dann würden die Worte "von höchstens 10 Prozent, berechnet auf die Produkte im Warenangebot" übrig bleiben, sodass, wenn zum Beispiel Handschuhe angeboten werden, ein Handschuhpaar nicht doppelt gezählt wird. Der Zusatz, glaube ich, ist grundsätzlich wichtig, damit auch festgelegt wird, auf was diese 10 Prozent berechnet werden, dass sie nicht daran bemessen werden, wie viele Produkte ein Betrieb produziert, sondern wie viel er dann tatsächlich zum Verkauf anbietet. Danke schön!

NOGLER (SVP): Zurück zu Leifers. In der zweiten Gesetzgebungskommission wurde am Tag der Sitzung als Änderungsantrag zum Landesgesetzentwurf Nr. 93/11 auch dieser Zusatzartikel betreffend den Stadionbaus in Leifers eingebracht. Dies ging so nebenbei. Ganz wichtig hielt man es wahrscheinlich nicht, ansonsten hätte man

den Artikel bereits von vornherein in diesem Gesetzentwurf vorsehen können; er wurde jedoch in der Früh so nebenbei mit eingebracht. Man sieht, dass er jetzt wohl zu einem der wichtigsten Punkte in diesem Gesetzentwurf wird. Die Abgeordneten werden von Gruppierungen, Verbänden kontaktiert. Sie werden gedrängt, informiert und die Abgeordneten sollten Leifers retten.

Worum geht es hier eigentlich? Wir sollen mit diesem Gesetz die Voraussetzungen zum Bau des Stadions schaffen. Wir sind, wie so oft, sehr spät dran und ich bezweifle auch, dass es unter diesem Zeitdruck eine vernünftige Planung in diesem Zusammenhang geben wird. Der Leiferer Gemeinderat hat mehrheitlich zugestimmt und auch der Landtag hat der Beitragsfinanzierung von 11 Millionen Euro anlässlich der Genehmigung des Landeshaushaltes 2008 bzw. 2010 zugestimmt. Nun geht es darum, zusätzliche Finanzierungen für den Bau dieser Sportanlage in Leifers, für dieses sogenannte Sportzentrum oder Südtiroler Sportzentrum für den Fußball zu finden. Leifers als Stadt braucht dieses Stadion nicht, denn Leifers hat bereits ein Gemeindestadion und es würde als Sportzentrum für Südtirol geplant. Das alles im öffentlichen Interesse. Die Gemeinde Leifers, wie gesagt, steht mit knapper Mehrheit dahinter. Sie wird die urbanistischen Voraussetzungen schaffen und auch das erforderliche Ausmaß der öffentlichen Fläche festlegen und die Landesregierung wird diese Bauleitplanänderung überprüfen und kontrollieren.

Genau aus diesem Grunde haben Arnold Schuler, Elmar Pichler Rolle und ich den Beschlussantrag zum vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht. Kollege Dello Sbarba hat gesagt, dass er in diesem Beschlussantrag einen Beschlussantrag "per limitare il danno" sehe. Ich muss sagen, das ist richtig, denn ich befürchte, dass es so kommt, wie es fast überall kommt, nämlich, dass es teurer werden wird. Es wird zu bauen angefangen und dann weiß man erst, wie teuer es wird. Woher kommen die Gelder? Aus diesem Grunde haben wir uns auch erlaubt, diesen Beschlussantrag einzubringen und ich danke all jenen, die sich für die Genehmigung dieses Beschlussantrages ausgesprochen haben. Wenn es teurer wird, dann braucht es zusätzliches Geld bzw., wie es hier konzipiert ist, zusätzliche Kubatur, und das ist und wird sicherlich ein Problem werden. Ich bin deshalb dafür, dass, wenn ein Sportzentrum gebaut und dieses im öffentlichen Interesse gebaut wird, dieses auch von der öffentlichen Hand bezahlt wird. Die öffentliche Hand ist in diesem Fall die Gemeinde Leifers. Wenn die Gemeinde Leifers nicht über die erforderlichen Geldmittel verfügen sollte, bin ich dafür – nachdem es ein Landessportzentrum für den Fußball werden sollte –, sofern es möglich ist, dass es auch vom Land finanziert wird. Diesbezüglich würden wir uns in Zukunft viele Diskussionen, die sich auf tun werden, ersparen. Wenn ein Ski- oder Sessellift, ganz egal welche Sportstätte, nicht finanzierbar ist, dann greift man auf die Finanzierung durch das Land zurück. Zusätzliche Verkaufsflächen sollten eine Querfinanzierung für diese Sportstätte bringen. Wenn es für Leifers so geht, weshalb sollte es nicht auch für andere Gemeinden so gehen? Ich bin deshalb der Meinung, dass solche Vorhaben präventiv besser geprüft werden sollen. Deshalb möchte ich, Herr Landeshauptmann - ich bringe es immer wieder - vorbringen, dass es erforderlich wäre, hier im Landtag eine Revisionsstelle einzurichten, die präventiv solche Vorhaben prüft.

Ich habe mich in der Fraktionssitzung bei der Abstimmung der Stimme enthalten, weil ich nicht überzeugt bin, dass dies der richtige Weg ist. Ich bin schon überzeugt, dass es ein Sportzentrum braucht, Herr Kollege, aber ich bin nicht überzeugt, dass es der richtige Weg ist, dieses Sportzentrum auf diese Weise zu finanzieren. Ich respektiere natürlich auch die Mehrheiten, die wir in unserer Fraktion haben und werde deshalb sicherlich dafür stimmen. Danke schön!

THALER ZELGER (SVP): Auch ich möchte mich zu jenem Teil des Artikels, der das Stadion in Leifers betrifft, äußern. Ich bin nicht grundsätzlich gegen ein Stadion und auch nicht dagegen, dass der FC Südtirol, eine Profimannschaft, eine Heimstatt bekommt, und habe auch Verständnis dafür, dass die Stadt Leifers eine Aufwertung braucht. Ich zweifle aber daran, ob das, was wir jetzt machen, um das alles zu erreichen, zielführend ist. Ich habe den Eindruck, dass wir manche Dinge vermischen, wobei mir die Achtsamkeit im Umgang mit Kulturgrund abgeht. Die Art und Weise, wie über den Verbrauch von Kulturgrund geredet wird, schmerzt. Wenn Kollege Seppi gesagt hat, dass es morgen eh keine Bauern mehr geben würde und es nicht wünschenswert sei, dass unsere Kinder Bauern werden, dann frage ich mich, wovon wir alle essen. Beißen wir morgen vielleicht vom Geld, vom Konto oder vom Beton ab? Wenn es keine Bauern gibt, die Lebensmittel erzeugen, dann werden wir alle nichts mehr zu essen haben, und zwar unabhängig davon, wo es ist und unabhängig davon, wie wir dazu stehen und wo wir es einkaufen. Ich wünschte mir grundsätzlich mehr Verständnis, dass wir mit Kulturgrund achtsam umgehen müssen. In letzter Zeit habe ich zunehmend den Eindruck, dass wir nicht darüber nachdenken, ob wir etwas brauchen und es dafür Kulturgrund braucht. Die Landwirtschaft ist grundsätzlich auch immer oder fast immer bereit zuzustimmen, wenn Kulturgrund für etwas Notwendiges gebraucht wird. Wenn wir immer und immer mehr einen

Weg suchen, dann braucht es für ein Vorhaben so viel Grund, aber wir brauchen, in diesem Fall nicht, in anderen Fällen dann nochmals gleich viel Grund, um etwas anderes realisieren zu können, das wir gar nicht brauchen, um das, was wir brauchen zu finanzieren. Für mich ist das der falsche Weg.

Wir sind als gewählte Politiker dafür verantwortlich, dass die Menschen das, was sie brauchen, bekommen. Und wenn wir gemeinsam der Meinung sind, dass Leifers ein Stadion oder eine Sportstätte oder was auch immer braucht, dann haben wir auch die Verantwortung mitzuhelfen, die Finanzierung zu sichern, unabhängig davon, ob das Land dies zur Gänze tut oder ob es teilweise die Gemeinden sind. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, dass wir immer öfter Privaten die Möglichkeit geben, etwas zu verdienen mit etwas, was sie nicht bräuchten, um das zu finanzieren, was wir vielleicht brauchen. Und was brauchen wir alles? Wir brauchen jetzt insgesamt zirka 11 Hektar Kulturgrund. Man sagt, dass die Bauern den Grund eh bezahlt bekommen, da er ja nicht wertvoll sei. Dies spielt aber keine Rolle. 11 Hektar Kulturgrund, der für etwas anderes verwendet wird, bedeutet in der Gesamtheit Vernichtung von bäuerlichen Arbeitsplätzen, unabhängig davon, wer es ist - und das interessiert mich auch nicht - und unabhängig davon, ob die Grundbesitzer viel oder wenig dafür bekommen. Wir brauchen für die Erweiterung des Flugplatzes im selben Gebiet weitere 5 Hektar Grund. Die Bauern oder Grundbesitzer bekommen ihn ja bezahlt. Die Betroffenen verkaufen vielleicht gerne, versuchen noch das Letztmögliche herauszupressen, um dafür mehr zu bekommen als der Grund wert ist, was bedeutet, dass jene, die weiterhin Bauern bleiben, für den Grund, den sie für die Landwirtschaft brauchen, doppelt so viel, vielleicht sogar drei- und viermal so viel zahlen müssen, als er wert ist. Wir sind dabei, in Eppan einen Golfplatz im landwirtschaftlichen Gebiet zu realisieren. Man hört, dies spiele keine Rolle, denn es sei besser, einen Golfplatz für die Umwelt zu machen anstatt Apfelbäume anzupflanzen, denn die Bauern würden eh schon viel zu viel verdienen, und so wird es sich in Zukunft fortsetzen. Wir können vieles brauchen, die Frage ist nur, ob wir es uns auch leisten können, wenn wir mit den Ressourcen, die für unsere zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen, achtsam und sorgsam umgehen wollen.

Braucht es in Leifers eine Schule? Wenn ja, dann sollten wir eine Lösung dafür suchen. Müssen wir eine Schule, fernab von der Stadt, im landwirtschaftlichen Grün bauen? Was braucht es dazu alles? Braucht es ein Heim oder was noch alles? Ich weiß es nicht. Ich habe im Plan nur einen Grundriss gesehen. Ein Reha-Zentrum ist vorgesehen. Brauchen wir dies? Wenn wir eines brauchen, dann sollen wir Mittel und Wege finden, um dieses auch zu bauen, aber bauen wir es nur, um den Bau des Stadions zu rechtfertigen, um damit vielleicht zusätzliche Finanzierungen zu finden? Braucht Leifers ein Schwimmbad? Natürlich braucht eine Stadt wie Leifers ein Schwimmbad, das soll auch gerechtfertigt sein, und wenn Leifers alleine nicht in der Lage ist, es zu bauen, dann sollten wir alle zusammen dafür sorgen, dass Leifers eines bekommt, aber braucht es auch dafür neuen Kulturgrund oder gibt es vielleicht andere Flächen, wo man dieses realisieren könnte, und zwar Flächen, die bereits genutzt sind, die heute noch nicht landwirtschaftlich genutzt sind? Wenn wir weiterdenken, dann könnte es wirklich so sein, dass wir morgen, wenn ein Dorf, ein Tal einen Skilift braucht und nicht in der Lage ist, diesen zu finanzieren, vielleicht ein Hoteldorf bauen, vielleicht über auswärtige Finanzierungsgesellschaften, die dann das andere mitfinanzieren. Für mich ist das der falsche Weg. Es macht mir große Sorgen, wenn wir auf dieser Weise versuchen, das, was wir brauchen, zu finanzieren, indem wir Dinge realisieren, die wir nicht brauchen.

Noch ein Wort zum Einkaufszentrum. In der allgemeinen Umgangssprache heißt es immer wieder, dass es Möglichkeiten braucht, damit die Leute günstiger einkaufen können. Können sie in den Einkaufszentren wirklich günstiger einkaufen? Ich glaube eher nicht und was ist der Unterschied zwischen einem lebendigen Dorf mit vielen Handelsstrukturen, die in Familienhand sind, und den Einkaufszentren? Es sind Familien, die diese dort in der Regel aufrechterhalten, die davon noch leben können, manchmal in bescheidenem Ausmaß, und was passiert in den Einkaufszentren? In der Regel werden dort billige Arbeitsplätze geschaffen von Leuten, die heute vielleicht noch gar nicht hier sind. Deshalb ist auch dies für mich nicht sorgsam. Wir dürfen nicht Familienarbeitsplätze vernichten, indem wir andere Billigarbeitsplätze, wo Menschen um jeden Preis, oft unter schlechten Bedingungen, arbeiten müssen, schaffen. Mir macht diese Geschichte große Sorgen, aber nicht, weil ich grundsätzlich dagegen bin, sondern wie es gehandhabt wird. Ich habe Verständnis dafür, dass die Stadt Leifers, die in den letzten Jahren sehr stark gewachsen ist, eine Aufwertung bekommt. Meiner Meinung nach ist dies aber nicht der richtige Weg. Aus Sorge um den allzu großen Verbrauch von Kulturgrund werde ich nicht für diesen Absatz stimmen.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Das Wort hat die Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich könnte das Allermeiste von dem, was Rosa Thaler gesagt hat, mit übernehmen und unterstreichen. Ich nehme einmal an, dass sie sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird. Kollegin Rosa Thaler, Kollegen Noggler und Schuler, bei diesen gewichtigen Einwänden, bei dieser Sorge um die Zukunft und bei dieser Sorge um die Art und Weise, wie das hier gemacht wird, würde ich mir konkreteren Widerstand erwarten. So, wie Ihr gesprochen habt, müsstet Ihr ein klares Zeichen setzen. Sepp Noggler wird dafür stimmen und Rosa Thaler wird sich der Stimme enthalten. Damit signalisiert sie, dass sie das Projekt nicht mitträgt, aber sie hilft mit, denn nur eine konkrete Gegenstimme kann es verhindern. Nur eine ganz klare eindeutige Gegenstimme kann Stopp sagen, so nicht weiter, alles andere ist Halbherzigkeit oder ein doch Mitmachen, so wie jene es tun, die angesichts der Errichtung der Geschäfte, der Machenschaften zur Errichtung des Schießstandes, der Neuentwicklung in Sachen Flughafen, für den es ein klares Mediationsgutachten gibt, von diesen Ergebnissen abgehen werden. Die Gruppe, die sich dagegen ausspricht und von Verplanung der Zukunft und von Verrat spricht, wird deswegen der Partei die Gefolgschaft nicht aufkündigen. Das heißt, wir machen mit. Wenn ich, für mein Verständnis, sehe, dass ein Karren zu schnell in den Abgrund geht, dann schiebe ich nicht noch mit oder bleibe daneben stehen und lasse ihn passieren, sondern muss entweder versuchen, diesen Karren aufzuhalten oder ihm ein Hindernis entgegenzustellen. So stelle ich es mir vor. Elmar Pichler Rolle, ich weiß, dass dies nicht in Ihren Vorstellungsraum, sagen wir einmal so, geht, aber so ist es.

Konkret zu den Änderungsanträgen. Ich danke Riccardo Dello Sbarba für seinen Minderheitenbericht, mit dem er sehr, sehr vieles vertieft und uns auch zum Nachdenken gebracht hat, gleichzeitig aber auch gesagt hat, dass man hier und dort aufpassen müsse. Auch was die Kolleginnen und Kollegen von der Volkspartei sagen, ist sehr, sehr wichtig. Landesrat Widmann hat hier ein kurzes Zwischenspiel gegeben und dann hat man ihn nicht mehr gesehen, aber auch das ist System, dass besonders hinterhältige Vorhaben im letzten Moment vorgelegt werden, und zwar bezüglich der Großbetriebe mit den Ausnahmen, also mit der Reduzierung der Strafausmaße. Im allerletzten Moment kommt es und keiner kann mir erzählen, dass Kollege Widmann diese Änderung nicht schon viel früher vorgehabt hat. Warum bringt er sie erst im allerletzten Moment? Er wird uns nicht erzählen können, dass er seinen Änderungsantrag Nr. 6 nicht bereits vorher bereit hatte. Dass es ihm erst im allerletzten Moment eingefallen ist, glaubt Ihr wohl selber auch nicht! Es ist besonders hinterhältig, wenn im letzten Augenblick solche Ausnahmen zu Ausnahmen, und so geht es weiter, vorgebracht werden.

PICHLER ROLLE (SVP): *(unterbricht – interrompe)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wenn Ihr mitmacht, dann geht es gut, aber eines Tages werdet Ihr mitmachen.

Nun zur Entmachtung der Gemeinde Meran, das heißt, dass man ihr mit einem ad hoc-Artikel einfach die Zuständigkeit entzieht. Wo bleibt das Prinzip der Subsidiarität und dergleichen, wo Ihr sonst immer von der Gemeindeautonomie sprecht? Das hat nichts mehr mit der Gemeindeautonomie, sondern ganz klar mit Entmachtung zu tun. Wie ist es mit der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis (AKB), die man damals dem Staat so groß angekreidet hat? Man hat der Gemeinde ganz einfach die Zuständigkeit genommen, weil es plötzlich interessant wird, weil vielleicht ein Geschäft im Hintergrund winkt.

Was die Verknüpfung Sportzentrum-Einkaufszentrum anbelangt, Folgendes. Auch wir sind kontaktiert worden und auch wir haben dafür Verständnis, dass viele Leute in Leifers sagen, dass sie jetzt noch einmal Wohnungen bekommen sollen, in denen über 2.000 neue Menschen angesiedelt werden. Sie brauchen Wohnungen, Infrastrukturen und wir als Unternehmer sollen keine Möglichkeit haben, irgendwo etwas zusätzlich zu machen. Wir müssen für diese 2.000 zusätzlichen Menschen auch die entsprechenden Infrastrukturen bekommen. Sicher ein gerechtfertigter Einwand, sicher eine gerechtfertigte Sorge, aber die Methode mit diesem berühmten neuen PPP, also Öffentlich-Private Partnerschaft, bei dem gesagt wird: Du machst das, weil wir als Land das Geld nicht mehr haben, dafür Privater, nachdem Du Einkommen hast, finanzierst es mit, das wird immer mehr Schule machen. Wo ist hier dann irgendwo die Grenze? Wenn es jetzt mit Leifers passiert, dann frage ich: Wie wollt Ihr verhindern, dass dasselbe nicht morgen in Mals, in Schlanders, in Lana oder wo auch immer passiert? Dort, wo diese Entwicklung selbstverständlich auch hingehen wird, da werdet Ihr nicht einfach nein sagen können. Wir sind ja auch von verschiedenen Stellen informiert worden oder haben auch die Möglichkeit, diesbezüglich mehrere Stimmen dazu zu hören. Da wird es eine Entwicklung geben, die Ihr bis zum Schluss nicht mehr aufhalten werden könnt. Viele werden sich sicher an die Warnungen des recht bekannten Prof. Hempl erinnern, der vor Jahren bereits gesagt und aufgefordert hat: Wandert ins Vinschgau, schaut Euch die Gewerbegebiete an und schaut Euch an, wie alles unorganisch wächst! Auch diese Warnungen sollten ernst genommen werden.

Rosa Thaler hat gesagt, dass Dinge realisiert werden, die wir nicht brauchen. Das ist ein starker Vorwurf, Kollegin Thaler.

PICHLER ROLLE (SVP): *(unterbricht – interrompe)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ja! Aber sie sagt, es stimmt. Dann müsst Ihr Euch wirklich Gedanken darüber machen, ob Ihr es noch verantworten könnt, gerade was den Tourismusstandort Südtirol, Qualität in Südtirol anbelangt, um nicht von anderen Dingen zu sprechen, und ob es dann noch wirklich vertretbar ist. Landesrat Laimer hat selber kleine Kinder. Das werden auch Eure Kinder auszubaden haben! Damit werden auch Eure Kinder zu leben haben, aber darüber hinaus: Ihr seid gewählt, um hier das Allgemeininteresse zu vertreten und Eure Entscheidungen, Landesrat Laimer, sollten vor allen Dingen von den Gedanken, wie sich das in der Zukunft von morgen auswirken wird, geprägt sein. Weitsicht ist hier nach menschlichem Ermessen gefragt. Wohin führt das? Können wir es uns hier in Südtirol leisten? Verträgt dies unser Land, unsere Bevölkerung? Das Stadion bauen wir und das Einkaufszentrum geht auch einmal gut, dann die Weiterentwicklung, aber wenn es absehbar so weiter geht? Ich schließe mich den Sorgen an, die hier geäußert worden sind, gerade von Vertretern der Südtiroler Volkspartei. Ich werde aus Konsequenz gegen diese Dinge stimmen, ganz klar, weil ich davon überzeugt bin, dass dies die einzige verantwortungsbewusste Haltung sein wird.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: La parola al consigliere Egger, ne ha facoltà.

EGGER (Die Freiheitlichen): Nur ganz kurz zu meiner Vorrednerin, geschätzte Frau Klotz. Sie haben vollkommen Recht, denn es erscheint zumindest relativ unglaubwürdig, wenn man hier gegen etwas wettet und nicht dagegen stimmt; dann verstehe ich die Welt oder die Politik nicht mehr.

Ich glaube, mit diesem Artikel 9, der auch den Neubau des Stadions in Leifers mit in die Wege leiten soll, haben wir die Ironie des Schicksals, Herr Landesrat Laimer. Wir behandeln das Gesetz, das unter dem Titel "Vermeidung von Lichtverschmutzung" und anderes läuft – es ist schon in Ordnung - und leiten gleichzeitig, sofern sich eine Mehrheit für diesen Absatz 3 des Artikels 9 findet, einen sehr großen Lichtverschmutzer, nämlich ein Fußballstadion, in die Wege. Es tut mir leid, dies sagen zu müssen, aber die Ironie des Schicksals ist, dass im Gesetz gegen die Lichtverschmutzung einem der größten Lichtverschmutzer die Tür geöffnet wird, denn ein Fußballstadion, das wissen alle, mit den großen Flutlichtmasten usw. wird dann sicherlich nicht wenig an Energie und nicht wenig an Licht produzieren.

Bei den Änderungsanträgen zu Artikel 9 geht es um die diversen Absätze zu diesem Artikel. Er ist, das kann man ohne Zweifel behaupten, ein reiner Gefälligkeitsartikel, und zwar für SALEWA, Tosolini, Thermenhotel, Stadion und dergleichen mehr. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass mir eine dieser Gefälligkeitsarten gar nicht so unsympathisch ist, und diese betrifft zumindest das Eigentum des Landes, nämlich das Thermenhotel. Wenn man dieses um einen Stock erhöhen kann, dann, sage ich, machen wir die Raumordnung nicht nur im Interesse der Privaten, sondern, in diesem Fall, im Interesse der Allgemeinheit, wengleich in diesem Punkt natürlich die Bedenken und die Zuständigkeiten der Gemeinde Meran ernstzunehmen und zu berücksichtigen sind, aber immerhin. Durch diese Kubaturerweiterung wird einmal das öffentliche Interesse, das hoffe ich jedenfalls, berücksichtigt.

Ein besonders schlimmes Beispiel von Gefälligkeitsartikeln oder Gesetzgebung ist der Absatz 3, der sich mit dem Stadion befasst. Hier stellt sich nicht nur mir die Frage - Kollege Stocker Sigmar hat es gestern bereits angesprochen -, wozu Südtirol, um Himmels Willen, ein zweites Stadion braucht. Wir haben bereits ein Stadion. Warum brauchen wir in Südtirol - wir haben ungefähr 500.000 Einwohner - zwei Stadien, so als ob wir zwei oder vier Profimannschaften hätten. Wir haben nur eine, die, leider Gottes, eher schlecht als recht spielt - wir würden es uns alle anders wünschen -, aber wir haben halt nur eine, und diese spielt halt auch in einer eher unteren Profiligen. Wahrscheinlich brauchen wir zwei Stadien für eine dritt- oder viertklassige Profimannschaft. Kollege Pichler Rolle hat gestern ein langes Plädoyer für das Stadion gehalten, obwohl er selber zugegeben hat, dass er eigentlich nicht so sehr davon überzeugt ist, aber weil er ein Demokrat sei, hat er gemeint, stimme er dem zu, was die Mehrheit in seiner Fraktion beschlossen hat. So habe ich es verstanden, Kollege Pichler Rolle.

Der Tagesordnungsantrag, der von Ihnen und den Kollegen Schuler und Noggler eingebracht wurde, ist die reinste Augenauswischerei gewesen. Damit habt Ihr versucht, Euch nach außen hin zu profilieren, gute Figur zu machen, was Euch auch gelungen ist. Ihr wurdet heute in den Nachrichten auch mit Namen erwähnt, aber in

Wahrheit steht im Antrag drinnen, dass Ihr Euch wünscht, dass die 7.000 Quadratmeter Handelsfläche bleiben. Ihr wünscht Euch, dass man über die öffentlichen Geldmittel im Ausmaß von über 11 Millionen Euro nicht hinausgeht, und Ihr wünscht Euch, dass man möglichst viel Grund einspart. Fromme Wünsche, sage ich Euch jetzt schon! Ich möchte es erleben, denn wenn das Stadion fast fertig gebaut ist, dann kommt heraus, dass es 3, 5 oder 10 Millionen Euro mehr kostet. Wir werden dann sehen, was dieser Beschluss von Euch wert war. Dann werdet Ihr Euch alle hinstellen und sagen: Wir müssen es fertig machen, denn wir können doch nicht eine Kathedrale in der Wüste stehen lassen. Ihr werdet hundert Gründe dafür finden und dann werden wir, sofern wir noch die Ehre haben, hier zu sein, denn es wird einiges dauern, bis wir soweit sind und bis die wahren Kosten, der wahre Grundverbrauch und die wahre Verkaufsfläche feststehen, beurteilen können, was dieser nach außen hin schöne Tagesordnungsantrag in Wahrheit wert sein wird.

Sie, Kollege Pichler Rolle, haben auch Beispiele genannt und von den Fußballmannschaften Siena und Ascoli gesprochen, welche in der Serie A spielen. Sie haben gesagt, dass sie die Stadien vom Zentrum hinaus verlegen müssten, weil man mit den Hooligans Probleme hätte. Ich muss sagen: Wenn wir Probleme bekommen, dann brauchen wir überhaupt kein Stadion zu bauen! Wenn wir das Stadion nur außerhalb der Stadt Bozen haben wollen, um Probleme zu vermeiden, dann sparen wir uns den ganzen "Krempel" und haben keine Hooligans, keinen "Fußballmob" und dergleichen mehr.

Ein Argument haben Sie, geschätzter Kollege Pichler Rolle, mit dem Stadion in München gebracht, wobei Sie diesbezüglich völlig daneben liegen. Sie haben allen Ernstes behauptet, dass man in München die Allianz-Arena gebaut hätte, weil das Olympiastadion zu zentrumsnah sei. Dies stimmt in keiner Weise! In München hat man die Allianz-Arena gebaut, weil man ein reines Fußballstadion wollte, weil sich das Olympiastadion mit der Leichtathletiklaufbahn und mit den zu wenig steilen Zuschauerbänken oder -plätzen und dergleichen mehr in keinsten Weise eignet, und vor allem, weil das Olympiastadion unter Denkmalschutz steht, Kollege Pichler Rolle. Deswegen ist ein Umbau des Stadions, das der Stadt München gehört und von dieser auch ins Auge gefasst wurde, nicht möglich. Was hat man dann in München gemacht? Man hat einen Volksentscheid gemacht, auch anders als in Südtirol, und die Bürger gefragt, ob sie ein neues Stadion haben wollen. Die Bürger haben dann mehrheitlich zugestimmt, und wer hat es finanziert? Dieses Stadion haben nicht die Steuerzahler, sondern die beiden Vereine, nämlich der FC Bayern München – es sei mir gestattet, meinen Verein als ersten zu nennen – und der TSV 1860 München finanziert, der eine mit größeren und der andere mit kleineren Schwierigkeiten und Problemen. Auch das unterscheidet München von Südtirol. Auch hier hat die öffentliche Hand das Stadion nicht finanziert. Es wurde eine Stadion-GmbH gegründet, die von diesen beiden Gesellschaften jeweils zu 50 Prozent finanziert wurde. Das Beispiel München, Kollege Pichler Rolle, war in jeder Hinsicht völlig daneben. Ich bitte, mit dem Beispiel München nicht mehr hausieren zu gehen, wenn man das Stadion in Leifers verteidigen möchte.

Der Hammer, der mit diesem Stadionneubau verbunden ist, ist ein ganz anderer, nämlich der, dass man nicht nur 11 Millionen Euro an Steuermitteln aufwendet, sondern damit gleichzeitig – das ist der Hammer - die bisherige Handelspolitik über Bord wirft. Das ist jetzt für mich der Ober-Hammer. Man gibt nicht nur Geld für ein Stadion aus, das äußerst zweifelhaft ist, was seine Notwendigkeit betrifft, sondern wirft damit gleichzeitig auch noch, um es privat finanzieren zu können, die Handelspolitik über den Haufen. Es wird dann ein Einkaufszentrum mit 7.000 Quadratmeter entstehen und alle werden sagen, dass es erst mit 20.000 Quadratmeter ein richtiges Einkaufszentrum ist. Es ist nur ein kleines, aber immerhin, denn 7.000 Quadratmeter Geschäftsfläche sind 30, 40 ansehnliche Geschäfte. Das ist dann, meiner Meinung nach, ein ansehnliches Einkaufszentrum. Lassen wir einmal die normalen Begriffsdefinitionen beiseite.

Kollege Baumgartner ist nicht da. Er hat gestern ein Plädoyer für den Breitensport für Kinder und Jugendliche, die alle vom FC Südtirol profitieren würden, gehalten. Da muss die Frage erlaubt sein, ob es vor dem FC Südtirol in Südtirol keine Jugendlichen gegeben hat, die Fußball gespielt haben. Ist dies alles erst mit dem FC Südtirol entstanden? Ich glaube nicht. Man kann sicherlich nicht behaupten, dass ohne den FC Südtirol und somit ohne ein Stadion die Kinder in den Dörfern, Städten draußen nicht mehr Fußballspielen würden, denn dort gibt es unzählige Vereine, unzählige ehrenamtliche Mitarbeiter - das wissen wir alles und brauchen es nicht hervorzuheben -, die mit dem FC Südtirol überhaupt nichts zu tun haben und die seit Jahrzehnten eine löbliche Kinder- und Jugendarbeit im Fußballbereich mit oder ohne den FC Südtirol machen. Die Profisportler, das wissen wir auch, geben auch nicht etwas von ihrem schönen Gehalt, das sie bekommen, der Öffentlichkeit, sondern behalten es auch für sich selber und vor allem, wenn jemand, auch ein Südtiroler, ein guter Fußballspieler wird, was zu wünschen wäre, dann wird er auch nicht lange in der dritten oder vierten Liga, sondern, wenn es leistungsmäßig reicht, in einer besseren Liga, in einer besseren Mannschaft spielen. Was soll dieses ganze Getöse mit dem Profifußball? Es gibt vielleicht drei oder vier Personen, die in ganz Südtirol einen Profit daraus ziehen und der ganze

Rest sind zugekaufte Kicker von außen, die Söldnerdienste leisten, nicht mehr und nicht weniger. Kollege Pichler Rolle! Die Champions League werden wir in Südtirol wohl nie erreichen. Diese haben wir vielleicht irgendwo ... Wie soll ich es sagen? Meine Wertschöpfung, ich sage es ganz offen, gilt in manchen Teilen dem Landeshauptmann. In diesem Bereich vertritt er etwas Falsches, aber ansonsten, würde ich durchaus sagen, hat Luis Durnwalder einiges auch richtig gemacht. Ob man dann von Champions League sprechen soll, sei dahingestellt, aber beim Fußball werden wir in Südtirol sicherlich nie in die Champions League kommen, denn dazu sind ganz andere Vorraussetzungen notwendig.

Ich habe es bereits gestern erwähnt. Für mich ist das Schreiben des Bauernbundes und der Kaufleute- und Dienstleistervereinigung (hds) an uns alle ein wesentliches Novum, auch politisch betrachtet. Ich finde, dies ist ein Novum in dieser Angelegenheit. Es hat mich gefreut, dass sich der ansonsten so SVP-liententreue Bauernbund, aber auch die Kaufleutevereinigung, Vorfeldorganisationen der Volkspartei, wenn es wirklich um die Wurst geht, wenn es drauf ankommt, wenn sie merken, dass es knapp wird - ich öffne die Klammer und sage, ich glaube, es ist alles schon in Ordnung, die Mehrheiten sind klar, aber bitte kämpfen wir trotzdem gegen dieses Stadion weiter - an uns alle wenden. Damit zeigen sie ein klein wenig, dass wir alle als Abgeordnete für sie Ansprechpartner sind und nicht nur die Leute in der großen Südtiroler Sammelpartei. Wenn wir dieses Schreiben ernst nehmen wollen - in diesem Schreiben geben sich sowohl der Bauernbundobmann und der Direktor, als auch der Kaufleuteobmann und der Direktor, unser ehemalige Kollege Steger, sehr kämpferisch -, dann, muss man sagen, ist es unverständlich, wenn Kollegin Rosa Thaler Zelger sagt - sie wettert zwar, aber ich gebe Frau Klotz Recht und habe ihr bereits Recht gegeben -, dass sie nicht dafür stimmen werde. Eine tapfere Vertretung des Bauernbundes bekommt einen Brief vom Obmann des Südtiroler Bauernbundes, in dem er sich vehement gegen dieses Unding, gegen diesen Kuhhandel usw. ausspricht, und erklärt, dass alles schlimm sei, alles nicht gebraucht werde, weshalb sie nicht dafür stimmen werde. Das ist natürlich ein Kampf, Frau Klotz, diesbezüglich haben Sie völlig Recht, der nach außen an die Medien gerichtet ist, aber schlussendlich stellt es für mich ein kleines Scheingefecht dar. Die Glaubwürdigkeit scheint hier nicht sehr gegeben zu sein. Schlussendlich dreht man dann alles noch ins Gegenteil.

Abschließend würde ich sagen: Sparen wir uns diese 11 Millionen Euro für dieses überflüssige Projekt für dieses zweite Stadion, belassen wir die 16 Hektar Kulturgrund der Landwirtschaft, verbiegen wir nicht wegen einer solchen "Kleinigkeit" die gesamte Südtiroler Handelspolitik und verwenden wir die damit gesparten Geldmittel für den echten Breitensport und für soziale Belange! Vielen Dank!

THALER ZELGER (SVP): In persönlicher Angelegenheit! Nachdem ich jetzt einige Male fast der Scheinheiligkeit bezichtigt worden bin, möchte ich sagen, dass ich gegen diesen Artikel stimmen werde. Ich habe auch bereits in der Fraktion um Entbindung von der Fraktionspflicht angesucht.

PÖDER (UFS): Kollege Egger! Es sei mir erlaubt anzumerken, dass es in München nur einen Verein gibt, wobei Sie wissen, wie der Spruch lautet.

Wir haben hier die x-te Änderung des Raumordnungsgesetzes vorliegen. Nach der Zahl 50 habe ich aufgehört zu zählen. Ich weiß nicht, wie viele Änderungen es seit der letzten größeren umfassenden Änderung des Raumordnungsgesetzes gegeben hat.

Wir haben hier in diesem Artikel 9 eine Reihe von Maßnahmen, die manchen wichtig erscheinen mögen, für die manche viel Verständnis haben mögen. Andere sehen es natürlich anders und sagen, dass sie dagegen seien. Ich würde zum Beispiel bei der Frage des Stadionsbaus einfach sagen, dass es keine Priorität ist. Ich habe bereits in der Generaldebatte bemerkt, dass es diese Priorität im Augenblick nicht gibt. Für den FC Südtirol mag es so sein, aber insgesamt gesehen gibt es in der politischen Landschaft diese Priorität nicht. Da gibt es andere Bereiche, in denen wir die Finanzmittel einsetzen sollten und es gibt auch andere Dinge, die wir mit unserer Landschaft anstellen sollten. Das ist völlig richtig, nur kommen diese warnenden Stimmen aus der SVP reichlich spät. Wir haben in diesem Land sehr oft Kulturgrund verbraucht und verschwendet, abgesehen davon, dass wir dann gleichzeitig auch noch das Geld, die Steuermittel für bestimmte Projekte mit verschwendet haben. Wir haben mittlerweile in Südtirol über 1.500 Sportstätten. Man hat oft die Stimme der Kulturgrundverteidiger vermisst, wenn wir in Gemeinden den dritten, vierten, fünften Fußballplatz, teilweise die vierte, fünfte und sechste Sportstätte errichtet haben. Es gibt kleinere Gemeinden, in denen es elf verschiedene Sportstätten, inklusive Fußballplätze gibt. Ich denke, dass wir in diese Richtung schon sehr, sehr viel getan haben, und von diesem Stadionbau in Leifers hängen nicht die sportliche Zukunft, die sportpolitische Zukunft Südtirols und auch nicht die Sporttätigkeit der Südtirolerinnen und Südtiroler ab, ganz sicher nicht. Es ist keine Priorität, denn wir hätten ganz andere Dinge, die wir errichten sollten. Wir haben gestern zum Beispiel, nur weil es aktuell ist, ohne es jetzt gegeneinander aus-

zuspielen, gehört, dass der Kinder- und Jugendanwalt gesagt hat, dass es in Südtirol dringend eine Kinder- und Jugendpsychiatrie braucht. Darum sollten wir uns kümmern und die Finanzmittel dafür aufbringen! Es gibt, wie gesagt, auch viele andere Bereiche, in denen wir die Steuermittel wesentlich vernünftiger einsetzen könnten, und dann müssen wir schauen, was momentan Vorrang hat.

Noch einmal. Man kann alles machen, man kann mit den Möglichkeiten, die uns gesetzgeberisch usw. zur Verfügung stehen, alles Mögliche finanzieren. Ob es dann unterm Strich sinnvoll ist, muss der Gesetzgeber bzw. die Politik selbst entscheiden. Natürlich kann man die Filmförderung bezahlen, klar, man kann ein Stadion hier und ein anderes dort bauen. Man kann einen Flugplatz ausbauen, man kann alles Mögliche machen. Es wird auch alles machbar sein, das ist selbstverständlich klar, und unter bestimmten Gesichtspunkten wird es auch sinnvoll sein. Dies ist zumindest nicht in Abrede zu stellen. Wenn ich ganz eng den Bereich sehe, den hier Kollege Baumgartner angesprochen hat, dann wird es sinnvoll sein, selbstverständlich, aber ob es dann unter dem politischen Aspekt, auch unter dem finanzpolitischen Aspekt sinnvoll ist, das steht auf einem anderen Blatt Papier.

Wir haben in diesem Artikel 9 – dies wurde hinlänglich schon angesprochen – auch noch andere Bereiche, die die Raumordnung betreffen, wie zum Beispiel die Aushebelung der Zuständigkeit der Gemeinde Meran. Wir haben bereits darüber gesprochen, dass Rekurse im Zusammenhang mit dem Thermenhotel anhängig sind. Es gibt hier wiederum eine ganze Reihe von Änderungen zum Raumordnungsgesetz, die ganz spezifisch auf einzelne Projekte, auf einzelne Interessenslagen ausgelegt sind. Das Raumordnungsgesetz ist – das kritisieren auch jene, die damit zu tun haben, auch Planer, auch Architekten – durch diese ad hoc-Gesetzgebung dermaßen unübersichtlich und kompliziert geworden, dass wir hier mit dieser Art von Gesetzgebung eine sehr schwierige Situation geschaffen haben, sodass eine mittel- und längerfristige Planung nicht mehr möglich ist. Natürlich sieht man, wie gesagt, immer wieder bestimmte Interessenslagen und man muss darauf – so sieht es die Landesregierung oder die Mehrheit – scheinbar mit einer ad hoc-Gesetzgebung reagieren, wie es jetzt im Bereich des Thermenhotels oder mit dem Stadionbau in Leifers der Fall ist, wo das Überleben der Stadt Leifers und die Aufwertung der Stadt Leifers ins Spiel gebracht werden. In Wirklichkeit geht es ganz einfach um eine klare Interessenslage, die spezielle Interessenslage einer Lobby, um es jetzt einmal so zu definieren, und diese Lobbyinteressen sollen befriedigt werden. Das ist im Augenblick nicht vorrangig und kann im Augenblick auch nicht gemacht werden. Es soll auch unter dem landschaftsschützerischen Aspekt nicht gemacht werden, denn es ist noch wichtiger für uns hier, da wir dann auch noch die Haushaltsgesetzgebung machen müssen. Auch in finanzpolitischer Hinsicht ist es so nicht finanzierbar, weil es andere wichtigere Dinge gibt.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zunächst einmal möchte ich mich gerne an das anschließen, was hier bereits kritisiert wurde. Es geht darum, dass jetzt, auch wenn es formell sicherlich in Ordnung ist, im Plenum von Seiten der Regierung zu einem Gesetzentwurf, der von der Regierung vorgelegt wurde, massenhaft Änderungsanträge kommen und diese nicht bereits in der Kommission eingereicht wurden. Für was brauchen wir eine Gesetzgebungskommission, wenn wir im Grunde genommen über Dinge sprechen bzw. eigentlich nicht über Dinge sprechen, die dann noch im Plenum eingebracht werden? Ich erinnere hier nur an die Diskussion über die höchstmögliche Länge von Beschlussanträgen, die man zu einem Gesetzentwurf einbringen kann, welche man einschränken möchte. Der Änderungsantrag des Kollegen Laimer ist mit einer Schriftgröße, die man erst einmal entziffern muss, verfasst und ist über drei Seiten lang. Wenn dieser mit der entsprechenden Schriftgröße geschrieben worden wäre, dann wäre er wahrscheinlich sechs Seiten lang. Ich frage mich, warum solche Dinge nicht bereits in der Kommission eingearbeitet werden, denn dann könnte man sie bereits dort bewerten und hätte auch die Möglichkeit, so wie wir es auch getan haben, in der Kommission entsprechende Änderungsvorschläge vorzubringen und müsste nicht alle Änderungsvorschläge erst hier im Plenum vorbringen, um die Abgeordneten vor vollendete Tatsachen zu stellen, die dann kaum mehr die Möglichkeit haben, diese Dinge zu überprüfen. Wie gesagt, es ist formell in Ordnung, auch wenn es von der Arbeitsweise her sicherlich nicht angebracht ist.

Zum konkreten Punkt der Ausstellungs- oder Verkaufsfläche für besonders große oder, wie es so schön heißt, exportstarke Betriebe. Kollege Schuler! Ihr habt einen Änderungsantrag eingebracht, der in der Absicht sicherlich gut gemeint ist, nur möchte ich eines zu bedenken geben. Sie haben das Beispiel mit der Firma, die Anzüge herstellt und die Krawatten dazu verkaufen möchte, gebracht, aber im Beschlussantrag ist nicht geregelt, dass beispielsweise diese Firma die Produkte auch in Südtirol herstellen muss. Das könnte zum Beispiel eine Firma sein, die in Südtirol zwar ihren Sitz hat, ihre ganzen Anzüge aber in China herstellen lässt und meinetwegen in Südtirol nur noch das Etikett aufheftet. Eine solche Firma könnte dann hier ohne Probleme zusätzlich 10 Prozent von Krawatten, die aus aller Welt kommen, verkaufen. Dagegen gibt es vielleicht einen Betrieb, der in Südtirol ansässig ist, hier Arbeitsplätze schafft und all seine Produkte hier in Südtirol produziert, vielleicht auch dafür sorgt,

dass im ländlichen Gebiet Arbeitsplätze erhalten bleiben, aber nicht eine solche Exportquote nach außen vorweisen kann und deshalb nicht die Möglichkeit bekommt, die Produkte hier in Südtirol an seinem Firmensitz zu verkaufen. Ich denke, das sollte man schon auch einmal überlegen, denn so gut auch alles klingen mag, ... Es ist auch dumm, wenn man alles nur auf die Firma SALEWA ausrichtet, die sicherlich wertvoll ist, weil sie, wie es bereits Kollege Pichler Rolle gestern angemerkt hat, die Haselburg renoviert hat. Dies sind sicherlich wertvolle Beiträge für die Gesellschaft, aber das darf einfach nicht ein Maßstab für die Gesetzgebung sein. Es kann doch nicht sein, dass wir Gesetze danach machen, wie jemand der öffentlichen Hand einen Gefallen tut. Das kann doch nicht der Maßstab für ein Gesetz sein! Das Gesetz muss doch für alle gleich sein, unabhängig davon, ob es ein kleiner oder ein großer Betrieb ist. Die gesetzlichen Grundlagen müssen doch für alle gleich sein, sonst sind wir bei der Diskussion ... Ich weiß nicht mehr, welcher Kollege gesagt hat, dass wir sonst Richtlinien festlegen müssten, wie groß eine Kapelle sein muss, die renoviert werden muss, damit man in diese Kriterien hineinfällt. Das zum einen.

Ein anderer Punkt, den ich ansprechen möchte, weil wir hier bereits gesagt haben, dass wir uns die Entscheidung noch offen gelassen haben, ist die Frage des Stadionbaus. Bei allem Verständnis für den Kollegen Baumgartner für die, wie es gestern so schön geheißen hat, zusätzliche "Fraktion FC Südtirol" hier im Landtag. Auch wir haben gestern die Pläne zugespielt bekommen, was die Größe des Stadions anbelangt. Wenn ich mir diese ganzen Sachen einmal anschau und man sich in diese Materie ein bisschen vertieft, dann kommen mir natürlich auch Zweifel dahingehend - nicht wegen des FC Südtirol, unabhängig davon, wie er jetzt dasteht oder nicht -, ob es wirklich Sinn macht, in diesem Moment für einen Fußballverein ein solches Projekt zu initiieren und es dann auch noch mit einem Einkaufszentrum zu verknüpfen.

Ich möchte an eines erinnern, und viele Kollegen werden sich hier sicherlich auch daran erinnern. In den 80er Jahren war der Tennissport das Nonplusultra. Jedes Hotel, jedes Freibad hat Tennisplätze gebaut. Kollege Noggler ist jetzt nicht da. Im Vinschgau, glaube ich, sind zwei Tennishallen gebaut worden, wobei man bei einer heute froh wäre, wenn man diesen Palast nicht mehr hätte. Das war eine große Modesportart, und was ist heute davon übrig geblieben? Wer garantiert uns, unabhängig von der Diskussion um den FC Südtirol, dass es morgen beim Fußball nicht genauso sein wird? Was machen wir dann mit einem solchen Stadion? Eines möchte ich schon auch sagen. Wenn die Argumentation des Kollegen Pichler Rolle - er sei an dieser Stelle begrüßt und darf gerne hier im Sitzungssaal bleiben - jene ist, dass es notwendig ist, ein Fußballstadion außerhalb der Stadt Bozen zu bauen, weil die große Gefahr der Hooligans usw. bestehe, dann weiß ich nicht, ob es sinnvoll ist, diese ganzen Hooligans der Stadt Leifers zu überlassen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt sinnvoll ist, eine Einrichtung in dieser Größenordnung zu errichten, wenn man Angst haben muss, dass es zu Ausschreitungen kommt und man das Stadion an einem Ort verpflanzen muss, wo die Polizei das Phänomen irgendwie in den Griff bekommt. Ich glaube, dass dies der falsche Zugang und die falsche Argumentation dazu ist.

Zu den Einwänden der Bauernvertreter hier im Landtag. Ich teile vor allem die Stellungnahme der Kollegin Rosa Thaler Zelger vollinhaltlich, weil sie vollkommen Recht hat, dass es nicht akzeptabel ist, dass immer mehr Kulturgrund in Südtirol für sinnhafte und teilweise sinnlose Projekte geopfert wird. Ich möchte ihr aber eines ans Herz legen. So lobenswert ihre Gegenstimme hier im Landtag auch ist, so nutzlos ist sie aber, wenn letzten Endes die ganze Partei trotzdem dafür stimmt, denn es ist nicht die Aufgabe der BauernvertreterInnen, sich vom Fraktionszwang freistellen zu lassen. Was hätten Sie getan, wenn Ihre Partei Sie nicht vom Fraktionszwang entbunden hätte? Ich sehe es vielmehr als Ihre Aufgabe, die Kollegen davon zu überzeugen, dass es nicht ein gutes Projekt ist. Erinnern Sie sich bitte auch an die Aktion um den Flughafen 1997/98, als Sie als große Gegnerin des Flughafens auch glaubwürdig aufgetreten sind, aber der Flughafen wurde trotzdem gebaut. Hier, denke ich, muss sich auch der Bauernbund einmal überlegen, ob es denn nicht nützlich wäre, hier einmal eine stärkere Gegenstimme auch gegen die Landesregierung zu erheben, denn wenn es dann zu den Wahlen kommt, dann wird wieder brav Werbung für die Südtiroler Volkspartei verteilt und andere Bauernkandidaten werden nicht einmal berücksichtigt. Ich glaube, das sollte man in der Diskussion auch einmal einfließen lassen, denn es ist scheinheilig, wenn man zuerst etwas kritisiert und dann genau die Parteien oder die Politiker unterstützt; das ist jetzt wirklich ernsthaft gemeint. Kein Vorwurf gegen Sie persönlich, sondern es ist nur eine Anmerkung, wie man mit solchen Dingen umgehen sollte.

Ich bin auch überzeugt, dass es in Leifers kein Einkaufszentrum braucht, ganz einfach deshalb, weil die Landesregierung angekündigt hat, dass es außerhalb von Bozen kein Einkaufszentrum geben wird. Und ich sehe auch nicht ein, warum immer wieder Schlupfwinkel gefunden werden, um hintenherum immer wieder irgendetwas zu ermöglichen - es wurde bereits genannt -, denn morgen kommt irgendeine andere Gemeinde, in der ein Schwimmbad oder was weiß ich gebaut wird, wo es dann auch wieder heißen wird, dass man das Geld dafür nicht habe, und man deswegen die Möglichkeit bekommt, hier irgendwie privat zu investieren.

Was den Beschlussantrag anbelangt, womit man sich diese finanziellen Absicherungen einholt, Folgendes. Mich würde von Seiten von Landesrat Laimer interessieren, was die öffentliche Hand macht, wenn jetzt dieses Stadion gebaut wird und sich mitten im Bau herausstellt, dass es doch teurer wird. Was macht dann die Landesregierung? Kommt es dann zum Baustopp? Heißt es dann, dass man im Grunde genommen die vorgesehenen Geldmittel überschritten hätte, aus welchen Gründen auch immer, sodass man es nicht fertig stellen könne. Dies wird wohl kaum der Fall sein. Die Realität wird dann jene sein, dass es heißt: Mein Gott, das passiert halt. Dann muss halt die öffentliche Hand wieder einspringen und ein Projekt, das am Anfang so und so viele Millionen hätte kosten sollen, kostet danach vielleicht das Doppelte oder Dreifache. Das ist dann halt so, nur zahlen müssen dann nicht die Politik oder die Politiker, die sich hier im Landtag dafür ausgesprochen haben, sondern zahlen müssen es bis zum Schluss alle Steuerzahler. Deshalb bin ich überzeugt, dass man diesem Artikel 9 nicht guten Gewissens zustimmen kann, weil hier Dinge miteinander vermischt werden, wie ein Einkaufszentrum mit einem Sportstadion, das dann auch noch Hooligans, wie wir gehört haben, anziehen soll. Das hat einfach nichts ...

PICHLER ROLLE (SVP): *(unterbricht – interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ihre Worte, Kollege Pichler Rolle, waren gestern, dass man das Stadion in Leifers errichten müsse, weil in Bozen im Stadtzentrum ... Am Beispiel anderer Städte sieht man offensichtlich, dass es dort nicht mehr angebracht ist. Ich denke einfach, dass es hier nicht angebracht ist, diese Dinge zu vermischen. Deshalb werden wir dem Artikel 9 nicht zustimmen.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Der Artikel 9 hat es in sich. Es gab damit schon große Schwierigkeiten in der Kommission. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass es in der Kommission nicht möglich war, ausführlich darüber zu diskutieren, weil er erst kurzfristig eingebracht wurde. Ich habe bereits gestern im Rahmen der Generaldebatte meine Stimmabgabe und meine Meinung zum Artikel angekündigt. Es liegt in meiner Natur, im Landtag bei meinen Aussagen sehr kurz und oft viel zu kurz zu sein. Trotzdem möchte ich diese drei Änderungsanträge zum Artikel 9 ansprechen.

Einmal geht es ganz konkret um den SALEWA-Artikel. Ich muss dazu sagen, dass wir im Bereich Raumordnung zwar den Rahmen vorgeben, aber nicht allzu sehr ins Detail gehen sollten. Wenn Gewerbe- und Handelskubatur schon da ist, dann sollte, aus meiner Sicht, nicht der Landtag die einzelnen Artikel aufzählen, die am Firmensitz verkauft werden bzw. nicht verkauft werden dürfen. Ich denke, das sollte einfach der Freiheit und Kreativität der einzelnen Unternehmen überlassen werden.

Was die Thermen in Meran anbelangt, sind wir – ich rede von uns als Vertreter der Landwirtschaft – immer darauf bedacht, dass effizient gebaut und Grund gespart wird. In dem Fall geht es um die Effizienz und um eine bessere Nutzung der Immobilie, kurz um eine bessere Wirtschaftsrendite. Hier bin ich auch dafür.

Das Sportstadion in Leifers hat es auch in sich. Ich möchte dazu sagen, dass ich von beiden Richtungen in Leifers kontaktiert worden bin. Im Grunde sind die Argumente beider Richtungen nachvollziehbar. Natürlich möchte Leifers als Stadt an Wert gewinnen, denn es braucht eine Aufwertung. Ich erinnere daran, und war darüber eigentlich etwas verwundert, dass die Stadt Leifers im Grunde genommen keine Oberschule hat. Die Stadt Leifers braucht Aktivität, um als Stadt wahrgenommen zu werden. Diesbezüglich verstehe ich auch die politischen Vertreter. Ich weiß nicht, ob dies wirklich das Stadion bieten kann, denn davon bin ich nicht überzeugt. Es hat mich auch nicht überzeugt, wenn gestern ein Tagesordnungsantrag eingebracht worden ist, in dem man die Vorlage eines Finanzierungsplanes verlangt, von den Folgekosten spricht und das Ausmaß der Handelsfläche noch einmal mit 7.000 Quadratmetern festlegt, dies alles, bevor überhaupt gebaut werden darf. Ich denke einfach, dass ich es im Nachhinein – ich bin Landtagsabgeordnete und nicht Regierungsmitglied – als meine Verantwortung sehe, dass schon heute und nicht erst irgendwann einmal ein Finanzierungsplan, die Folgekosten und vor allem die 7.000 Quadratmeter auf den Tisch gelegt werden müssten. Wir sind als Landtagsabgeordnete nicht mehr imstande, dies nachzuvollziehen.

Südtirol ist attraktiv und dies ist es nicht, weil es zugebaut ist, sondern weil es noch viele Freiflächen hat, wobei diese Freiflächen in Südtirol ein ganz unterschiedliches Bild abgeben. Ich denke in dem Fall ganz konkret an den Bozner Raum, an das Unterland, an die Wein- und Obstanbaugebiete und, in anderen Talschaften, an den Grünlandanbau, Gemüseanbau und Beerenanbau. Dies trägt wesentlich zur Attraktivität des Landes Südtirols bei. Wenn vom Grundverbrauch die Rede ist, dann wissen wir, dass es eine Illusion ist zu sagen, dass ab heute kein Grund mehr verbraucht werden darf, nur sollte man damit vorsichtiger umgehen. Ich bin nicht überzeugt, dass die 7.000 Quadratmeter Handelsfläche das Stadion finanziell retten können, denn ich habe noch von niemandem

gehört, wer die ganzen Parkplätze - diese sind noch bei keiner Finanzierungsplanung berücksichtigt worden - und die ganzen Straßen baut, die es dazu braucht. Im Finanzierungsplan ist auch noch nicht angedenkt, wie alles realisiert werden soll.

Wenn vom Einkaufszentrum und von den Billigangeboten die Rede ist, dann ist, muss ich sagen, Südtirol kein Billigland. Es sollte auch nie ein Billigland werden und es gibt sicherlich Kompromisse. Davon bin ich überzeugt, und das weiß ich auch von politischen Vertretern, die gegen das Stadion in Leifers sind. Diese Personen sind zu Kompromissen bereit und sagen, dass sie bereit sind, für den FC Südtirol einen Kompromiss bis zu einem bestimmten Ausmaß zu schließen, aber für all das zusammen seien sie nicht bereit. Also muss es noch einmal überdacht werden, und zwar nicht nur für die politischen Vertreter, sondern für die Gemeinde Leifers und auch für die Menschen in Leifers, die sehr geteilter Meinung sind.

Ich erinnere auch noch daran, dass in den letzten Tagen, vor allem in Leserbriefen, immer wieder das Thema Familie im Zusammenhang mit der neuen Sportzone in Leifers angeklungen ist, wo Familien, vor allem Frauen gesagt haben, sie hätten als Familie ein Anliegen, ein Bedürfnis. Dann wird sofort gesagt, dass kein Geld vorhanden sei, der Landeshaushalt werde kleiner und es gehe einfach nicht. Das habe ich in letzter Zeit in Leserbriefen wahrgenommen, wobei es mir persönlich leid tut.

Noch einmal. Die Menschen und auch die politischen Vertreter in Leifers sind ganz unterschiedlicher Meinung. Ich bin nicht der Meinung, dass wir als Landtag zu diesem Zeitpunkt diesem Artikel zustimmen sollten. Ich persönlich bin dagegen.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Ich muss hier auch ein paar Worte zum Handel verlieren, weil einiges gesagt worden ist.

Ich beginne mit der SALEWA. Ich denke, dass wir hier in Südtirol uns grundsätzlich Gedanken machen müssen, wohin Südtirol, ohne jetzt SALEWA speziell zu betrachten, im Handel oder auch in der Produktion gehen muss und sicherlich auch gehen wird. Es ist vermessen zu glauben, dass heute noch so große Firmen, wie es die SALEWA nun einmal ist, ihre gesamte Produktion hier bei uns in Südtirol, geschweige denn in Europa bewältigen kann. Machen wir uns nichts vor. Die Firma SALEWA wird sicherlich im Osten, in China und auf der ganzen Welt produzieren lassen und dann hier über das sogenannte Headquarter ihre Produkte vermarkten und verkaufen. Für mich, das muss ich sagen, wird dies die Entwicklung auch für Südtirol in Zukunft sein, aber wir sollten froh sein, dass es solche Firmen gibt, die ihren Sitz, ihren Steuersitz hier in Südtirol belassen. Es ist nicht gut, dass man hier einen Gesetzesartikel nur für die SALEWA zurechtschneidet. Es sollte im Allgemeinen eine wirkliche Handelsreform über die Bühne gehen, die dann auch andere Betriebe betrifft. Ich glaube auch nicht, dass es ganz uneigennützig ist, wenn die SALEWA hier bei uns in Südtirol bleibt. Ich könnte mir nicht vorstellen, dass ein Betrieb, der Bergsportartikel produziert, seinen Sitz in die Poebene oder sonst irgendwohin verlegt, wo kein Bezug zu den Menschen oder auch zur Bergwelt, die wir hier in Südtirol haben, festzustellen ist. Ich glaube, dass man in Zukunft – Landesrat Widmann wird hier sicherlich gefordert sein – klare Regeln für solche Firmen aufstellen muss, wenn diese den Weltmarkt beliefern. Es kann auch nicht sein, dass man irgendwo einschränkt, denn ein Betrieb, wie es die SALEWA ist, kann sicherlich nicht hergehen und die ganze Produktionspalette selbst und auch nicht über Auftragsfirmen herstellen, denn es muss immer zugekauft werden. Das werden wir sicherlich nicht verhindern können.

Ich sehe im Handel derzeit in Südtirol wirklich ein Durcheinander, ein gewisses Chaos. Der Landesrat hat gesagt, dass die Einkaufszentren, die bisher auf der grünen Wiese entstanden sind, auf den ehemaligen Landesrat Frick zurückzuführen wären. Ich nenne hier zum Beispiel Vintl, die Lodenwelt im Pustertal. Ich nenne das Löwenzentrum in Vahrn, ich nenne auch das Outletcenter am Brenner, obwohl es nicht als Einkaufszentrum gilt. Ich nenne auch die Vorgehensweise, die es hier in Bozen mit dem Einkaufszentrum Twenty gegeben hat. Auch dort gab es zunächst sehr große Rechtsstreitigkeiten und dann wurden einfach die Lizenzen vergeben. Ich stelle jetzt wiederum fest, dass man geltende Gesetze, in denen geschrieben steht, dass es in Südtirol nur ein Einkaufszentrum geben soll oder darf, wieder über Bord wirft, denn 7.000 Quadratmeter in Leifers sind heute vielleicht zwar 7.000 Quadratmeter, morgen ist es aber das Dreifache, denn ich weiß, wovon ich rede. Unser Betrieb befindet sich in einem Gewerbepark mit 20.000 Quadratmetern. Wenn dieser umgewidmet würde, dann wären es sehr, sehr große Flächen. Man kann auch von einem Einkaufszentrum mit 7.000 Quadratmeter ausgehen.

Ganz kurz zum Fußball. Lieber Kollege Baumgartner! Ich würde schon hergehen und sagen, dass sich der Fußballclub, der FC Südtirol, sein Stadion selbst finanzieren soll, wie es sonst überall auf der Welt der Fall ist. Ich darf Ihnen ein Beispiel, und zwar den Eishockeyclub in Bruneck, den Hockeyverein Pustertal, nennen, der bei den

Italienmeisterschaften, bei den Staatsmeisterschaften zweiter geworden ist. Diesem wird auch kein Stadion gebaut! Dort geht auch nicht die öffentliche Hand her ... Wenn ich halt noch etwas nicht weiß, aber bisher ...

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): *(unterbricht – interrompe)*

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Nein! Bisher sind von öffentlicher Seite, vom Land, dem Hockeyclub noch keine Millionen versprochen worden, außer der Landeshauptmann weiß es. Aber dann müsste man auch hergehen und sagen, dass Leistung belohnt wird und nicht, wenn man absteigt.

Ich hätte einen Vorschlag zu machen. Herr Landeshauptmann, hören Sie mir noch einen Moment zu, wenn es geht. Wenn es schon in Leifers geht, dann würde ich das Eishockeystadion in Bruneck auf dem Stegener Marktplatz und auf dem ganzen Bahnhofsgelände ein Einkaufszentrum bauen. Dann würde ich Sie bitten, dass ich es, zusammen mit dem Mobilitätszentrum, bauen darf, denn so läuft es nämlich in Leifers. Und dann noch 10 Millionen Euro für das Stadion zahlen! Das ist eine Sportart, die auch ihre Leistung bringt. Leider Gottes bringt sie der Fußball derzeit nicht. Ein solches Projekt würde ich gerne verwirklichen. Wenn es schon in Leifers geht, dann müsste es auch in Bruneck gehen.

Zu den Thermen in Meran. Ich glaube, dass man im Zuge der Verkaufsverhandlung gesehen hat, dass man sehr teuer gebaut hat. Landesrat Bizzo ist leider nicht im Saal. Ich hätte ihn gerne gefragt, wie viele Angebote er bei den bisherigen Ausschreibungen erhalten hat und um welche Summen es geht. Ich habe 30 Millionen Euro im Kopf. Ich bin nicht ganz einverstanden, wenn man hergeht und sagt, dass man eine Kubaturerhöhung macht, denn hier handelt es sich um öffentlichen Besitz. Dann muss ich als Privater auch hergehen und zur Landesregierung sagen können, nachdem ich mich verkalkuliert habe, weil ich viel zu teuer gebaut habe, gebt mir bitte zusätzliche Kubatur, gebt mir mehr Volumen.

PICHLER ROLLE (SVP): In welchem Interesse?

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): In welchem Interesse gebaut? Das interessiert nicht. Wenn es nur um das Interesse geht, dann könnte man es auch um jeden Preis verkaufen und dann sagen wir auch, dass es öffentliches Interesse ist. Wenn man nur Kubatur aufstockt, um einen gewissen Preis erzielen zu können, dann muss man es auch bei Privaten tun, sowieso.

Interessant ist zudem noch, was die Kollegen bezüglich der Verbände, des Bauernbundes und des hds festgestellt haben. Es ist wirklich erstaunlich, weniger was den hds betrifft, denn dieser ist bereits in mehreren Ortschaften, in mehreren Gemeinden auf Abwegen unterwegs, dass die Verbände nicht mehr nur die eine große Partei unterstützen. Über den hds bin ich weniger erstaunt, aber über das letzte Bollwerk der Südtiroler Volkspartei, den Bauernbund, bin ich wirklich erstaunt, erstaunt darüber, dass wir als Abgeordnete der Freiheitlichen von diesen Verbänden ein Schreiben bekommen mit der Bitte, uns dafür einzusetzen, dass nicht weiterer Kulturgrund vor die Hunde geht. Ich erwarte mir auch für die Zukunft von diesen beiden Verbänden, dass sie dies bei den nächsten Landtagswahlen nicht vergessen und sich erinnern, wer sie unterstützt hat und wer nicht. Und damit schließe ich.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Das Wort hat der Abgeordnete Pichler Rolle.

PICHLER ROLLE (SVP): Ich kann mich dem nur nahtlos anschließen. Ich hoffe auch, dass der Südtiroler Bauernbund vor den nächsten Wahlen genau schaut, wer die Interessen wahrgenommen hat und wer ... Wie bitte?

ABGEORDNETE: *(unterbrechen – interrompono)*

PICHLER ROLLE (SVP): Das Stadion.

PRÄSIDENTIN: Wollen Sie noch sprechen oder ...?

PICHLER ROLLE (SVP): Ich brauche schon etwas länger. Wenn wir die Sitzung unterbrechen, dann kann ich am Nachmittag mit meiner Stellungnahme fortfahren.

PRÄSIDENTIN: Nachdem es 12.51 Uhr ist, unterbreche ich die Sitzung bis 15.00 Uhr.

ORE 12.51 UHR

ORE 15.02 UHR

Appello nominale - Namensaufruf

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Proseguiamo con la discussione, interrotta per la pausa pranzo, degli emendamenti all'articolo 9 del disegno di legge provinciale n. 93/11.

La parola all'assessore Tommasini che parla come consigliere, prego.

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): Questa mattina si è sviluppato in Consiglio un interessante dibattito sul progetto dello stadio, ovvero della cittadella dello sport a Laives, e credo sia importante intervenire in questo dibattito, anche per cercare di spiegare perché questo progetto è così importante e strategico sia per la città di Laives ma anche per la nostra collettività. Dato che conosco abbastanza come si sta sviluppando il dibattito a Laives, ho ritenuto di intervenire su questo punto.

Penso che il progetto della cittadella dello sport sia importante per la comunità di Laives, non a caso stamattina abbiamo visto sulla tribuna la sindaca e numerosi assessori, numerosi esponenti della vita pubblica e rappresentanti della comunità di Laives, ma penso che sia anche un progetto importante per la nostra società. Serve a livello provinciale una struttura sportiva di questo tipo. Abbiamo visto tutti il rendering del progetto, a Laives si sta discutendo, i cittadini ne parlano, c'è stato un referendum online, c'è insomma un gran movimento. Quindi in termini di trasparenza anche il Consiglio comunale di Laives ne ha discusso varie volte, e quello che faceva vedere prima il collega è una delle ipotesi di come dovrebbe essere quella zona sportiva.

Serve una struttura sportiva di questo tipo, e io credo che Laives possa essere il luogo ideale, in primo luogo per la raggiungibilità. Laives è vicino a Bolzano, è in una zona in cui c'è l'aeroporto, c'è l'uscita autostradale, e poi la zona individuata, la cosiddetta "zona Galizia" è immediatamente a nord dell'abitato di Laives, quindi collegabile direttamente dalla variante che attualmente è in costruzione e il cui tratto di Pineta è già stato realizzato, non occorre passare per il centro abitato e come ubicazione è eccellente sia per quanto riguarda la città di Laives sia per quanto riguarda la sua collocazione all'interno del contesto provinciale.

C'è un dibattito a livello generale se per esempio strutture come gli stadi che quando si raggiungono certi livelli devono avere un determinato standard, come sappiamo bene dalle federazioni nazionali e internazionali, debbano essere realizzati nei centri o nelle periferie. Penso che in questo caso la collocazione sia adeguata, perché anche in termini di mobilità la zona della Galizia consente una situazione ottimale, per la sua collocazione strategico-geografica e anche per gli sportivi, perché non c'è solo lo stadio all'interno di questo progetto, chiaro che lo stadio è la struttura centrale, ma c'è tutto un concetto di zona sportiva in cui intorno allo stadio ci sono già delle strutture sportive che verranno potenziate. La zona sportiva Galizia esiste già, quindi non è una zona vergine, oggi ha uno stadio, una pista di atletica, c'è un centro giovanile, c'è una struttura che si chiama "Black box" che è utilizzata prevalentemente per l'attività giovanile e per fare concerti. Anche questa viene utilizzata da Bolzano dato che non c'è più la struttura del Kubo per realizzare concerti di medio livello, fra 200 e 800 persone, manca la struttura, quindi Laives che in linea d'aria non è lontana, fra la struttura del Kubo e il "Black box" ci sono 2 km circa di distanza, può assumere il ruolo di riferimento anche per le attività musicali, e non solo. La struttura è stata costruita in zona Galizia perché si è abbastanza vicini alla città per non essere isolato e abbastanza lontano dalle case per poter svolgere alcune attività senza che si produca disagio agli abitanti.

Esiste già nella zona sportiva Galizia una pista per i birilli, un ristorante attivo, un centro giovanile e un parcheggio. Non è una zona completamente vergine e intorno alcuni dei terreni che saranno oggetto di questo ampliamento, attualmente sono terreni agricoli ma sotto un terreno, ad esempio, c'è una ex discarica, e una zona che

con questo progetto verrà riqualificata e ripeto, alla confluenza fra l'abitato di Laives e di Pineta, in una situazione che può essere raggiungibile senza danneggiare i due centri abitati e contemporaneamente consentire le attività senza disturbare i cittadini, però facilmente raggiungibile dai cittadini stessi. Il progetto complessivo ha al centro lo stadio, ma contemporaneamente c'è una valorizzazione sia delle strutture esistenti che di quelle che dovrebbero nascere.

Dovrebbe essere un luogo di frequentazione per i bolzanini, con passeggiate e quant'altro, con la zona dove si pratica atletica, e il Comune ha previsto, o comunque credo che stiano ragionando, di trasferire in quella zona anche il lido. Questo è un altro tema molto importante per la città di Laives. La città è stata una delle prime comunità ad avere un lido, però oggi ha bisogno di aggiornamenti per essere anche competitivo con tutta una serie di altre strutture che sono nate nei comuni limitrofi. Si sta discutendo di collegare anche le strutture natatorie all'interno della zona Galizia. C'è un progetto strategico che giustamente viene anche discusso dalla comunità di Laives, ed è un progetto vero. Quando si parla di collaborazione con i comuni, sentire i comuni, coinvolgerli, qui diciamo che è stato fatto, nonostante a Laives non tutti siamo d'accordo, ci mancherebbe altro, ma l'amministrazione comunale ha deciso di puntare su un progetto complessivo che metta al centro lo sport per una comunità come Laives che è una comunità giovane, dinamica e che ha bisogno effettivamente di una caratterizzazione, di un polo attrattivo forte, di crescere attraverso gli investimenti nello sport, nella cultura e nella formazione. Laives è una città di oltre 17 mila abitanti, è uno dei comuni più importanti della provincia, ma a differenza di altri comuni, di altri luoghi, si è sviluppato in maniera diversa. Non abbiamo un centro storico, una tradizione forte come altri comuni delle stesse dimensioni, pensiamo a Brunico. Non abbiamo un'attrattività turistica paragonabile, dunque secondo me intelligentemente l'amministrazione ha pensato di caratterizzarsi, di far crescere la comunità attraverso una cosa che mancava, cioè l'investimento nello sport, che è particolarmente adeguato ad una città che ha le caratteristiche di Laives, una città che è cresciuta molto negli ultimi anni a seguito di una forte immigrazione, in particolare da Bolzano, per il fatto che le case costavano meno, negli anni 70 e 80, e che oggi sta cercando di trasformarsi da un posto in cui dormire, ad un luogo. Quindi cerca di costruire una vera e propria comunità, un senso di collettività per 17 mila abitanti che non sono pochi. L'amministrazione comunale ha visto in questo un'occasione e ha pensato di valorizzare una zona come la zona Galizia che già oggi è un centro sportivo, facendole fare un salto di qualità. Credo che sia una scommessa importante. Quando si dice che i comuni devono essere propositivi, non si possono calare le proposte dall'alto ecc. Il Comune di Laives si è proposto rispetto a questo progetto. Gli è stato chiesto anche di sviluppare un progetto ed è stato fatto. Oggi abbiamo il dovere di sostenere questo progetto, proprio perché c'è stato un confronto e una progettualità con la comunità di Laives, e c'è anche un interesse generale. Non una cattedrale nel deserto, non uno stadio nel nulla, ma è un progetto che inserisce lo stadio, l'attività sportiva all'interno di un contesto che può far muovere tutta la comunità. Sono già stati presi contatti con le società di calcio esistenti sul territorio per vedere di incentivare anche i settori giovanili, sono già state pensate attività formative sia nello sport che nell'extra sport, quindi c'è una visione di puntare su uno sviluppo attraverso l'attività sportiva. Si è dovuto inserire questo articolo per prevedere anche una zona sportiva. Qualcuno ha chiesto prima se c'è bisogno di una zona sportiva. Rispondo di sì, e spiego brevemente perché. Il progetto è quello di insediare all'interno di questa cittadella dello sport una scuola che abbia una vocazione sportiva, un liceo che attualmente è in affitto a Bolzano, che dovrà prima o poi lasciare quei locali. Allora trovarle una collocazione definitiva è importante, e quale miglior occasione che inserirla all'interno di un centro sportivo in cui ci sono delle strutture che possono essere utilizzate sia dai professionisti che dai cittadini, ma anche come strutture formative? Questa è una grande occasione di costruire intorno a questa struttura un elemento di crescita di tutta la comunità e di crescita formativa anche per i giovani.

Credo che il progetto sia veramente interessante ed intelligente, che il Comune di Laives stia puntando molto su questa iniziativa, che stia facendo i necessari approfondimenti e che però in fondo sia un progetto strategico che merita di essere sostenuto da tutti noi. Abbiamo il dovere di sostenere il comune, perché c'è un interesse pubblico forte sia per la collettività che per la comunità di Laives. Spero con questo intervento di aver dato il senso che non è un progetto sporadico, ma su cui vale la pena fare questo investimento.

PICHLER ROLLE (SVP): Heute ist über dieses Sammelgesetz, das hier vorgelegt worden ist, und auch über die Raumordnung sehr viel gesprochen worden. Hier sind Wortspiele wie "Lichtverschmutzung" und "Sichtverschmutzung" verwendet worden und es ist danach gefragt worden, was hinter diesem Paragraphen bzw. diesen Gesetzesartikeln steht, die es hier zu genehmigen gilt. Man reklamiert immer auch eine organische Gesetzgebung. Gestern hat Kollege Vezzali, als er auf meine Intervention geantwortet hat, gesagt, dass er durchaus Verständnis dafür aufbringen würde, dass ich mich in Punkto Kletterhalle so ins Zeug gelegt hätte. Ich möchte

meine Worte aber nicht nur als eine Intervention verstanden wissen, in der ich herausgestrichen habe, dass ein Unternehmer eine bestimmte Entscheidung getroffen hat. Kollege Heiss! Der Name "SALEWA" bedeutet Sattler-Lederwaren. Es ist ein Unternehmen, das in München entstanden ist. Wenn es in die Münchner oder Garmischer Gegend zurückgegangen wäre, dann wäre es nach Hause zurückgekehrt und würde sich immer noch in den Alpen befinden, also wäre nichts am Image Berg sozusagen verloren gegangen.

Es geht mir nicht nur darum, aufzuzeigen, dass es eine sicherlich sehr gute unternehmerische Initiative gibt, sondern darum, dass selbst – ich habe es sicher etwas rascher gelesen – das Gutachten des Rates der Gemeinden besagt, dass man hier eine Lösung finden sollte, aber genau hier steckt das Problem. Wenn ich ein Gesetz mache und sage, im Prinzip Gewerbegebiet und dann ein Unternehmer hergeht und dort auf privatem Grund eine öffentlich zugängliche Kletterhalle, also eine Infrastruktur für die Öffentlichkeit errichtet, dann ist dies, sagen wir es einmal so, kaum vorhersehbar. Dann tauchen in diesem Zusammenhang einige Fragen auf.

Ich hole noch etwas weiter aus. Bei der Raumordnung, bin ich der Meinung, tun wir – ich sage es wirklich aus Überzeugung – eigentlich derzeit das Richtige und haben auch in den letzten Jahren das Richtige getan. Wenn man an die Zeit von Alfons Benedikter zurückdenkt, dann wird man sagen, dass es noch eine tolle Raumordnung war, mit geraden Strichen - da geht nichts, keine Ausnahme, so wird es gehandhabt und geregelt - und die Frage, die sich stellt oder die wir uns stellen müssen ist folgende: Wenn es dabei geblieben wäre, wie stünde dann heute Südtirol da? Hätten wir auf die Umwandlungen in den letzten zwei Jahrzehnten überall reagieren können? Hätten wir mit dieser Raumordnung weiterarbeiten können? Ich persönlich glaube nicht. Genauso denke ich, dass, wenn wir ein ähnliches Gesetz erlassen und gesagt hätten, wir machen einfach nur eine Prinzipienraumordnung, also das, was bisher verboten war, lassen wir jetzt alles zu, dann Gnade uns Gott, denn dann hätte es nicht nur ökologische Probleme, sondern vielleicht auch politische Probleme gegeben, wobei dies auch nicht machbar gewesen wäre. So ist es eine Gesetzgebung, die bestimmte Prinzipien hat, und es ist richtig und gut, dass es sie gibt, aber wenn man dann in einer nicht versteckten, sondern durchaus transparenten Art und Weise das Problem aufzeigt und daraus das Hauptinteresse für die res publica ableiten kann, dann kann man sagen, dass es ein allgemeines Interesse ist, das nachvollziehbar ist. Darüber wird sich lange streiten lassen können. Jemand wird sich fragen, ob dies im allgemeinen Interesse, Paradebeispiel Thermenhotel, ist, wobei sich auch heute zwei Abgeordnete einer anderen Fraktion nicht ganz einig waren. Einer hat gesagt, in abgeschwächter Form, wenigstens ist in diesem Fall, nachdem Steuergeld dahinter steckt, das öffentliche Interesse da, dass man für die Allgemeinheit etwas mehr zurück bekommt, ein anderer hat gemeint, dass man es sofort auch auf die Privaten ausdehnen müsse.

Ich kann in all den Fällen, von denen wir sprechen, immer das öffentliche Interesse nachvollziehen und, meines Erachtens, auch begründen. Ich kann das öffentliche Interesse an einer allgemein nutzbaren Kletterhalle begründen. Ich kann das öffentliche Interesse damit begründen, dass ein Bauvorhaben, wie jenes in Meran, nicht jetzt gesehen werden darf, sondern im Zusammenhang gesehen werden muss, zunächst einmal der politische Erfolg, dass die Staatsinfrastruktur Thermen marode und abgewrackt in die Kompetenz Südtirols übergegangen ist, dass dann die Thermen in Meran in einen hochmodernen zukunftssträchtigen Badebetrieb umgewandelt worden sind und dass bei dieser Investition zugegebenermaßen nicht alles so gelaufen ist, wie man es sich vorgestellt hat. Wenn man heute nach Meran fährt - das sage ich auch als Bozner - und sieht, was alles mit den Thermen entstanden ist – der Verkehr fließt unterirdisch weg, der ganze Zugang usw. -, dann muss man sagen, dass es faszinierend ist, aber hier das Haar in der Suppe zu suchen und zu sagen, dass man sich beim Hotel verschätzt habe und man jetzt versuche, die Steuergelder wieder zurückzubekommen, ist alles leicht gesagt und leicht getan. Wenn man dort private Investoren gefunden hätte, die bereit gewesen wären, in diese Investition privates Kapital hineinzustecken, dann hätte man es vermutlich auch getan.

Kollege Bizzo hat einen Fall geschildert und gesagt, dass wir eine Krise in der Bauwirtschaft haben. Deshalb ist die Verlängerung auch begründbar, wenn man sieht, welche dramatischen Zahlen wir in dieser Branche haben. Ich glaube, man sollte hier kein Geschrei entfachen und immer nur die ganze Geschichte sehr verkürzt sehen. Um auf Benedikter zurückzugehen, muss man sagen, dass, wenn Kollege Tommasini vorhin von den Schwierigkeiten der urbanistischen Entwicklung von Leifers gesprochen hat, diese auf die Zeiten des sicherlich großartig wirkenden Alfons Benedikter zurückgehen, denn Bozen ist über zwei Jahrzehnte lang eingeschnürt worden und die Stadt Bozen hat sich nicht entwickelt. Ich rede jetzt von Zeiten, die einige Jahre zurückliegen, aber dafür haben wir das erlebt, was im Umfeld von Bozen passiert ist. Die Leute sind ja nicht vom Erdboden verschluckt worden, sondern Leifers ist auf unnatürliche Art und Weise gewachsen, weil in Bozen restriktive Politik gehandhabt worden ist, wobei in Eppan Ähnliches passiert ist. Das sind die Folgen einer rigiden Politik, die man

betrieben hat. Deshalb sollte man das Problem immer im Gesamten sehen und nicht so sehr das einzelne Detail herausgreifen und dieses dann kritisieren.

Ich würde sagen, dass es in der Tat eine etwas heitere Episode wäre, wenn eine Delegation aus Südtirol nach Baden-Württemberg fahren und den dortigen neuen Ministerpräsidenten Kretschmann besuchen würde. Eine Delegation aus Südtirol, die beim neuen Ministerpräsidenten vorspricht und dann etwas vom Klimaland Südtirol berichten und ihm ein Beispiel für die Politik in Südtirol aufzeigen würde, dass wir einen Kubaturbonus gewähren und auf diese Art und Weise einige Dinge sicherstellen wollen, dass in Südtirol nicht zusätzlich wertvolles Kulturgrund verwendet werden muss, dass man gleichzeitig den Energieverbrauch von 22 Litern Quadratmeter auf 7 Liter Quadratmeter im Jahr absenkt, dass man dazu einen Beitrag zum familien- und altersgerechten Wohnen leistet, sodass man auch eine soziale Investition tätigt. Der Ministerpräsident würde dann vermutlich sagen, dass es eine tolle Idee sei, und würde uns dann fragen, ob in Südtirol die Grünen regieren. Wir müssten dann darauf antworten, dass sie nicht regieren, sondern gegen diese Maßnahmen opponieren, weil sie damit nicht einverstanden sind, da sie hier angeblich eine soziale Schieflage erkennen. Es ist geradezu hanebüchern. Heute habe ich fünfmal hingehört und gesagt: Wenn jetzt auch noch an diesem Modell herumgedeutelt wird, dann ist dies symptomatisch dafür, dass hier gar nichts mehr passt. Selbst wenn man die Frage des Grundverbrauchs regeln würde, selbst wenn man die Frage des CO²-Ausstoßes regeln würde, selbst wenn man noch das alters- und familiengerechte Wohnen dadurch regeln würde, würde immer noch die Frage auftauchen, ob es nicht möglicherweise eine soziale Schieflage ergibt, weil Eigentümer vielleicht ein wenig bevorteilt seien und andere, die in einer Mietwohnung sind, dies nicht tun könnten. Das ist natürlich die Quadratur des Kreises, die man erreichen will und die man nicht erreicht.

Zu diesem Punkt muss man insgesamt ganz schlicht und ergreifend sagen, dass es eine richtige und gute Maßnahme ist. Ich sage auch, weil beim Kollegen Leitner ein wenig Ironie da war, dass es in der Tat so ist, dass es für die Südtiroler Entwicklung, meines Erachtens, nicht darum geht, wenn man über Raumordnung diskutiert, zu sagen: Aber Vorsicht! Wir haben in Südtirol die Situation in Bozen, wir haben die Situation vielleicht in Meran, wir haben eine ganz eigene Situation im Vinschgau und in anderen Landesteilen. Eigentlich bräuchte es mitunter unterschiedliche Maßnahmen für diese Landesteile, aber dann gibt es wiederum ein wenig Ironie dahingehend: Ja schon, aber was wollt Ihr denn, in einem Land mit 500.000 Einwohnern werden wir nicht plötzlich Rücksicht auf unterschiedliche Gegebenheiten im Bezirk nehmen müssen? Ich sage aber, dass an dieser Geschichte etwas dran ist, denn man sollte, wenn man die Möglichkeit hat, Gesetze zu gestalten, auch die Möglichkeit haben - um Magnago zu zitieren - "Ungleiches nicht gleich zu bewerten". Das kann es auch nicht sein. Deshalb auch diese raumordnerischen Maßnahmen, über die wir heute reden. Da wird gesagt, Ihr habt Prinzipien aufgestellt, aber dann gibt es eine Intervention für den Fall A und für den Fall B und für den Fall C.

Ich sage es noch einmal. Es ist nicht eine Intervention, wo ... Diese hat es auch gegeben und da bin ich als Erster, der das kritisiert, mit dabei. Wenn eine Maßnahme im urbanistischen Bereich getroffen wird und das Allgemeininteresse nicht auf Anhieb und auch nicht auf den zweiten Blick erkennbar ist, wenn man also den ganz starken Verdachtsmoment hat, hier geht es um das Anliegen einzelner Bürger, die gegenüber anderen einzelnen Bürgern benachteiligt werden, dann ist dies nicht bei der Kletterhalle der Fall, denn da wird nicht ein Bürger gegenüber anderen benachteiligt. Dies ist auch nicht bei den Thermen und auch nicht beim Stadion in Leifers der Fall, sondern hier wird zunächst das Allgemeininteresse festgehalten und dann wird eine Regelung hierfür gesucht und ausgewählt, und das ist politisch, meines Erachtens, eine richtige und auch inhaltlich korrekte und richtige Entscheidung. Deshalb sind die Anträge, die hier gekommen sind, und die Kritik, die auf dieses Gesetz niedergeprasselt ist, meines Erachtens, nicht rechtens.

Im Zusammenhang mit der Kritik, die es letzthin über den Südtiroler Landtag gegeben hat, was die Anzahl der Gesetzgebung anbelangt, habe ich mir die Mühe gemacht, nachzusehen, wie es in anderen Regionen mit der Gesetzgebung bestellt ist. Ich war erstaunt, dass einige kleinere Regionen mit einer enormen Anzahl an Gesetzen aufwarten können. Dies hat seinen Grund offensichtlich in der Methodik, denn dort gibt es die Sammelgesetzgebung nicht. Dort wären heute vermutlich 3, 4, 5 oder 6 Einzelgesetze auf den Weg gebracht worden, und für die Statistik zählt. Die Statistik sagt, auch wenn es nur einen Artikel gibt, dann ist es ein Regionalgesetz, das man verabschiedet hat, ob es nun aus einem korrigierten Artikel oder aus einem Sammelsurium von mehreren Artikeln besteht, ist eine andere Frage.

Noch einmal. Hier wird nicht der Spekulation Vorschub geleistet, sondern wir setzen mit dieser Maßnahme Schritte, die Südtirol auch ein Stück moderner machen können, die Südtirol auch ein Stück aufgeschlossener machen können mit dem, was sich an Entwicklungen ergibt. Deshalb ist die Kritik an diesem Paket eine Kritik, die sich immer auf den Einzelfall bezieht und wo man dann versucht, das Ganze auf das Einzelne herunterzubrechen

und zu sagen, dass es eine Sondermaßnahme ist. Wenn man es aber im Gesamten sieht und wenn man weiß, dass die Überlegungen aus öffentlichem Interesse überwiegen, dann ist dies absolut eine gerechtfertigte Maßnahme, die der Südtiroler Landtag setzen soll.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Ich möchte die Diskussion nicht in die Länge ziehen, sondern nur noch eine abschließende Frage an den Landesrat stellen, weil mich gerade eine Information ereilt hat. Ich möchte in Erfahrung bringen, ob es stimmt, dass Kollege Baumgartner ehrenamtlich der Präsident des FC Südtirol ist und ob er über seine Firma oder persönlich der Projektmanager über das Stadion und den Stadionbau in Leifers ist.

BAUMGARTNER (SVP): Nicht nur der letzte Einwurf vom Kollegen Tinkhauser, sondern auch die Einwürfe der einen oder anderen Diskussionsbeiträge machen es notwendig, dass ich mich noch einmal kurz zu Wort melde, auch wenn ich es bereits in der Generaldebatte gesprochen habe.

Zuerst möchte ich mich beim Kollegen Dello Sbarba ganz höflich entschuldigen. Wenn man vor einigen Tagen ein Finale verloren hat und mit Herz und Seele dabei ist, dann können solche Dinge passieren. Die Fraktion des FC Südtirol gibt es in diesem Landtag noch nicht, aber man weiß es ja nicht, denn es kann ja noch werden. Es gibt auch andere ähnliche Fraktionen auf gesamtstaatlicher Ebene. Es könnte also durchaus so weit kommen, aber Spaß beiseite.

Es stimmt, lieber Kollege Tinkhauser, das ich ehrenamtlicher Präsident dieses Vereins bin. Ich habe über zwei Jahre lang das Projekt Leifers aus reinem Idealismus verfolgt, weil es das einzige war, das irgendwo zur Verfügung stand, bis nicht Bozen, vor zwei oder drei Monaten, gesagt hat, dass es auch ein Interesse daran hätte. Ich habe dafür viel Zeit aufgewendet. Wenn Sie wollen, dann können Sie überall nachschauen gehen, aber sie werden nichts finden, wonach ich für diese Tätigkeit irgendeinen Eurocent bekommen hätte. Vielleicht hätten es andere getan, aber mir liegen solche Dinge fern. Folglich ist es wichtig, dass dies auch einmal, auch öffentlich, geklärt ist, weil alles andere falsch wäre. Man kann es ohne weiteres überprüfen.

Ich bleibe wiederum beim Kollegen Tinkhauser. Wenn jemand in seinem Leben noch niemals eine Niederlage erlitten hat, dann braucht er nur Funktionär eines Sportvereins zu werden! Es muss nicht der Fußball, sondern kann auch etwas anderes sein.

ABGEORDNETE: (*unterbrechen – interrompono*)

BAUMGARTNER (SVP): Weil er vorher eine Äußerung gemacht hat, die mich gewaltig beeindruckt hat. Wenn jemand sagt, Leistung muss belohnt werden und wenn jemand die Leistung auf einen einzelnen Titel, auf den Umstand, ob jemand Vizemeister oder Meister wird, ob jemand auf- oder absteigt, reduziert, dann stimmt etwas nicht oder er hat die Dimensionen verfehlt. Es ist nämlich so, dass ich die Leistung im Sport, vor allem bei Sportvereinen ganz anders definiere. Leistung drückt sich dadurch aus, ob ein Projekt vorhanden ist, und drückt sich dadurch aus, ob man als Verein, als Gruppe insgesamt etwas erreichen will. Das kann man dem FC Südtirol – jetzt spreche ich schon wieder vom FC Südtirol, entschuldigen Sie bitte, Kollege Dello Sbarba, das habe ich auch von außen und von innen gesehen - sicherlich nicht absprechen. Wenn man weiß, was er für die Fußballjugend in Südtirol, dies ohne die entsprechenden Infrastrukturen zu haben, macht, dann kann ich mit Fug und Recht behaupten, dass solche Organisationen - und das ist nicht nur der FC Südtirol, sondern eine ganze Reihe von Sportvereinen, und nicht nur Sportvereinen, in Südtirol, sondern von allen Vereinen – Leistungen erbringen, die sich sehen lassen können. Das ist nicht nur auf den einen oder anderen Erfolg zu reduzieren, sondern man muss immer das Gesamte sehen.

Lieber Kollege Leitner! Sie haben Recht, wenn Sie die Frage stellen, ob jemand, der irgendein Interesse hat, auch wenn es in diesem Fall kein persönliches Interesse, sondern das Interesse für einen Verein und für einen Bereich ist, auch wenn es nur der "Fußball" ist, das Recht hat, bei einer solchen Abstimmung mitzustimmen. Ich kann es mir auch durch den Kopf gehen lassen. Es ist ja nicht so, dass mir diese Sachen total egal wären. Ich sage nur eines. Nachdem mir gesagt worden ist, dass es laut Bestimmungen überhaupt kein Problem ist, habe ich es mir politisch durch den Kopf gehen lassen. Ich bin zum Schluss gekommen, dass es nicht nur sinnvoll, sondern unglaublich wäre, wenn ich für etwas kämpfen würde, dabei die Möglichkeit hätte mitzustimmen und dann sagen würde, ich mache es trotzdem nicht. Da wäre etwas, was nicht stimmen und was in mir nicht stimmig wäre. Deshalb werde ich an der Abstimmung teilnehmen, weil es, wie gesagt, rechtlich einwandfrei ist und ich keinen Hehl daraus machen muss, dass ich ganz dezidiert für dieses Vorhaben bin. Deshalb ersuche ich auch, in dieser Sache Nachsicht zu üben.

Ich weiß auch, dass immer wieder die ganze Problematik mit dem Handel und mit dem, was in Leifers passiert, in Frage gestellt wird. Auch diese Diskussion finde ich für angebracht und durchaus nicht in Abrede zu stellen. Ich habe mir die ganze Sache ganz genau angeschaut, bevor ich vor zwei Jahren mit dem Handelsverband in Kontakt getreten bin und gefragt habe, wie er es sehen würde. Bei dieser Diskussion habe ich dann die Antwort bekommen. Letztendlich ist es doch etwas, was Leifers vielleicht braucht. Insofern - das muss ich sagen – gibt es einen Hintergrund, wieso man sagt, dass Leifers so etwas brauchen würde. Wenn man die Gemeinde Leifers städtebaulich anschaut, wenn man auf der einen Seite das Zentrum, auf der anderen Seite Steinmannwald und weiter oben St. Jakob sieht, dann sieht man, dass diese Gemeinde mit dieser Infrastruktur zusammenwächst und ein harmonisches Ganzes bekommen würde. Es ist interessant, dass sich genau in der Mitte die Naherholungszone, die Sportzone und alles, was mit der Freizeit zu tun hat, befinden. Ich kann mir vorstellen, dass es letztendlich, wenn ich das alles anschau und alles als ein gemeinsames Ganzes sehe, eine Aufwertung für Leifers ist und es auch zu einem Zentrum wird. Man kann es nicht mit der grünen Wiese vergleichen. Das ist nicht grüne Wiese, sondern städtebaulich etwas ganz Sinnvolles. Das ist etwas, was morgen für Leifers etwas Besonderes wird, auch vom Städtebaulichen her. Deshalb habe ich mich davon hundertprozentig überzeugt, dass es für Leifers, für diese Stadt gut, extrem gut ist, weil alles zusammenwächst. Wenn man die Unterlage, die man uns ausgehändigt hat, von der Vogelperspektive aus sieht, dann kann man das genau sehen.

Es ist immer wieder die Frage des Preises und der Kosten angesprochen worden. Auch diesbezüglich ist man sich vorher nie sicher. Man kann es zwar annehmen, aber sicher ist man sich nie. Ich nehme einmal an, dass, unter dem Strich, die Lösung Leifers günstiger ist. Ich sage es nicht nur, weil man es normalerweise bei solchen Diskussionen sagen muss, sondern werde es auch erklären. Was den Bau anbelangt, ist die sogenannte Mischfinanzierung, also die PPP-Lösung nur in Leifers möglich. Wieso ist sie nur in Leifers möglich? Wenn ich das Gesamtprojekt mache, nämlich das Stadion zusammen mit den drei Plätzen, dann kann ich es letztendlich, unter dem Strich, bei der Investition als Gegenleistung machen, nämlich die Handelskubatur, was ich zum Beispiel bei der Sanierung des Drususstadions nicht machen kann, weil ich die drei Plätze irgendwo anders machen muss. Somit funktioniert dies alles nicht mehr. Im letzteren Fall müsste die Investition zur Gänze von der öffentlichen Hand getragen werden. Das ist klar, denn im Prinzip geht es gar nicht anders. Folglich kommt unter dem Strich, wenn man alles zusammenrechnet, bei der Investition ein negativer Betrag bei einer anderen Lösung, wenn nicht Leifers herauskommt, heraus und das zweite Thema ist die Führung. Ich habe nur die Chance und die Möglichkeit, eine Sportinfrastruktur kostendeckend zu führen, wenn ich es im Fall Leifers als Gesamtes sehe, weil ich dann neben dem Fußball auch verschiedene andere Dinge abwickeln kann, da ich eine Infrastruktur mit Sporteinrichtung und mit Räumlichkeiten habe, die ich vermieten kann. Ich kann unter Umständen auch Konzerte aufführen. Ich kann dort größere Veranstaltungen machen und zu diesem Zwecke die Infrastruktur vermieten. Ich kann der gesamten Infrastruktur einen Namen geben und dafür entsprechende Sponsorbeträge einnehmen. Ich habe nur in Leifers die Chance, diese Anlage kostendeckend zu führen, denn wenn ich die zwei Infrastrukturen getrennt habe, nämlich das Stadion und die drei Plätze, dann ist es mit Sicherheit nicht möglich.

Das waren im Großen und Ganzen jene Dinge, die ich nochmals klarstellen wollte. Nachdem die Mehrheit, aber auch die Opposition von vornherein gesagt haben, dass es ein Projekt ist, das sie umsetzen möchten – sie haben dies auch in ihren verschiedenen Programmentwürfen kundgetan – sage ich, dass es nach diesem langen Vorlauf schon richtig, folgerichtig und auch korrekt ist, wenn man mit diesem Projekt weiterfährt und zu diesem Projekt eine positive Zusage gibt.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè): Inizio questa breve analisi da una questione di fondo, che corrisponde al metodo che è stato seguito nell'approccio alle tematiche che sono state introdotte in questa legge, che, lo voglio ricordare, così come ho fatto in discussione generale, ha come titolo: "Misure di contenimento dell'inquinamento luminoso", a cui poi si sono aggiunte altre disposizioni in materia di utilizzo di acque pubbliche, procedimento amministrativo, urbanistica ecc., quindi una autentica omnibus che parte con un vagone e poi, strada facendo, si agganciano altri vagoni. Ecco la questione di metodo: quante volte abbiamo ribadito come sia necessario un approccio più chiaro, più di metodo da parte dell'amministrazione provinciale nel proporre le proprie volontà, i propri programmi e progetti, perché quando si arriva in commissione legislativa – io non siedo nello specifico in questa – e si propone un intervento integrativo di tale sostanza come nel caso specifico della questione entro sportivo di Laives, ma non solo, su tutta un'altra serie di questioni che ci sono ben chiare, è ovvio che poi si offre il fianco a speculazioni, dubbi e anche ad ambiguità.

Mi chiedo se esista una strategia di fondo dell'amministrazione provinciale per quanto riguarda lo sviluppo del territorio nei suoi diversi ambiti, quindi anche quello commerciale, economico, lo sviluppo urbanistico in senso

più ampio. C'è questa strategia? È indubbio che a fronte di una politica che è stata nel passato molto rigida e che ha concesso pochi spazi di trasgressione rispetto a norme rigorose rispetto allo sviluppo sia commerciale che urbanistico, oggi corrispondano fughe in avanti e anche timidi tentativi, possiamo definirli di liberalizzazione. Qualcuno poi li definisce magari di deroghe rispetto all'esistente, al castello normativo attuale. Effettivamente la contraddizione emerge, c'è un impianto rigido, c'è un approccio più elastico negli ultimi tempi rispetto ad esigenze particolari o necessità sul territorio. Affiorano quindi il caso Salewa con la sua specificità, in relazione alla particolarità dell'azienda e al contesto economico occupazionale entro la quale si inserisce, c'è il caso delle Terme di Merano con tutto ciò che ne consegue, è inutile che io riprenda argomentazioni che sono state ampiamente sviluppate, c'è il caso ora dello sviluppo urbanistico di Laives e nello specifico dello sviluppo per quanto attiene quel complesso polivalente in zona Galizia. È evidente che l'abitudine di questa Provincia ad ingessare determina, nel momento in cui si aprono delle variabili non previste, dei dibattiti, interpretazioni, si aprono fronti anche di ambiguità che sono state espresse nel corso del dibattito da tutti i colleghi che sono intervenuti, ciascuno da una propria prospettiva e con le proprie sensibilità, quelle più legate ad una questione ecologico-ambientale, chi è più interessato alla tutela tradizionale del territorio piuttosto che, insomma, le rispettive sensibilità di ciascuno. Allora ecco la questione di metodo: quante volte abbiamo detto come si debba sviluppare un approccio di metodo diverso nel rapporto con le istituzioni nell'ambito dell'iter legislativo da parte della Giunta provinciale? Probabilmente tutto ciò non sarebbe accaduto se ci fosse stato un dibattito preventivo diverso, ci fosse stato un approccio esclusivo rispetto ad una politica di sviluppo legato alle singole condizioni che abbiamo accennato nell'ambito della commissione legislativa, cioè se la Giunta provinciale avesse sviluppato un progetto per l'Alto Adige entro i prossimi 20 anni che serva a soddisfare le diverse esigenze, anche particolari, che oggi vengono definite in deroga rispetto all'impianto normativo attuale, ma che sempre più nel futuro si prospetteranno e creeranno ulteriori casi. Quello che manca è una strategia di insieme. Allora si procede non nella riforma radicale di un impianto normativo o un approccio diverso, esaustivo in questo senso, ma con interventi tampone o ad hoc, per cui il dibattito che si sviluppa è ciò che di più naturale che ci si deve aspettare, e anche i dubbi e le perplessità che si sviluppano è quanto ciò che di più naturale si determina.

Nel merito mi voglio soffermare in particolare sulla questione dell'impianto polivalente, sportivo in zona Galizia. A Laives viene definito centro sportivo, ma abbiamo preso atto che non si tratta di centro sportivo, perché è qualcosa di molto diverso e molto di più. L'assessore Tommasini è stato molto chiaro, e nel testo della norma è indicato, sia pure incidentalmente, che si fa riferimento a strutture scolastiche, quindi non è un centro sportivo puro e semplice, è un centro polivalente che fa riferimento principalmente ad una attività sportiva come ragione fondamentale, ma attorno al quale poi si sviluppa, per ragioni diverse, tutto un complesso di situazioni che passano da quelle formative a quelle commerciali. Ma, e io non posso leggere il comma 3 disgiunto dall'ordine del giorno n. 1 che abbiamo approvato nella giornata di ieri, ci sono da chiarire alcune questioni di fondo che a mio avviso non sono affatto chiare. C'è del fumo attorno alla definizione esatta di quello che dovrà essere questo centro che, lo voglio dire per quanto attiene le mie personali sensibilità, può essere una opportunità di sviluppo, di radicamento, di identità se vogliamo anche, per la comunità di Laives che è in cerca di una propria identità e di un proprio profilo sociale nell'ambito della comunità provinciale più generale. Le manca molto, come abbiamo potuto dalle diverse testimonianze che sono state esposte nel corso del dibattito sull'articolo 9. Non si può disgiungere il ragionamento sul comma 3 rispetto all'ordine del giorno che abbiamo approvato e che fa riferimento in modo particolare a tutta una serie di vincoli che i colleghi Pichler Rolle, Noggler e Schuler hanno voluto indicare quasi per tentare di creare una condivisione interna al gruppo della SVP sul progetto, una unità che abbiamo potuto accertare non esiste nei fatti, ed è di tutta evidenza anche dagli interventi che si sono articolati, ma fra queste misure, quasi a venire a soddisfare le esigenze in modo particolare di chi è intervenuto dal mondo dell'agricoltura, si afferma che inoltre bisogna adoperarsi per ridurre il fabbisogno di terreno previsto nello studio di fattibilità. Allora il progetto si sviluppa su 10 ettari, ma smonta la protesta nell'ambito dell'ambiente degli agricoltori anche all'interno del partito, bisogna stemperare queste diverse esigenze, si propone questo tipo di misura che va ad incidere, rispetto all'iniziale proposta, di creare questa struttura su un terreno corrispondente a 10 ettari. Allora si dice che bisogna adoperarsi per ridurre il fabbisogno di terreno previsto nello studio di fattibilità. Ciò non mi sembra coerente e soprattutto compatibile, ed è questo il dubbio forte che esprimo in questa sede, rispetto anche le più recenti deliberazioni assunte dal consiglio comunale di Laives, nel quale come ultime novità è stato approvato un ordine del giorno che fa riferimento alla necessità di aggiungere un ulteriore tassello a quel centro polivalente, di potenziarlo attraverso l'innesto del lido, che non è un lido in senso stretto, ma è una piscina coperta con un'attività garantita 365 giorni all'anno, questo nelle volontà espresse dalla maggioranza del consiglio comunale di Laives, che è una maggioranza politica che si è determinata ma che non corrisponde esattamente alla maggioranza politica che governa il Comune, però

è una maggioranza che si è voluta affermare con un voto. Quindi c'è la volontà di aggregare a quel polo scolastico, come condizione se questo ampio fronte si venisse a determinare a sostegno di questo progetto, anche la struttura del lido, piscina coperta e tutto ciò che ne compete. Come è compatibile la volontà del Comune di Laives di creare un centro polivalente superiore rispetto a quello di cui stiamo discutendo per dimensione, per struttura, per condizioni, perché allargato a funzioni diverse, con quanto contenuto nell'ordine del giorno approvato a larghissima maggioranza da questo Consiglio, con il sostegno della maggioranza politica che regge la Giunta provinciale all'affermazione per cui invece si deve ridurre il fabbisogno di terreno previsto nello studio di fattibilità? Non si legano questi diversi passaggi. La questione appare poco chiara. Sembra che si voglia procedere senza una chiara strategia e una chiara visione d'insieme ma per tentativi, cercando di individuare la strada giusta per poi approdare ad una soluzione, tanto che vero che l'ordine del giorno stesso costituisce una sorta di freno. Dice che solo a determinate condizioni si può operare nella direzione che è stata indicata dal bilancio annuale 2010 definito dalla Provincia autonoma di Bolzano.

Crede che questa intera vicenda dimostri, oltre ad un limite nell'approccio da parte della maggioranza, anche un limite da parte della maggioranza politica di questo Consiglio nel definire con chiarezza quali siano gli obiettivi finali, perché non esiste una visione d'insieme chiara, ed esiste soprattutto una distonia di volontà fra il livello comunale e quanto è stato affermato qui nell'ambito del Consiglio provinciale. L'approvazione dell'ordine del giorno ha cambiato le carte in tavola: nel caso in cui il passaggio del comma 3 venisse approvato, e io posso anche annoverarmi fra coloro che sostiene un investimento nel campo dello sviluppo di Laives, l'approvazione dell'ordine del giorno non ha semplificato questo quadro. Ha chiarito probabilmente alcune delle questioni che riguardano gli aspetti finanziari, e non è poco, non chiarisce però affatto la questione della gestione della struttura, anzi lascia ancora più nel fumo la prospettiva futura riferita a questo bisogno, ma soprattutto non definisce con chiarezza a quale tipo di area, suolo areale ci si riferisca. Non vorremmo avventurarci lungo una strada per cui alla fine la montagna partorisce un topolino dopo tanto discutere e creando non quello sviluppo che immaginavamo ma una ulteriore dispersione di risorse pubbliche senza un giusto rendimento di queste risorse.

Detto questo, credo che la maggioranza abbia il dovere di chiarirsi al proprio interno. Sono convinto ancora di più, dopo l'approvazione dell'ordine del giorno, che sia la maggioranza al suo interno a dover dimostrare di avere le idee chiare su questo aspetto, cosa che finora non ha dimostrato.

ARTIOLI (Lega Nord): Volevo un chiarimento da parte del capogruppo della SVP per quanto riguarda l'ordine del giorno che ha fatto approvare sulla riduzione della superficie che fa sembrare che voi siete contrari a costruire il lido a Laives. Ma siccome questa è una competenza del Comune di Laives, mi piacerebbe sapere qual è veramente lo scopo dell'ordine del giorno che non è sicuramente quello di ridurre per togliere il lido. La popolazione ci tiene al lido, l'assessore Tommasini dice di essere d'accordo al trasferimento, dice che è stato votato in Consiglio comunale nell'ultima seduta, quindi vorremmo sentire da parte Sua che questo ordine del giorno non è stato fatto per vietare al comune di Laives di fare il lido.

PICHLER ROLLE (SVP): In persönlicher Angelegenheit! Hier ist unterstellt worden, dass unser Antrag, den wir eingebracht haben, darauf abziele, eine innergemeindliche Entscheidung in der Stadt Leifers zu beeinflussen. So war es aber nicht gemeint. Erstens einmal sprechen wir von der öffentlichen Finanzierung seitens des Landes und vom Finanzierungsplan zur Errichtung des Stadions, das mit Landesgeldern errichtet wird. Alles andere, nämlich Biotop, Lido usw. ist eine Sache der Gemeinde Leifers, die mit diesem Projekt nichts zu tun hat.

MAIR (Die Freiheitlichen): Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, eine Frage in diesem Zusammenhang zu stellen, und zwar was das Landessportzentrum anbelangt. Ich möchte wissen, ob die Landesregierung dieses Projekt noch im Auge hat, ob es noch realisiert werden soll, ob es überhaupt noch aktuell ist und eine Rolle spielt oder ob man es fallen gelassen hat. Ich habe vor einiger Zeit eine Anfrage im Zusammenhang mit dem Stadion in Leifers gestellt. Der Landeshauptmann hat mir darauf geantwortet, dass die beiden Dinge nichts miteinander zu tun hätten, aber er hat mir nicht gesagt, ob das Landessportzentrum noch eine Rolle spielt. Mir persönlich kommt vor, dass es keine Rolle mehr spielt, ob wir dagegen sind oder nicht, denn es wird wahrscheinlich geschehen. Wenn man schon so viel Geld zur Verfügung stellt, dann möchte ich wissen, ob man dies nicht schon gleich ins Auge hätte fassen können.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie – SVP): Nach vier Stunden Diskussion über einen Artikel sind die Positionen doch relativ klar abgesteckt. Alle haben sich zu den verschiedenen Themen

auch entsprechend eingebracht, sei es was das Stadion in Leifers, das Thermenhotel in Meran oder die andere Passage des Artikels anbelangt. Ich möchte auf einige Fragen und Aspekte eingehen, auch um aufzuzeigen, dass es teilweise schon etwas sonderbar zugeht.

Herr Heiss! Ich bin doch etwas überrascht, wenn Sie sich hier als Vertreter der Grünen de facto gegen die energetische Sanierung aussprechen, denn wer sich gegen die Anreize zu einer energetischen Sanierung ausspricht, spricht sich de facto gegen die energetische Sanierung aus. Das ist in Zeiten wie diesen überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Wenn dies auch noch aus dem Munde der Fraktion der Grünen kommt, dann fehlen mir fast die Worte! Es ist nämlich der zentrale Punkt in der Energiepolitik der Zukunft, dass die energetische Sanierung ein maßgebliches Element zur Erreichung der Ziele ist. Wir haben gesehen, dass die 200 Kubikmeter als Belohnung im ländlichen Raum, ganz verschieden je nach Gemeinde, eine große Akzeptanz findet, dass die Gebäude energetisch saniert werden, dass sie dabei zugleich erweitert werden, sodass dies hilft, eine Reihe von anderen Problemen zu lösen. Es ist eine Antwort auf die Generationenfrage, weil dann mehrere Generationen unter demselben Dach Platz finden können.

Es ist sicher notwendig, Frau Thaler Zelger und Frau Hochgruber Kuenzer, auch in Punkto Kulturgrund zu sparen. Auch dies ist ein Aspekt und eine Folgewirkung der energetischen Sanierung mit Kubaturbonus. Man spart sich dann auch beträchtliche Neuausweisungen in diesem Bereich. Man schafft zugleich auch die Möglichkeit, dass die Menschen die Hälfte, im Normalfall sogar 70 Prozent, der Energiekosten sparen. Man betreibt aktiven Klimaschutz, und dies muss und soll auch erwähnt werden. Das heimische Handwerk, das sich in diesem Bereich auch spezialisiert hat, hat die Möglichkeit, vor der "eigenen Haustür" entsprechende hochwertige Arbeiten durchzuführen. Dass man hier die Idee entwickeln kann zu sagen, dass dadurch eine soziale Schieflage entstehe, dazu braucht es schon sehr viel Phantasie, denn wenn ein Gebäude mit zehn Stockwerken in Bozen die energetische Sanierung vollzieht und um 20 Prozent erweitert werden kann, dann werden nicht die einzelnen Wohnungen größer, sondern bleiben gleich groß. Es kommt eventuell nur ein Stockwerk hinzu, aber was alle gleichermaßen haben, ist eine enorme Einsparung der Heizkosten. Wo ist denn da die soziale Schieflage? Es ist schon bemerkenswert, was man sich so alles einfallen lässt, um gegen etwas zu sein, für das es eigentlich eine breite Zustimmung gibt.

Herr Knoll hat in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, warum es erst jetzt komme. Es gibt einen Grund dafür. Wir hatten es zwar schon länger geplant, aber aufgrund der staatlichen Reform "Decreto per lo sviluppo", in dem steht, dass alle Gebäude um 20 Prozent erweitert werden dürfen und innerhalb von 120 Tagen die Länder zu reagieren haben, haben wir uns entschieden, dies schnell aufzugreifen und es sofort an die energetische Sanierung zu koppeln. Das ist beim Staat nicht vorgesehen. Dort kann man die Erweiterung ohne Auflagen in Punkt Energieeinsparung vollziehen. Ich glaube, es ist sinnvoll und richtig, wenn wir dieses "Geschenk" auch an eine Leistung koppeln, die erbracht werden muss. Diese Leistung besteht in der energetischen Sanierung auf Klimahausstandard C. Das ist genau die Phase gewesen, in welcher der Gesetzentwurf bereits in der Kommission verabschiedet worden und auf den Weg in den Landtag war. In dieser Phase kam das oben genannte Dekret des Staates heraus, weshalb wir darauf sofort mit diesem Artikel reagiert haben.

Zugleich nimmt dieser Artikel auch eine EU-Richtlinie auf, für die wir noch die entsprechenden Vorlagen zu erlassen haben, nämlich in der Frage, wie viel ein neues Gebäude, auch wenn es Klimahausstandard A oder B hat, vom restlichen Energiebedarf durch erneuerbare Energie abdecken muss. Dies ist derzeit nicht vorgesehen. Diesbezüglich haben andere Regionen Vorlagen gemacht. Wir wollen, dass so wenig wie möglich Energie verbraucht wird. Jetzt werden wir dies ergänzen, also auf jeden Fall wenig Energie, wie viel mindestens vom Restbedarf aus erneuerbarer Energie stammen muss, zum Beispiel aus Solaranlagen. Auch hier muss gesagt werden, dass es aufgrund der hohen Kennzahl der Energiegebäude, also Klimahaus B, ab 13. Juni, also ab nächster Woche, möglich ist, auch mit Sonnenkollektoren die restliche Wärme abzudecken, und dies entspricht genau unserer Philosophie des Klimaplanes, nämlich: unabhängig, sicher, sauber. Wenn ein neues Gebäude wenig Energie verbraucht, dann ist es auch viel leichter imstande, den restlichen Energieverbrauch durch erneuerbare Energie und auch durch Solarenergie abzudecken. Das ist eine Botschaft, die wir noch viel stärker zu vermitteln haben, dass es also nicht nur, wie bei der Photovoltaik, um Strom, sondern auch um Wärme geht, die mit Sonnenkollektoren entsprechend auch abgedeckt werden können.

Auf den Einwand von Frau Thaler Zelger, man möge mit Grund sparsam umgehen, ist auch die energetische Sanierung eine Antwort, denn wenn im städtischen Bereich dieser Aspekt im Laufe der nächsten Jahre so richtig greift, dann spart sich die Gemeinde sicherlich auch die Ausweisung neuer Zonen. Es ist sicherlich auch im Interesse des ganzen Landes, wenn wir mit Kulturgrund schonend und sparsam umgehen.

Das Thema Leifers ist hier im Landtag von allen Abgeordneten entsprechend eingebracht worden, und zwar mit Plus- und Minuspunkten; das ist gar keine Frage. Ein solches Thema hat, wie die meisten Dinge im Leben, auch eine zweite Seite. Es gibt nicht nur Aspekte, die sicherlich klar dafür sprechen, sondern auch Kritikpunkte. Natürlich ist es eine sehr flächenintensive Geschichte, gar keine Frage, es ist aber auch ein historischer Rückblick in diesem Bereich angebracht, denn man kann doch nicht mit einer Gemeinde eine Dialektik zur Entwicklung eines Projektes aufbauen, das groß ist und bereits in der Entwicklungsphase mit hohen Kosten verbunden ist. Wir haben als Landesregierung der Gemeinde Leifers signalisiert, dass wir, bevor wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen, von der Gemeinde wissen möchten, ob sie ernsthaft beabsichtigt, dieses Zentrum zu realisieren. Der Gemeinderat von Leifers hat in einer schwierigen und langwierigen Diskussion eine Mehrheitsentscheidung, wenn auch nur eine knappe, getroffen. In einer Demokratie sind auch knappe Mehrheiten zu respektieren. In der Folge sind nun wieder wir an der Reihe. Wir können nicht der Gemeinde sagen, dass sie die Grundsatzentscheidung treffen solle und wir dann die rechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung dieser Zone schaffen würden, und uns dann, wenn die Gemeinde diesen Grundsatzbeschluss nach fünf Jahren Vorgeschichte gefasst hat, dagegen aussprechen und nicht mehr die notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen. Das ist also auch ein Akt der politischen Fairness, den wir hier zu respektieren haben. Auch dieser Aspekt ist zu erwähnen. Die Kritikpunkte in punkto Handelsfläche, in punkto Sport, in punkto Sportschulen usw. sind auch berechtigt, weil es alle Aspekte sind, die eine Kehrseite haben.

Es ist auch nicht falsch gewesen, wenn in einer Tagesordnung verlangt wird, dass entsprechende Pläne und ein nachvollziehbarer Finanzierungsplan vorgelegt werden, damit im Vorfeld klar festgelegt und festgestellt werden kann, ob das Ziel in dieser Form auch erreicht werden kann. Das, was wir heute hier zur Beschlussfassung aufliegen haben, ist nicht die Ausweisung der Zone, ist keine Aussage zur Größe der Zone, sondern einzig und allein die Schaffung der rechtlichen Grundlage, damit die Ausweisung in dieser Form gemacht werden kann. Hier gibt es auch keine Befangenheit des Kollegen Baumgartner. Es geht ja nur um die gesetzliche Grundlage, dass diese Summe von verschiedenen Nutzungen gemacht werden kann. Das ist mit dem heutigen Gesetz nicht möglich. Wir haben ganz speziell gesagt, dass es diese Form der verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten einer Zone nur in der Gemeinde Leifers geben darf. Sie nennen dies Anlassgesetzgebung. Ich sage, wir wollen, dass es nur dort möglich ist. Das kann man jetzt so oder anders bewerten. Auf jeden Fall ist dies eben auch Ausdruck, dass wir es nicht generell aufmachen möchten. Es ist nun mal so, dass es nur ein solches Stadion braucht. Insofern ist es eine Antwort auf diese konkrete Thematik in der Gemeinde Leifers. Hier gibt es Plus und Minus mit der Feststellung, dass es Argumente dafür und Argumente dagegen gibt. Das heißt noch lange nicht, dass damit eine Entscheidung bereits gefallen ist. Es ist Aufgabe des Landtages, eine Entscheidung herbeizuführen, denn nach so vielen Jahren der Diskussion steht es nun an, Entscheidungen für oder gegen die Weiterentwicklung dieses Projektes zu treffen.

Thermenhotel. Es ist gesagt worden, man würde der Gemeinde Meran eine Kompetenz wegnehmen. Dem ist nicht so, denn das Thermenareal lag von Beginn an nie in der Kompetenz der Gemeinde Meran. Man kann einer Gemeinde nicht eine Kompetenz nehmen, die sie nicht hat. Der Artikel 128-bis "Zone für übergemeindliche öffentliche Einrichtung" regelt das Thermenareal. Das war damals eine Auflage beim Übergang vom Staat auf das Land, dass man ein Konzept entwickelt, dass man die Therme wieder aktiviert und so gestaltet, dass sie eine Zukunft hat. In der Folge hat man das Konzept entwickelt. Man hat damals auch die private Seite eingeladen, das Hotel zu realisieren. Es hat sich dazu aber niemand bereit erklärt, sonderbarerweise, aber ein Thermenareal ohne Thermenhotel ist nun mal nur eine halbe Sache! Aus dieser Überlegung heraus hat man mit der entsprechenden Gesellschaft beide Aspekte realisiert.

Wenn man nun das Hotel, richtigerweise, verkauft und es jetzt zum Glück auch private Investoren dafür gibt, die es übernehmen möchten, dann wollen wir garantieren, dass dieses Hotel auch Hotel bleibt, denn wenn man es aufgrund dieses Artikels nur herausnehmen und verkaufen würde, dann hätte der Käufer die Möglichkeit, aus dieser Kubatur alles zu machen, was er will, auch ein Kaufhaus, Büros usw., und das wollen wir nicht. Dann ist das Problem dahingehend entstanden, wie wir es regeln. Wir haben geglaubt, dass es mit einer Änderung der Zweckbestimmung als Tourismuszone möglich sein könnte, es zu regeln. Es war aber eine Grauzone, das wussten wir, weil das Land ja nicht eine Tourismuszone ausweisen kann, die Gemeinde aber auch nicht, weil das Hotel Landeseigentum ist. In diesem Spannungsverhältnis, gekoppelt mit einem Rekurs, sind wir jetzt sozusagen gezwungen, die Zweckbestimmung Tourismuszone auf die gesetzliche Ebene zu heben. Damit wird Rechtssicherheit geschaffen, dass das Thermenhotel ein Hotel bleibt und um ein Stockwerk aufgestockt werden kann. Das ist der Inhalt dieses Artikels. Damit wird aber der Gemeinde keine Kompetenz genommen, sondern es wird nur die Zweckbestimmung des Hotels auf gesetzlicher Ebene festgeschrieben.

Über den Themenbereich "Detailhandel in der Gewerbezone" ist sehr ausführlich diskutiert worden. Auch der Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei hat dazu zweimal sehr ausführlich Stellung genommen. Ich glaube schon, dass wir im 21. Jahrhundert, in Zeiten des iBase, irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich in dieser Welt in diesem Bereich etwas geändert hat. Wenn nun ein so großer und erfolgreicher Unternehmer mit einem Betrieb, der eine weltweite Ausstrahlung hat – ich wiederhole es nochmals – und in seiner Heimatgemeinde das Headquarter errichtet, das er anderenorts zum halben Preis machen könnte, wenn er dabei auch noch im Bereich der Architektur einen großen Aufwand betreibt und mit dem Bau in die internationale Fachpresse hineinkommt, dann ist dies ein wichtiges Zeichen für unsere Stadt, für die Landeshauptstadt. Ich glaube schon, dass es gerechtfertigt ist, wenn er dort, gekoppelt, Forschung und Innovation betreibt und dort auch eine Kletterwand entsteht, die öffentlich zugänglich ist. Es soll dann auch möglich sein, dass er die eigenen Produkte verkaufen darf und, wie es Kollege Schuler definiert hat, wenn jemand Anzüge herstellt, wird er wohl auch noch die Krawatte verkaufen dürfen. Was ist denn da so Schlimmes daran, dass man hier einen solchen Aufstand macht? In Zeiten des 21. Jahrhunderts muss es doch möglich sein, dass man in Südtirol bei einem großen Projekt mit dieser Bedeutung auch eine solche Thematik abwickeln kann.

Ich sehe, dass die Zeit abläuft. Ich glaube, dass wir hier schon eine Reihe von wichtigen Aspekten geregelt haben. Sie schaffen Klarheit, sie schaffen aber auch die Grundlage, um vor allem im Bereich des Klimaschutzes neue, starke Impulse setzen zu können, damit auch die Hauptbotschaft des Klimaschutzes, der Klimaplanverordnung mit der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes entsprechend Wirkung zeigen kann.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Urzi sull'ordine dei lavori.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Sull'ordine dei lavori. Normalmente gli emendamenti, anche se ormai la discussione è già conclusa, vengono illustrati dai presentatori. Ho verificato che alcuni degli emendamenti non sono stati illustrati, in particolare modo il Suo, presidente, tanto per essere chiari.

PRESIDENTE: Il mio emendamento è ritirato.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): La ringrazio, così abbiamo chiarito questo aspetto.

PRESIDENTE: Metto in votazione gli emendamenti:

Emendamento n. 1: respinto con 10 voti favorevoli, 18 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 2: respinto con 11 voti favorevoli, 20 voti contrari e 2 astensioni.

Emendamento n. 3 decade, poiché l'emendamento n. 2 è stato respinto.

Su richiesta del consigliere Schuler l'emendamento n. 4.1 viene posto in votazione per parti separate.

Metto in votazione il testo dell'emendamento senza le parole "numero dei" - "Anzahl der": approvato con 19 voti favorevoli, 5 voti contrari e 9 astensioni.

Metto in votazione il testo con le sole parole "numero dei" - "Anzahl der": respinto con 19 voti contrari e 15 astensioni.

Comunico che il testo italiano, per effetto della soppressione delle suddette parole, deve venire modificato in "sui prodotti".

L'emendamento n. 4 decade, poiché l'emendamento n. 4.1 è stato approvato.

L'emendamento n. 5 è respinto.

Emendamento n. 6: approvato con 19 voti favorevoli, 14 voti contrari e 1 astensione.

Emendamento n. 7: respinto con 8 voti favorevoli, 19 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 8: approvato con 26 voti favorevoli e 7 astensioni.

Emendamento n. 9: il consigliere Dello Sbarba e altri consiglieri hanno richiesto una votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 35, sì 13, no 18, schede bianche 2, schede nulle 2. L'emendamento n. 9 è respinto.

L'emendamento n. 10 decade, poiché l'emendamento n. 9 è stato respinto.

Emendamento n. 11: respinto con 10 voti favorevoli, 19 voti contrari e 4 astensioni.

L'emendamento n. 12 decade, poiché l'emendamento n. 11 è stato respinto.

Emendamento n. 13: è stata richiesta la votazione per appello nominale. E' stato estratto il numero 4:

BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei): No.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Sì.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Nein.

EGGER (Die Freiheitlichen): Ja.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ja.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Ja.

KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP): Nein.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ja.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ja.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie – SVP): Nein.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ja.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ja.

MINNITI (Il Popolo della Libertà): No.

MUNTER (SVP): Nein.

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Nein.

NOGGLER (SVP): Nein.

PARDELLER (SVP): Nein.

PICHLER ROLLE (SVP): Nein.

PÖDER (UFS): Ja.

SCHULER (SVP): Nein.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Astenuto.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Nein.

STOCKER M. (SVP): Nein.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Ja.

THALER ZELGER (SVP): Ja.

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): Nein.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Ja.

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura italiana e all' edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): No.

UNTERBERGER (SVP): Nein.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Astenuto.

VEZZALI (IL Popolo della Libertà – Berlusconi per l'Alto Adige): Sì.

WIDMANN (Landesrat für Industrie, Handel, Handwerk, Mobilität und Personal – SVP): Nein.

ARTIOLI (Lega Nord): Astenuta.

BAUMGARTNER (SVP): Nein.

BERGER (Landesrat für Tourismus, Landwirtschaft, Grundbuch und Kataster – SVP): Nein.

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione: respinto con 19 voti contrari, 13 voti favorevoli e 3 astensioni.

Gli emendamenti n. 14, 5 e 16 decadono, poiché l'emendamento n. 13 è stato respinto.

Emendamento n. 17: respinto con 9 voti favorevoli, 19 voti contrari e 5 astensioni.

Emendamento n. 18: approvato con 20 voti favorevoli, 11 voti contrari e 3 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 9 così modificato?

La parola al consigliere Dello Sbarba, ne ha facoltà.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Telegraficamente per commentare alcune cose che sono state dette durante il dibattito sugli emendamenti e per precisarle.

L'assessore Tommasini, vicepresidente della Giunta provinciale, ci ha spiegato quanto sia importante lo stadio per Laives, cittadella dello sport intorno, e quanto sia importante sostenere questo progetto. Diceva letteralmente: abbiamo l'impegno di sostenere questo progetto. Credo che innanzitutto intenda la Giunta provinciale, ed è esattamente quello che vi abbiamo chiesto. Sostenete questo progetto con un adeguato finanziamento, perché, assessore, io ammiro la Sua capacità di parlare d'altro, ma qui il problema non è il giudizio sulla cittadella dello sport e dello stadio, ma sulla modalità di finanziamento di quest'opera. Vi prendete l'impegno di sostenere questo progetto del comune di Laives? Benissimo, finanziatelo, perché la questione è: siete d'accordo a portare ulteriore disordine urbanistico dentro la normativa della Provincia di Bolzano? Siete d'accordo nel violare il vostro stesso piano di distribuzione delle superfici commerciali approvato nel 2009? Siete d'accordo nel violare di nuovo la legge urbanistica? Siete d'accordo che si possano costruire opere importanti o non importanti - il giudizio sull'opera non è in campo – finanziandole, regalando superfici commerciali in deroga a tutte le norme? Questo era il problema in quest'aula e non se lo stadio ci vuole o non ci vuole, se il liceo Toniolo deve andare lì o no, o se Baumgartner è un bravo presidente dell'FC Südtirol o no.

Per quanto riguarda la seconda questione, l'assessore Laimer ha detto che non vengono toccate le competenze del comune di Merano. Il comune di Merano e il Consiglio dei Comuni dicono esattamente l'opposto. Il Consiglio comunale di Merano ha chiesto, con una mozione approvata all'unanimità e scritta dal capogruppo della SVP, di non sottrarre il piano di attuazione alle competenze del Comune e che le competenze urbanistiche del Comune debbano essere rispettate, ciò che non avviene con l'articolo 9, comma 3. Mi dispiace, assessore Laimer, ma tra quello che dice Lei e quello che dicono il Consiglio comunale di Merano, compreso il suo sindaco, e il Consiglio dei comuni, io mi fido più di questi ultimi. Ci capiranno qualcosa sulle loro competenze.

Infine, assessore Laimer, per quanto riguarda la questione del risanamento energetico forse c'è qualcosa da chiarire. Noi ci siamo astenuti sulla norma, non siamo contrari al risanamento energetico, anche se ci sono altri modi per fare il risanamento energetico. Per esempio noi da un po' di anni proponiamo che le nostre aziende pubbliche elettriche, da quella provinciale SEL a quella comunale Azienda Energetica, se davvero sono seriamente aziende pubbliche, quindi badano all'interesse pubblico in prima linea e in seconda linea solo al profitto da trarre sull'energia, che è un bene pubblico fatto con un altro bene pubblico che è l'acqua, potrebbero entrare da protagoniste in un progetto di risanamento energetico degli edifici, potrebbero offrire ai privati la ristrutturazione dei loro edifici a cubatura così stante, rientrando poi nelle spese di questo risanamento con un contratto di fornitura dell'energia elettrica, per cui sulla bolletta che viene ridotta tantissimo apportando un compenso mensile da diluire negli anni, tanto da ripagare il risanamento energetico. Anche questa sarebbe una strada per ottenere il risultato del risanamento energetico e della ristrutturazione degli edifici senza passare attraverso aumenti di cubatura che noi non rifiutiamo di per sé. Abbiamo detto che però una serie di limiti alla possibilità di questi ampliamenti vanno fissati con la legge, e non va delegato alla sola Giunta provinciale di decidere su questo. Poi credo che il collega Heiss approfondirà la materia.

Finisco dicendo che molte delle argomentazioni che abbiamo sentito in alternativa alle nostre hanno sostanzialmente parlato d'altro. Chi ha parlato di una squadra di calcio, chi ha parlato di uno stadio, chi di metri quadri di superficie commerciale. C'è chi ha parlato di una Provincia che rispetta le competenze dei comuni, quando poi proprio il comune interessato protesta e chiede, con una mozione approvata all'unanimità, che vengano rispettate le sue competenze. Ma è ovvio, da parte della Giunta provinciale, che non c'è peggior sordo di chi non vuol sentire.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Bei der Stimmabgabeerklärung wird es von Seiten der Volkspartei heißen, dass es ein gutes Gesetz ist. Ich sage, es ist ein schlechter Artikel und es wird auch ein schlechtes Gesetz werden! Hier sind viele Dinge vermengt worden. Alle, die davon betroffen sind, werden die Dinge auch anders bewerten. Ich habe verstanden – das ist hier ein bisschen so nebenher gelaufen –, dass es eine Konzession an die Italiener ist. Im Grunde ist es eine ethnische Entscheidung. Man muss den Italienern etwas geben. Das ist bei dieser ganzen Diskussion herausgekommen. Natürlich geht es um das Stadion, das ist dann der Vorwand und alles, was damit zusammenhängt, kennen wir noch nicht. Einige Dinge sind hier ein bisschen aufgeklärt worden, aber auch nicht ganz. Wir haben ganz klare Fragen gestellt und haben darauf schwammige Antworten bekommen, was auch beispielsweise das Projektmanagement usw. anbelangt. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Befangenheit des Abgeordneten Baumgartner hier nicht gegeben ist, dass es keine rechtlichen Bedenken gibt, aber von der moralischen Einstellung her hätte ich mir schon etwas anderes erwartet.

Jetzt ist auch der Landeshauptmann da. Vorher ist, was das Landessportzentrum anbelangt, gefragt worden, ob das in diesem Zusammenhang irgendeine Rolle spielt, ob man dazu neue Vorstellungen hat, ob es überhaupt noch kommt, ob es nicht mehr kommt, denn in diesem Zusammenhang wurden sehr, sehr viele Dinge vermengt. Die Einflüsse im Vorfeld waren groß. Wir sind sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern kontaktiert worden, was in Hinblick auf eine solche Entscheidung auch richtig ist. Ich befürworte es ausdrücklich, dass man abwägt, was dafür und was dagegen spricht. Wir starten ja nicht mit der Absicht, hundertprozentig dagegen zu sein, weil es von irgendjemanden kommt oder hundertprozentig dafür zu sein, weil es von jemand anderem kommt, sondern weil hier etwas vorliegt, wo wir die Verpflichtung haben, ein Gesetz zu machen, und zwar etwas Vernünftiges, in diesem Fall, für die Menschen in Leifers, aber auch weil es um etwas Größeres von Landesinteresse geht. Das muss uns leiten und nicht, dass es da und dort irgendwie eingeflüstert werden muss.

Wir werden - von den Kollegen aus meiner Fraktion ist es gesagt worden - genau aufpassen, was in den nächsten zweieinhalb Jahren in Hinblick auf die Landtagswahlen passieren wird, wie sich bestimmte Vereine und Verbände verhalten werden, die laut Statut überparteilich sind und dann, wenn es darauf ankommt, zum Steigbügelhalter bzw. zum Wahlhelfer der Volkspartei werden, wie es in der Vergangenheit immer der Fall war und wie es derzeit im Lande immer noch so üblich ist.

Wir haben dem Änderungsantrag Nr. 8, den die Landesregierung eingebracht hat und in dem es um die Sanierungen geht, zugestimmt, weil wir der Meinung bzw. überzeugt sind, dass das vernünftig ist. So sollte man eigentlich Gesetze machen und nicht mit einem absoluten Nein oder Ja, sondern nach dem Abwägen der Gründe, die dafür oder dagegen sprechen. Diese Diskussion ist im Vorfeld sehr stark aufgeschaukelt worden. Sie ist auch durch die Medien gegangen, wo nicht immer nur die Argumente gezählt haben, sondern derjenige, der nicht nur die bessere Aufklärung, sondern auch die bessere Propaganda gemacht hat.

Was wir hier raumordnerisch veranstalten, ist ein großes Fiasko. Was vor allen Dingen die Kosten für den Steuerzahler anbelangt, werden wir wahrscheinlich noch ein Wunder erleben. Diese Summe, die man uns jetzt nennt, scheint uns, gelinde gesagt, auf der untersten Ebene angesiedelt zu sein. Wenn wir wissen, wie die Abwicklung öffentlicher Projekte in diesem Lande vor sich geht, dann wissen wir, was am Ende dabei herauskommen wird.

Die ganze Handelspolitik hat wieder einmal gezeigt, dass es auch hier verschiedene Seelen gibt, aber die Handelspolitik der Landesregierung sagt eines und macht dann aber etwas anderes. Mich wundert es, wie sich jetzt der hds und all jene, die ganz klare Positionen gegen dieses Projekt eingenommen haben, verhalten wollen. Lustig wäre - sollte das Stadion wirklich gebaut werden -, wenn das erste Spiel zwischen dem Südtiroler Landtag, den Bauern und dem hds ausgetragen würde. Dann könnte man diese Sache ein bisschen nachbearbeiten, aber bis dahin und spätestens dann, wenn wir die Kosten kennen, wird sich so vieles gelegt oder auch neu entzündet haben.

Ich schließe mit dem, womit ich angefangen habe. Ich werde diesen Verdacht nicht los. Wir haben eine ethnische Regierung aufgrund des Autonomiestatutes und keine Koalitionsregierung, weil die italienischen Vertreter in der Regierung nicht viel zu sagen haben. Jetzt können sie vielleicht auch einmal etwas verkaufen. Man hat es aus den Diskussionen herausgehört. Ich hoffe nicht, dass die Italiener hier in die ethnische Falle getappt sind, denn zahlen müssen sie dann schlussendlich auch.

Mir ist wichtig, was eine Gemeinde entscheidet. Die Gemeinde Leifers, der Gemeinderat hat mehrheitlich eine Entscheidung getroffen - das ist schon auch zu respektieren, keine Frage -, aber wir haben die ganzen Diskussionen mitverfolgt. Wir waren auch ein paar Mal in Leifers und hatten aufgrund der Stellungnahmen in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck, dass der Großteil der Bevölkerung hinter dem Projekt steht. Es ist nicht immer so, dass jene, die am lautesten schreien, auch die Mehrheit vertreten. Das muss nicht immer sein, aber in diesem Fall, weil es doch über einen längeren Zeitraum gelaufen ist, glaube ich, kann man es schon behaupten. Wir stimmen insgesamt mit Überzeugung gegen diesen Artikel, weil darin Dinge verpackt sind, die nicht in dieses Gesetz gehören. Es tut mir leid, aber es wird ja durchgehen. Der energetischen Sanierung haben wir zugestimmt, und man kann, was die Meraner Thermen anbelangt, die Meinung vertreten, dass es besser ist, eine Kubaturerweiterung zu gestatten, damit man im öffentlichen Interesse auch noch etwas verkaufen kann. Da ist ein bestimmtes öffentliches Interesse noch ableitbar, aber bei anderen Dingen sicherlich nicht. Die Politik darf sich niemals dazu verleiten lassen, welchen Einfluss es auch immer geben mag, sich vor den Karren von Privatinteressen spannen zu lassen, und diesem Verdacht setzen wir uns selbstverständlich aus. Was hier noch alles kommen wird, werden wir sehen. Wir werden ganz genau darauf achten.

SEPMI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): La discussione si è protratta per tutta la giornata, ma evidentemente la problematica in questione meritava gli approfondimenti che ci sono stati. La richiesta che ho fatto stamattina di dividere per cinque votazioni separate i cinque commi di questo articolo, perché talmente diverse fra loro da porci nelle condizioni di valutarle una per una e magari di avere delle idee diverse su ognuno di questi cinque commi, diventa più accettabile dal punto di vista istituzionale. Saremo liberi quindi di votare per ognuno di questi commi, prendendo in considerazione la situazione specifica che ogni comma prevede. Noi abbiamo sottolineato quanto questo articolo metta in evidenza la deficienza legislativa di una istituzione provinciale idonea a creare condizioni ad hoc per i soliti richiedenti e non avere quindi una legge chiara che consenta a tutti parità di diritti e di doveri. Il primo comma lo mette in evidenza in maniera particolare. È stato nominato un nome e un cognome ed è stato anche chiamato per consentire ad una azienda locale, in forte espansione internazionale oltre che nazionale, di avere una sede nella quale poter praticare anche la vendita al minuto e di poter avere quel riscontro sul mercato che è necessario anche in un periodo di crisi, per garantire non solo la qualità dell'azienda ma anche l'occupazione che la stessa garantisce. Non si può essere contrari se la Salewa vuole fare questa operazione, ma si può tranquillamente dire che non ci possono essere norme urbanistiche che si adeguano alla situazione sulla base dei richiedenti, perché mi sembra di vivere nei tempi in cui a Mantova vigeva la legge del "Jus primae noctis", cioè si autorizzava il matrimonio solo a determinate condizioni che non sto a spiegare, perché tutti le conoscente. E mi viene in mente quanto questa "Jus primae noctis" diventi una condizione all'ordine del giorno sentendo la risposta che ha dato ieri il presidente della Giunta provinciale quando, riferendosi agli insegnanti dei ragazzi portatori di handicap che secondo lui insolentivano la piazza - non la insolentivano gli Schützen quando sparavano a salve perché lui faceva il compleanno, la insolentivano gli insegnanti dei portatori di handicap, e il collega Dello Sbarba se lo ricorda bene quel giorno, perché fece uno di quegli scivoloni che rimangono nella storia del Consiglio, provocato chiaramente dal sottoscritto - rispose a qualcuno non quello che hanno mandato in onda i

telegiornali, ma che se avevano dei problemi, bastava che venissero da Lei la mattina che ne avreste discusso. Se il problema degli insegnanti dei portatori di handicap è un problema da risolvere alla 6 di mattina con i due capponi in mano come quando qualcuno si recava da Azzecagarbugli, se questa è la condizione nella quale viviamo in Alto Adige, ritengo che sia più che giustificato quando qualcuno chiede una licenza edilizia, quando qualcuno chiede una centrale idroelettrica, quando qualcuno Le chiede come deve fare per fare una fiduciaria. Magari questo non l'ha mai chiesto nessuno finora, ma potrebbe anche accadere in futuro. Mi chiedo se in questa logica non ci siano anche delle leggi urbanistiche fatte ad hoc, perché il titolare della Salewa magari non si è alzato alle 6 di mattina, ma alle 5 e mezza forse sì. Possiamo andare avanti in una situazione nella quale basta avere un numero di codice di avviamento postale sulla porta per andare ad aprire il Twenty e creare un ipermercato che è a vantaggio solo di qualcuno e va a ledere gli interessi di tutti gli altri? Sulla base di cosa? Di una giurisprudenza che va e viene a seconda delle tentazioni e delle condizioni e, mi sia consentito, a seconda dei "compagni di marenada!" Poi ogni tanto il compagno di "marenada" cambia, perché finito money, finita la story, diceva qualcun altro! È ora che ce le diciamo queste cose! È ora che iniziamo a ragionare sulla cittadella dello sport nell'ottica del fatto che il Consiglio comunale di Laives ha votato un documento in cui sono coinvolti, mi risulta, tutti i rappresentanti italiani del Consiglio comunale e anche qualche consigliere di madrelingua tedesca, nel quale si chiede che nella cittadella dello sport venga inserito il lido e che la superficie del lido vecchio venga destinata a un cambio di destinazione d'uso e alla costruzione di edilizia abitativa. Se i colleghi del PDL, Unitalia e Lega hanno fatto questo documento, supportato dal Partito Democratico e altri membri italiani del Consiglio comunale di Laives, significa che c'è questa volontà da parte della popolazione di Laives. Perché noi non dovremmo aver avuto un passaggio che all'interno di questo comma del disegno di legge non prevedesse anche l'accettazione di ciò che il Comune di Laives, caro assessore Tommasini, ha deliberato a maggioranza? Non mi è stato concesso di farlo. Allora lancio in questo momento questa proposta. Vicepresidente della Giunta, mi guardi negli occhi. Lei sa che con il nuovo regolamento, se presentiamo un mozione possiamo anticiparla all'ordine del giorno. Se io presento una mozione nella quale si impegna la Giunta provinciale a fare in modo che all'interno della cittadella dello sport venga inserito il nuovo lido, d'accordo con il comune di Laives che ha già votato, e sollecita il Comune di Laives a trasformare quella zona del vecchio lido in zona residenziale, e chiedo l'anticipazione, questa verrà discussa nel mese di luglio. Se ce la votate, votiamo questo comma, ma è una condizione fondamentale, perché il Comune di Laives si è espresso in un certo modo. Questa decisione va rispettata perché non possiamo imporre nulla, ma voglio anche delle garanzie. Il Comune di Laives ha chiesto un lido nuovo, la possibilità di farlo, di autofinanziarsi nella realizzazione vendendo a privati quei terreni. Voglio questo tipo di garanzia. Presento una mozione che firmo anche da solo, non lo so, ma non ho problemi, con la garanzia però, presa da parte della maggioranza, di votarla.

URZì (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Ho svolto un intervento precedentemente, quando si trattava di prepararci al voto sugli emendamenti, che nello specifico si è incentrato sulla contraddizione in termini che è emersa fra il testo poi approvato, dato che non è stato approvato l'emendamento soppressivo, quindi in un certo qual modo ciò comporta un giudizio favorevole rispetto al comma 3. Quindi volevo dire una contraddizione in termini fra il contenuto dell'ordine del giorno approvato al termine di dibattito generale e il comma 3 perché, ne ho parlato in precedenza ma non ho avuto risposte precise al riguardo, l'ordine del giorno fa esplicito riferimento alla necessità di adoperarsi per ridurre il fabbisogno di terreno previsto nello studio di fattibilità. Ciò l'ho voluto legare proprio all'assunzione di un impegno da parte del Consiglio comunale di Laives che nella sua maggioranza ha deliberato la volontà di trasferire nell'ambito dell'areale che andrà a costituire questo centro polivalente anche la struttura del lido, non considerata solo come lido ma in quanto realtà attiva, ricettiva, disponibile tutto l'anno, quindi con una offerta non solo in termini sportivi in senso stretto ma ricreativi, importante e significativa per quel comune. Io evidenzio una contraddizione, perché per tentare di trovare una quadra all'interno del gruppo della SVP, perché è emerso che una posizione unanime non c'era, non c'era unità su questioni di ordine fondamentale, abbiamo seguito con interesse gli interventi dei colleghi che sono intervenuti e che hanno espresso perplessità e dubbi rispetto all'operazione in corso e a quell'impegno che quel Consiglio vuole determinare riguardo la creazione del centro sportivo di Laives, nel voler trovare la quadra è stato formulato questo ordine del giorno che se ha posto delle questioni importanti in ordine ai termini finanziari dell'operazione, ponendo anche requisiti vincolanti a carico dell'amministrazione comunale di Laives, nel voler trovare la quadra rispetto alle perplessità emerse all'interno della SVP, soprattutto nell'ala dei contadini, è intervenuta nell'indicare come obbligo morale, non politico, quello della riduzione del fabbisogno di terreno. Come si concilia l'impegno assunto dal Comune di Laives circa la composizione organica all'interno di questo complesso polivalente di una realtà composita che comprende anche il lido e la struttura natatoria coperta con la necessità di ridurre il terreno sul quale poter poi

impiantare queste realtà? Io credo che esista una sostanziale difficoltà da parte della maggioranza qui in questo Consiglio provinciale di mettere a fuoco i propri obiettivi. Ho parlato in precedenza e non rifaccio il ragionamento sulla mancanza di strategia. Si procede, in mancanza di un quadro organico e chiaro, per tentativi e abbiamo potuto assistere a questo tentativo continuo, nell'ambito della seduta, di trovare un punto di convergenza che poi è stato trovato sulla base della presentazione dell'ordine del giorno dei colleghi Pichler Rolle, Schuler e Noggler. Mia sarei aspettato che la quadra fosse stata trovata in termini più ampi con l'intera maggioranza e non solo nel gruppo della SVP dove sicuramente le difficoltà principali sono emerse, ma comprendendo anche il Partito Democratico, in un certo qual modo realizzando una sorta di ragionamento comune fra il livello e i partiti impegnati in termini di amministrazione a livello provinciale e comunale di Laives. Questo non è accaduto, quindi non scorgo una strategia chiara. Credo di poter affermare che oggi si scrive una legge, ma poi domani questa legge sarà di difficile realizzazione o traduzione, per lo meno nel rispetto degli impegni che soprattutto a livello comunale sono stati assunti. Questo è quello che io ritengo, cioè che si faccia una casa ma non si costruisca il tetto.

Ho detto che ritengo l'opportunità offerta al Comune di Laives di definire un proprio legittimo spazio di crescita in un nuovo polo sportivo o polivalente come quello in zona Galizia una legittima aspirazione del Comune, e credo che ben si concili con un interesse provinciale. Però credo si sia fatto molto fumo attorno a questa vicenda, ma oggi ancora i contorni sul progetto politico non sono chiari su questo impegno, e le contraddizioni emergeranno a breve. Auspicio di no, ma sono convinto di sì. Per questo mantengo tutta la mia più profonda riserva rispetto al metodo seguito, all'approccio, alla soluzione individuata che non è chiara e trasparente di per sé, che non ci permette di dire: da domani inizia un certo percorso che si concluderà con la realizzazione del centro sportivo di Laives. Da domani inizia un nuovo confronto che mirerà a tentare di conciliare una posizione espressa da questo Consiglio, nel caso in cui questo comma venga approvato, da rendere compatibile con una posizione espressa dal Consiglio comunale di Laives circa l'inclusione all'internodi questo areale del lido e del centro natatorio, coperto che non potrà essere sanata se non con uno stravolgimento del progetto iniziale. Allora ci troveremo ad esaminare la questione dal principio e probabilmente saremmo in grado solo allora di poter trarre delle nostre conclusioni definitive.

Chiedo che il comma 3 venga messo ai voti a scrutinio segreto.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Nur noch ganz kurz zur Frage des Kubaturbonus, die bereits Kollege Dello Sbarba aufgeworfen hat. Als Fraktion der Grünen sind wir natürlich für eine energetische Sanierung, keine Frage, wir treten dafür auch ein. Die Form der energetischen Sanierung mit einem Kubaturbonus ist eine Möglichkeit in diesem Bereich, vor allem des Einfamilienhauses, des Kleinbesitzes, um hier voranzukommen. Es ist auch mit Erfolg geschehen. Die andere Möglichkeit ist jene des Energie-Contracting, auf die Kollege Dello Sbarba hingewiesen hat. Der Kubaturbonus ist ein Erfolgsmodell geworden, keine Frage. In den letzten zwei Jahren, im Herbst letzten Jahres gab es in ganz Südtirol bereits 817 ausgestellte Baukonzessionen, also ein erhebliches Ausmaß.

Dennoch bleiben einige Fragen offen, gerade im Zusammenhang mit der aktuellen Möglichkeit der Ausweitung, die auf 20 Prozent des Gebäudebestandes vorgesehen ist. Es bleibt die Frage offen, ob, Landesrat Laimer, die Hausbesitzer in Form von Besitzern ganzer Immobilien zusätzliche Möglichkeiten gewinnen, die über die Energiesanierung hinausgehen. Es entsteht hier wirklich ein Spekulationspotential - das wird man sehen -, wovon gewarnt worden ist. Für diesen neu zu schaffenden Bereich gibt es für die Landesregierung die große Möglichkeit, durch die eigene Durchführungsverordnung tätig zu werden. Es ist eine eigene Durchführungsverordnung, die in diesem Artikel bereits vorsorglich mit sehr viel Liberalisierung ausgestattet wird, wenn gesagt wird, dass zu diesem Zweck die Landesregierung auch durch Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung zusätzliche Baumöglichkeiten und die Erleichterung von Änderungen der Zweckbestimmung regelt und spezifische Regelungen der Konzessionsgebühren, der Konventionierungspflichten und der Bindungen erlässt und dabei auch von diesem Gesetz und vom Wohnbauförderungsgesetz sowie von geltenden Planungsinstrumenten abweichen kann. Das heißt, zum einen werden im energetischen Bereich, im Kubaturbonus sehr wohl zusätzliche Incentives geschaffen, zum anderen aber werden hier vorsorglich für die Durchführungsbestimmung eine Reihe von Möglichkeiten der Abweichung vom geltenden Baurecht bereit gestellt, und dies wird mit Sicherheit auch von bestimmten Bauherrn und Interessenten im Raum Bozen und Meran vorangetrieben werden. Das ist das Zweischeidige an diesem Artikel. Deshalb haben wir uns der Stimme enthalten. Wir werden mit großer Sorgfalt beobachten, was sich hier in diesem Bereich tut. Die Warnungen kommen nicht nur von den ewig Gestrigen, dem 19. Jahrhundert verpflichteten Grünen, sondern werden auch mit Sicherheit vom Heimatschutzverein Bozen und anderen Institutionen vorangetragen. Deshalb glauben wir, dass darauf mit sehr viel Sorgfalt zu achten ist.

PICHLER ROLLE (SVP): Nur ganz kurz. Ich wollte noch einmal auf die Interventionen von vorhin, die unsere Tagesordnung betreffen, eingehen, weil diesbezüglich versucht worden ist, eine Interpretation in die Geschichte, die Kollege Schuler, Noggler und ich präsentiert haben, hineinzulegen. Dabei hat es geheißen, dass die Tagesordnung wahrscheinlich ein Manöver sei, um in eine interne Angelegenheit der Stadtgemeinde Leifers einzugreifen. Dem ist nicht so. Unser Antrag bezieht sich auf den Artikel im Landesgesetz, der die Errichtung des Stadions samt Trainingseinheiten vorsieht. Darauf bezieht sich auch unser Antrag mit dem dazugehörigen Einkaufszentrum. Unser Antrag bezieht sich also nicht auf jenen Teil, der ausdrücklich der Gemeinde Leifers zusteht und für die auch keinerlei Finanzierung vorgesehen ist, noch braucht es für diese Maßnahme sonst eine übergemeindliche urbanistische Regelung, die wir jetzt treffen. Das heißt, wenn die Gemeinde Leifers ein Biotop anlegen, ein Schwimmbad errichten möchte, dann ist dies die ureigenste Zuständigkeit der Gemeinde Leifers und in diese werden wir uns selbstverständlich nicht einlassen. Das tun wir weder mit diesem Antrag, noch würden wir einem Antrag hier im Landtag zustimmen, bei dem der Landtag entscheiden müsste, was die Gemeinde Leifers machen sollte, dass sie das alte Lido in eine Wohnbauzone umwandeln und das neue Lido irgendwo anders errichten müsste. Diese Geschichte hat mit unserem Antrag nichts zu tun. Unser Antrag hat sich einzig und allein auf das Stadion samt dazugehörigen Trainingsplätzen und auf das Einkaufszentrum bezogen. Wir wollten nichts anderes als die Parameter noch einmal festzulegen, dass es 11 Millionen Euro sind mit 7.000 Quadratmeter Handelsfläche, und dass uns diesbezüglich, um die Trainingsplätze, das Stadion, das Einkaufszentrum realisieren zu können, eine Rechnung vorgelegt werden muss, die in sich schlüssig ist. Ich wollte dies nur noch einmal unterstreichen, damit hier keine Missverständnisse aufkommen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Pichler Rolle hat heute über die Urbanistik gesprochen, die sich so verändert hat. Gestern und heute sind auch von Seiten der Landesregierung oft Schlagworte wie "schnelllebige Welt", "man dürfe nicht rückwärts gewandt sein" und "Globalisierung" hineingeworfen worden. Es klingt immer alles ganz toll, aber ich denke, dass man schon darauf achten muss, was man mit solchen Sachen anstellt. Kollege Pichler Rolle, ich weiß nicht, ob jede Änderung, die ... Auch ich bin Ihrer Meinung, dass gerade im Bereich der Urbanistik nicht alles stillstehen soll, aber ob alles, was in den letzten zehn oder zwanzig Jahren geschehen ist, unbedingt zum Vorteil gewesen ist, weiß ich nicht, wenn wir einmal ein bisschen in unserem Land herumfahren. Ich denke, dass auch viele Sünden gemacht worden sind, die vielleicht mit einer, ich will nicht sagen restriktiveren Ordnung, aber mit der Einhaltung der geltenden Ordnung nicht unbedingt so geschehen wären.

Kollege Laimer hat gestern gemeint, dass man sich in einer schnelllebigen Welt nicht solchen Formalismen hingeben dürfe. Kollege Laimer! Es ist, glaube ich, eine Frage, die mit der Gegenfrage zu beantworten wäre, ob ein Bau eines Stadions etwas mit einer schnelllebigen Entwicklung zu tun hat. Ich glaube, dass es Projekte sind, die nicht so schnell schnell geplant werden, sondern langfristige Projekte für dreißig, vierzig Jahre sind, die nichts mit Globalisierung und Schnelllebigkeit zu tun haben. Ich glaube, dass die Einhaltung der Urbanistik auch nicht irgendein Formalismus ist, sondern eine gesetzliche Grundausrichtung, bei der man einfach klären muss, in welche Richtung die Urbanistik der nächsten Jahre gehen soll.

Landeshauptmann Durnwalder hat beispielsweise im Laufe dieser Sitzungssession, als wir über die Untertunnelung der Brennerautobahn in Bozen gesprochen haben, gesagt, dass er nicht das Christkind sei, dem man eine Wunschliste schicken könne, aber genau in diese Richtung entwickelt sich die Politik, wenn wir so einer Sache Tür und Tor öffnen, das heißt, dass wir Gemeinden haben, die Projekte umsetzen möchten, dafür aber kein Geld haben und deswegen andere Investoren suchen müssen. Ich brauche beispielsweise nur meine eigene Heimatgemeinde hernehmen, in der man die Seilbahnanbindung an Meran haben möchte. Wir haben mitten im Dorf, Kollegin Thaler Zelger, auch noch bäuerlich geprägte Landwirtschaft, also Kulturgründe. Diese könnte man genauso hernehmen, um dort die Seilbahn, vielleicht mit einem Hotel, zu errichten, mit etwas Sozialem mit drinnen. Man könnte dort zum Beispiel einen Jugendraum hineinbauen und das Ganze durch einen Hotelier teilfinanzieren lassen, denn dann wäre auch ein Teil dieser Seilbahn finanziert.

Ich denke, dass wir mit dieser Politik vielen Dingen Tür und Tor öffnen, die sicherlich nicht im Interesse der Südtiroler Bevölkerung sind, die sicherlich auch nicht im Interesse unserer Wirtschaft sind, denn dies ist eine einseitige Bevorzugung von Betrieben zum Nachteil kleinerer Betriebe, die einen nicht geringeren Beitrag zu unserem Wohlstand, zu unserer Wirtschaft hier in Südtirol leisten. Von Seiten der Landesregierung ist mir die Frage nicht beantwortet worden, was man zu tun gedenkt, wenn die Baukosten doch explodieren und höher sein würden als geplant. Ich beurteile es einmal so, wie es in der Praxis gang und gäbe ist, das heißt, diese Mehrkosten werden

einmal mehr der öffentlichen Hand angelastet werden, und dann wird man wieder nach den Gründen suchen, warum man das Ganze bezahlen muss.

PRESIDENTE: Non vedo altri iscritti a parlare, quindi iniziamo con le votazioni separate per i commi. Vi voglio ricordare che in questo articolo verrà votato anche l'ex emendamento n. 8 a firma dell'assessore Laimer che abbiamo approvato prima, che verrà inserito dopo l'attuale comma 1-bis.

Ha chiesto la parola il consigliere Seppi sull'ordine dei lavori, prego.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Sono praticamente 5 votazioni?

PRESIDENTE: Sono sei, cinque commi più l'emendamento n. 8.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): A parte l'emendamento n. 8, chiedo la votazione a scrutinio segreto per i cinque commi.

PRESIDENTE: Va bene. Metto in votazione il comma 1 a scrutinio segreto. Prego iniziare l'appello e distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 33, voti favorevoli 22, voti contrari 10, schede nulle 1. Il comma 1 è approvato.

Metto adesso nuovamente in votazione l'ex emendamento n. 6 a firma dell'assessore Widmann: approvato con 19 voti favorevoli, 10 voti contrari e 1 astensione.

Metto in votazione il comma 1-bis a scrutinio segreto. Prego iniziare l'appello e distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 33, voti favorevoli 23, voti contrari 7, schede bianche 3. Il comma 1-bis è approvato.

Metto adesso nuovamente in votazione l'ex emendamento n. 8 a firma dell'assessore Laimer: approvato con 23 voti favorevoli e 6 astensioni.

Metto in votazione il comma 1-ter a scrutinio segreto. Prego iniziare l'appello e distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 33, voti favorevoli 18, voti contrari 11 schede bianche 3, schede nulle 1. Il comma 1-ter è approvato.

Metto in votazione il comma 2 a scrutinio segreto. Prego iniziare l'appello e distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 33, voti favorevoli 25, voti contrari 7, schede bianche 1. Il comma 2 è approvato.

Metto in votazione il comma 3 a scrutinio segreto. Prego iniziare l'appello e distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 33, voti favorevoli 17, voti contrari 15 schede bianche 1. Il comma 3 è approvato.

Metto adesso nuovamente in votazione l'ex emendamento n. 18 a firma dell'assessore Widmann: approvato con 18 voti favorevoli, 8 voti contrari e 4 astensione.

Art. 10

Autobus alimentati ad idrogeno

1. La Giunta provinciale è autorizzata a promuovere, per un importo complessivo non superiore a 9 milioni di Euro, le procedure di gara per l'acquisto, la messa in servizio in via sperimentale sul territorio provinciale, e la manutenzione di cinque autobus alimentati ad idrogeno, alla condizione che la Commissione dell'Unione Europea concorra al finanziamento degli oneri connessi in misura non inferiore al 34 per cento della spesa complessiva sulla base della decisione del Parlamento Europeo e del Consiglio n. 1639/2006/CE, istitutiva di un programma quadro per la competitività e l'innovazione (2007-2013), pubblicata nella G.U.C.E. 9 novembre 2006, n. 310.

2. (soppresso)

Art. 10*Wasserstoffbetriebene Autobusse*

1. Die Landesregierung ist für einen Gesamtbetrag von maximal 9 Millionen Euro ermächtigt, Ausschreibungen für den Ankauf, den Probetrieb in Südtirol und die Erhaltung von fünf wasserstoffbetriebenen Autobussen zu fördern, sofern die Europäische Kommission mindestens 34 Prozent der damit zusammenhängenden Gesamtkosten übernimmt, basierend auf dem Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 1639/2006/EG, welcher ein Rahmenprogramm für die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovation eingerichtet hat (2007-2013), veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L310 vom 9. November 2006.

2. (gestrichen)

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'articolo 10: approvato a maggioranza con 18 voti favorevoli e 14 astensioni.

Gli articoli 11, 12, 13 e 14 sono stati soppressi dalla commissione legislativa.

Art. 15

Abrogazioni

1. Sono abrogati:

il comma 4 dell'articolo 9 della legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6, aggiunto dall'articolo 15, comma 1, della legge provinciale 17 gennaio 2011, n. 1;

il comma 3 dell'articolo 1-bis della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, aggiunto dall'articolo 7, comma 1, della legge provinciale 17 gennaio 2011, n. 1;

l'articolo 8 della legge provinciale 17 gennaio 2011, n. 1, con reviviscenza dell'articolo 4-bis della legge provinciale 7 gennaio 1977, n. 9, come inserito dall'articolo 21 della legge provinciale 23 luglio 2007, n. 6.

Art. 15*Aufhebungen*

1. Aufgehoben sind:

Artikel 9 Absatz 4 des Landesgesetzes vom 12. Mai 2010, Nr. 6, hinzugefügt durch Artikel 15 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Jänner 2011, Nr. 1,

Artikel 1-bis Absatz 3 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, hinzugefügt durch Artikel 7 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Jänner 2011, Nr. 1,

Artikel 8 des Landesgesetzes vom 17. Jänner 2011, Nr. 1, mit Wiederaufleben des Artikels 4-bis des Landesgesetzes vom 7. Jänner 1977, Nr. 9, so wie er von Artikel 21 des Landesgesetzes vom 23. Juli 2007, Nr. 6, eingefügt wurde.

È stato presentato un emendamento dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss che dice: "Alla fine della lettera c) è aggiunto il seguente periodo: "In tale articolo la parola 'irreversibili' è sostituita, ovunque ricorra, con la parola: 'rilevanti'."

Am Ende des Buchstaben c) wird folgender Satz hinzugefügt: "Im gesamten Artikel wird das Wort 'irreversiblen' jeweils durch das Wort 'erheblichen' ersetzt."

La parola al consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Chiedo ai colleghi un ultimo sforzo. Con questo articolo 15 sulle abrogazioni in realtà si risponde ad una impugnazione del Governo su una serie di articoli che sono stati impugnati e su cui credo la Giunta provinciale riconosca l'errore che è stato fatto.

L'emendamento si concentra sulla lettera c) che riguarda il ripristino dell'articolo precedente nella legge sulle norme di procedura per l'applicazione delle sanzioni amministrative, cioè le punizioni che vengono date per dei comportamenti che violano delle norme provinciali. Tutta la complicazione da cui è derivata la proposta di modifica della Giunta e poi anche l'impugnazione a Roma è per il fatto che nell'articolo originario che qui viene ripristinato si dice che le sanzioni non vengono date se non si causano "danni irreversibili". Questo termine "danni irreversibili" ha creato una grossa confusione negli uffici e anche negli ispettori che devono accertare. Gli ispettori si sono trovati di fronte a violazioni di norme che di per sé sono gravi dal punto di vista ambientale ecc., ma che non creano danni irreversibili. Che cosa vuol dire "danno irreversibile"? Se uno atterra sull'Alpe di Siusi senza essere autorizzato con un elicottero, di per sé non crea danno irreversibile, però è una notevole violazione delle norme provinciali. Se uno fa una gara di motocross in giro per le strade poderali dove è vietato andare con le moto, tre giorni dopo non c'è lì nessun danno irreversibile, ma è chiaro che la violazione è di notevole entità. C'è una grossa insicurezza nell'applicazione di sanzioni per cui chi rileva la sanzione deve giudicare se c'è danno irreversibile o no.

La proposta che noi facciamo, anche avendo consultato diverse persone esperte che lavorano nel settore, è che la parola "irreversibile" venga cambiata con la parola "rilevante", che venga detto cioè "non si applicano sanzioni se non vengono accertati danni rilevanti". Tra "rilevanti" e "irreversibili" c'è una evidente differenza, cioè ci può essere un danno grosso che non è irreversibile, per sempre, ma il danno è grosso all'ambiente, al patrimonio, a tutto quello che ci può essere e per questo merita di essere sanzionato. Mentre se noi limitiamo le sanzioni solo a quelle violazioni della legge che provocano danno irreversibile, resterà negli accertatori la confusione e il rischio di ricorsi ecc. È una questione piccola, ma ci sono tante persone che su questo sono coinvolte.

PRESIDENTE: Ci sono altri iscritti a parlare? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: respinto con 13 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Chi chiede la parola sull'articolo 15? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 20 voti favorevoli e 9 astensioni.

Art. 16

Disposizione finanziaria

1. La presente legge non comporta maggiori spese per l'esercizio finanziario 2011.
2. La spesa a carico dei successivi esercizi finanziari è stabilita con la legge finanziaria annuale.

Art. 16

Finanzbestimmung

1. Das gegenständliche Gesetz bringt keine Mehrausgaben für das Haushaltsjahr 2011 mit sich.
2. Die Ausgabe zu Lasten der folgenden Haushaltsjahre wird mit jährlichem Finanzgesetz festgelegt.

Chi chiede la parola sull'articolo 16? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 19 voti favorevoli, 8 voti contrari e 2 astensioni.

Dichiarazioni di voto? Si è prenotato il consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Voteremo convintamente contro un disegno di legge che fa dell'inquinamento luminoso la foglia di fico per continuare con le norme ad personam.

PRESIDENTE: Metto in votazione il disegno di legge a scrutinio segreto. Prego iniziare l'appello e distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 33, voti favorevoli 19, voti contrari 14. Il disegno di legge è approvato.



Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Grazie la seduta è chiusa.

ORE 18.29 UHR

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ARTIOLI (34)
BAUMGARTNER (31)
DELLO SBARBA (13, 39, 47)
DURNWALDER (6, 7, 26)
EGGER (19)
HEISS (9, 43)
HOCHGRUBER KUENZER (24)
KLOTZ (6, 18, 19)
KNOLL (3, 5, 8, 22, 24, 44)
LAIMER (34)
LEITNER (2, 4, 40)
MAIR (7, 34)
MUSSNER (6)
NOGGLER (15)
PICHLER ROLLE (4, 5, 6, 8, 18, 19, 24, 26, 27, 28, 34, 44)
PÖDER (21)
SCHULER (15)
SEPPI (4, 5, 7, 9, 11, 41, 45)
STIRNER BRANTSCH ((6, 8)
THALER ZELGER (16, 21)
TINKHAUSER (25, 26, 31)
TOMMASINI (9, 27)
URZÌ (8, 32, 37, 42)